2019

Demokratie Bericht

Marzahn-Hellersdorf

vielfalt-mh.pad-berlin.de

Koordinierungsstelle
für Demokratieentwicklung
Marzahn-Hellersdorf

„Demokratie darf und soll durchaus auch Spaß machen!“

Dagmar Pohle

Demokratie lebt bekanntlich davon, dass es engagierte Demokratinnen und Demokraten gibt. Ich bin froh, dass sich unser Bezirk zahlreicher Institutionen, Organisationen, Vereine, Initiativen und Einzelpersonen erfreut, die sich sowohl hauptberuflich als auch ehrenamtlich tagtäglich mit ganzer Kraft für unser demokratisches Gemeinwesen einsetzen. Es kann davon gar nicht genug geben!

Viele dieser Dinge im Bereich Demokratieentwicklung sind öffentlich wahrnehmbar, wie z.B. unsere größeren Veranstaltungen, die längst zu einem festen Bestandteil eines jeden Jahres geworden sind – so auch 2019. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang u.a. das „Fest der Nachbarn“ in Marzahn, das Demokratiefest „Schöner leben ohne Nazis“ in Hellersdorf sowie auch unsere schon seit mehr als zwei Jahrzehnten bezirksweit stattfindenden „Interkulturellen Tage“. Durch Großveranstaltungen wie diese sollen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger erreicht und idealerweise auch zum Mitmachen angeregt werden. – Demokratie darf und soll durchaus auch Spaß machen!

Es finden darüber hinaus aber auch fast tagtäglich und über das gesamte Jahr verteilt viele weitere kleinere Veranstaltungen statt, die sich eher an ein interessiertes Fachpublikum richten. Das können etwa „Demokratiekonferenzen“ der beiden bei uns im Bezirk aktiven „Partnerschaften für Demokratie“ sein oder die schier unzähligen Arbeitsgruppen, Beiratssitzungen, Steuerungs- und Vernetzungsrunden etc., die in erster Linie dem fachlichen Austausch der „Profis“ untereinander dienen. Hier werden meist Ideen entwickelt, Veranstaltungen geplant, Kooperationen ausgehandelt, Maßnahmen beschlossen und schlichtweg Dinge auf den Weg gebracht, um Marzahn-Hellersdorf als „Ort der Vielfalt“ weiterhin lebens- und liebenswert zu machen.

An dieser Stelle dürfen aber auch die vielen Mitmenschen nicht vergessen werden, die ihren ganz entscheidenden Teil dazu beitragen, dass unser demokratisches Gemeinwesen beständig wächst und gedeiht. Man denke nur etwa an die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in den Unterkünften für geflüchtete Menschen, an Betreuerinnen und Betreuer für Menschen in besonderen Problemlagen oder an diejenigen, die sich in ihrer Nachbarschaft für die Verbesserung ihres Wohnumfeldes stark machen. Durch ihr Zutun wird es bestimmten Personen und Personengruppen, die ansonsten wahrscheinlich eher „abgehängt“ wären, überhaupt erst ermöglicht, zu einem gleichberechtigten Teil unserer Gesellschaft zu werden.

All diese Menschen finden sich in der einen oder anderen Form in dem vorliegenden „Demokratiebericht“ direkt oder indirekt wieder. Ihnen allen sei an dieser Stelle ganz herzlich für ihr bisheriges, aber natürlich auch für ihr zukünftiges Engagement gedankt. Uns allen muss schließlich klar sein, dass in Zeiten wie diesen, in denen unverhohlen rechte Positionen sowie zum Teil sogar offen rechtsextreme Aussagen fast schon an der Tagesordnung sind, jedwedes demokratische Engagement wahrlich keine Selbstverständlichkeit ist. – Dafür ist es aber umso wichtiger!

Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf

Inhalt

2 Grußwort der Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle
4 Einleitung und Überblick Moritz Marc

6 **Auswertung des Registers zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf 2019** Register Marzahn-Hellersdorf
Vorfallszahlen und vergleichende Auswertung
Zusammenfassung & Ausblick

Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2019
12 Übersicht über durch die Partnerschaften geförderte Demokratieprojekte im Jahr 2019 Hannes Obens und Corinna Meukow
14 Beiträge des Integrationsbüros Marzahn-Hellersdorf zur Demokratieentwicklung Dr. Bryant und Kolleg*innen
16 030/ '89 '19 '49 - 30 Jahre Stadtteilarbeit in Marzahn-Hellersdorf Sabine Boesch
18 Fünf Jahre Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf - Interview mit Beatrice Morgenthaler, Steven Kelz und Henny Engels
20 Fünf Jahre Arbeitsgruppe Erinnerungskultur und aktuelle Aktivitäten Karin Dalhus
21 Aufruf zur Kampagne Solidarische Kieze Moritz Marc
23 7. September 2019 Demokratiefest „Schöner Leben ohne Nazis" Sabine Schwarz
24 Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte des Bezirks Marzahn-Hellersdorf im Interview Beate Marquardt
26 BENN in Marzahn - Ein Beitrag für den Demokratiebericht der vier BENN-Standorte alle BENN-Teams
28 Gedenkwoche an die Novemberpogrome 1938 vom 4. bis 9.November 2019 Sabine Schwarz
29 In Erinnerung an die jüdischen Opfer des NS-Regimes in Marzahn-Hellersdorf: Neue Broschüre erschienen Sabine Schwarz
30 Nachbarschaftsfeste in Marzahn unter Beteiligung des Bündnis für Demokratie & Toleranz Frau Polizzi
31 1989 - Erinnern bewegt! Vier Abende im Herbst 2019 im Bezirksmuseum M-H Wolfram Hülsemann
32 Wer sind eigentlich die „Unerreichbaren"? Bemerkungen zu Ergebnissen eines ASH-Forschungsprojektes & Diskussionsanstoß Raiko Hannemann
34 Broschüre „Dunkelziffer Unbekannt" - Rechte Aktivitäten und Gegenstrategien in M-H AK Antirafa
35 Bus-Tour: Vietnamesisches Leben in Marzahn NordWest! Götte/QM Marzahn Nord-West
36 Bildung mit_wirkung - weltgewandte Aktivitäten 2019 Sophia Bickhardt
38 Die Arbeit der Berliner Registerstellen Kati Becker
39 Die Fridays for Future Ortsgruppe Marzahn-Hellersdorf stellt sich vor Beate Marquardt
40 Bürger*innenhaushalt Marzahn-Hellersdorf 2020/2021 Beate Marquardt
41 Hassgewalt gegen queere Menschen Beate Marquardt
43 Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, konkreter Handlungsbedarf sowie Schlussfolgerungen für die weitere Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf Moritz Marc
46 Kontakte und Adressen

Einleitung und Überblick

Moritz Marc

Liebe Leser*innen!

Der aktuelle Demokratiebericht wurde von bundespolitischen Entwicklungen begleitet, wie den rechtsterroristisch motivierten Mordanschläge in Halle, Kassel und Hanau, den Wahlerfolgen der extrem rechten AfD bei den Landtags- und Kommunalwahlen in Ostdeutschland und dem Tabubruch im Fall Kemmerich (FDP) bei der Wahl zum zwischenzeitlichen Ministerpräsidenten von Thüringen mit Unterstützung der Stimmen der dortigen AfD-Fraktion. Es gibt aktuell viele Anzeichen für eine akute Gefährdung der Demokratie. Um diesen Entwicklungen mit Hilfe einer demokratisch engagierten und vielfältigen Zivilgesellschaft aktiv etwas entgegenzusetzen, ist es wichtig die Demokratieentwicklung in den Kommunen voranzutreiben. Hierzu soll der Demokratiebericht als Handwerkzeug für Engagierte im Bezirk einen kleinen Beitrag leisten.

Der Demokratiebericht Marzahn-Hellersdorf erscheint nun bereits zum zweiten Mal in Kooperation der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf (pad gGmbH) und den Projekten „Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf" sowie den beiden externen Koordinierungs- und Fachstellen der „Partnerschaft für Demokratie Marzahn" und der „Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf" in Trägerschaft der Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut).

Im ersten Teil des Demokratieberichtes stellt das bezirkliche Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf die aktuellen Fallzahlen für das Jahr 2019 vor, es wird eine vergleichende Auswertung vorgenommen und ein Fazit gezogen.

Der Schwerpunkt liegt mit dem zweiten Teil auf praktischen Beispielen aus dem Bereich der Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf. Wir wollen erneut sichtbar machen, wie vielfältig die Aktivitäten der Zivilgesellschaft, der sozialen Träger und Einrichtungen vor Ort sowie dem Bezirksamt sind, um damit einen motivierenden und aktivierenden Beitrag für noch mehr Engagement im Bezirk zu leisten. Neben Berichten und Interviews gibt es auch eine Vorstellung der neuen Kampagne „Solidarische Kieze!" – hier können Sie sich jederzeit aktiv einbringen!

Im letzten Teil des Berichtes werden aus den aktuellen bezirklichen Entwicklungen und den im Bericht dargestellten zivilgesellschaftlichen Strukturen Schlussfolgerungen für die weitere Demokratieentwicklung und damit einhergehend mögliche Handlungsideen entwickelt.

Aktuelle Entwicklung der extremen Rechten im Bezirk

Insgesamt sind die Fallzahlen hinsichtlich der von den Registerstellen aufgenommenen extrem rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffen berlinweit im Jahr 2019 um mehr als 26 % auf insgesamt 390 Taten gestiegen. Das ist ein Anstieg um 81 Gewalttaten und massive Bedrohungen im Vergleich zu 2018. Mindestens 509 Menschen wurden verletzt und bedroht. (Siehe: https://www.reachoutberlin.de/de/content/pressemitteilung-2019-stieg-die-zahl-der-angriffe-berlin-um-26-auf-390-taten).

Für Marzahn-Hellersdorf hingegen gibt es für das Jahr 2019 erneut einen Rückgang der Vorfälle auf insgesamt 154 (2018: 182) zu verzeichnen. (Quelle: https://www.berliner-register.de/sites/default/files/Berlin_2020_Register.pdf)

Die rassistischen Vorfälle im Bezirk wurden vom Bündnis für Demokratie und Toleranz auch 2019 nicht unkommentiert gelassen, so gab es dazu u.a. verschiedene Pressemitteilungen des Bündnisses, welche diese menschenverachtenden Taten scharf verurteilten: „Wir verurteilen diese rassistischen Attacken auf das Schärfste, insbesondere weil die Opfer Kinder oder Jugendliche sind, und solidarisieren uns an dieser Stelle mit den Betroffenen!

Unser Bündnis appelliert an alle im Bezirk lebenden Menschen, auch weiterhin gemeinsam für solidarische Kieze und gegen Rassismus und Gewalt in jeglicher Form einzutreten, um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen.

Marzahn-Hellersdorf ist ein Ort der Vielfalt – Wir sind und bleiben bunt und weltoffen!" (Quelle: https://buendnis.demokratie-mh.de/2019/solidarische-kieze-statt-rassistischer-hetze-gewalt-wir-sind-bunt-und-weltoffen/)

Besorgnis erregend war aus Sicht der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung und dem Bündnis für Demokratie und Toleranz der erneute Wahlerfolg der extrem rechten AfD bei der Europawahl Ende Mai 2019. Die AfD erhielt in Marzahn-Hellersdorf mit 19 Prozent der Stimmen das berlinweit beste Ergebnis und blieb nur 2 Prozent hinter der LINKEN.

Insbesondere in den Großsiedlungsgebieten in Marzahn-Nordwest und Hellersdorf-Nord befinden sich einige AfD-Hochburgen. Die AfD konnte hier Ergebnisse von über 20 % bis hin zu 33% im Stimmbezirk 10304 in Hellersdorf im Umfeld der Tangermünder Straße erreichen (hier kommen noch 1,9 % der neonazistischen NPD hinzu). Aufgrund der hohen Wahlergebnisse lässt sich festhalten, dass die AfD ihre bisherigen Hochburgen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf auf hohem Niveau halten konnte. (Quelle: http://buendnis.demokratie-mh.de/wp-content/uploads/BfDT-M-H-PM-33_Reaktion-auf-die-Wahlerfolge-der-AfD-im-Bezirk.pdf)

Zudem muss aus demokratieentwicklungspolitischer Sicht festgehalten werden, dass der AfD-Bezirksverband im vergangenen Jahr verstärkt ihnen unliebsame bezirkliche Akteure, wie soziale Träger, Initiativen und Bündnisse, Bezirksamt, Demokratieprojekten u.a. ins Visier genommen hat. Es gab hier zahlreiche diffamierende Beiträge auf der Website der AfD-Fraktion, in den sozialen Medien und auch über kleine und große Anfragen in der Bezirksverordnetenversammlung und dem Abgeordnetenhaus, wurde versucht die demokratisch

engagierten Akteur*innen in ihrer Arbeit einzuschüchtern.

Berlinweit befindet sich die neonazistische NPD weiter im Niedergang. Es fanden bis auf kleine Kundgebungen und vereinzelte Transparentaktionen so gut wie keine öffentlichen Aktivitäten statt. Das entspricht der bundesweiten Entwicklung. Punktuelle Aufmerksamkeit konnte die Berliner NPD nur durch die Beteiligung an der bundesweiten, bürgerwehrähnlichen NPD-Kampagne „Schafft Schutzzonen" erlangen, welche aber laut NPD-Angaben im März 2020 für beendet erklärt wurde.

Festzuhalten bleibt allerdings, dass der Berliner NPD-Vorsitzende Andreas Käfer aus Marzahn-Hellersdorf erneut in seinem Amt bestätigt wurde und auch weitere Mitglieder des NPD-Kreisverbandes in den Berliner Vorstand gewählt wurden. U.a. deshalb sind die Aktivitäten des Bezirksverbandes auch wieder erheblich angestiegen und können damit als wohl momentan aktivste offen neonazistische Struktur bezeichnet werden.

Von anderen extrem rechten bzw. neonazistischen Gruppierungen wie der Kaderpartei „III. Weg" und den „Identitären" sind im Bezirk aktuell nur kleinere Propagandaaktivitäten feststellbar. Die extrem rechte Gruppe „Wir für Deutschland" (WfD) hat sich erfreulicherweise Ende 2019 offiziell aufgelöst (siehe: https://rechtsaussen.berlin/2020/01/wir-fuer-deutschland-ist-geschichte/). Am 3. Oktober organisierte WfD mit dem „Tag der Nation" noch mit einer vierstelligen Zahl von Teilnehmenden den größten Naziaufmarsch in Berlin im Jahr 2019.

Die Zivilgesellschaft in Marzahn-Hellersdorf ist dazu aufgerufen, diese Diffamierungen und Bedrohungen nicht unkommentiert stehen zu lassen, sondern sich zu solidarisieren und weiterhin ganz klar für ein friedliches Miteinander ohne Hass und Hetze einzustehen. Das bunte und weltoffene Marzahn-Hellersdorf steht für einen Bezirk ohne Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit.

Zivilgesellschaftliches und demokratisches Engagement im Bezirk wird vielfältiger

Unabhängig von diesen Entwicklungen, gab es aber auch jede Menge erfreuliche Ereignisse im Jahr 2019: es fanden zahlreiche, größtenteils sehr gut besuchte Veranstaltungen anlässlich des 40. Jubiläums unseres Bezirkes statt. In einem Großteil der berlinweiten und überregionalen Presseberichterstattung wurde durchaus positiv über Marzahn-Hellersdorf berichtet.

Der weiterhin wachsende Bezirk wird hinsichtlich seiner Bewohner*innenschaft immer diverser, die rassistischen Straßenproteste gegen hier lebende Menschen mit Fluchterfahrung sind zum Erliegen gekommen bzw. haben sich in die sozialen Netzwerke verlagert und es gibt jede Menge Projekte und Initiativen, welche sich für ein friedliches Miteinander in den Nachbarschaften einsetzen, wie auch die Artikel von den vier BENN-Standorten im Bezirk, vom Integrationsbüro Marzahn-Hellersdorf und eine Vorstellung der Kampagne „Solidarische Kieze" in diesem Bericht zeigen.

Auch die verschiedensten Demokratie- und Nachbarschaftsfeste im Bezirk (Schöner Leben ohne Nazis, Marzahner Nachbarschaftsfest, Sommerfest in Hellersdorf-Nord, Feuriger Advent u.a.) leisten einen kontinuierlichen Beitrag zur Demokratieentwicklung in den einzelnen Kiezen. Dies gilt natürlich ebenso für die kleinteilige Alltagsarbeit der vielen sozialen Träger im Bezirk, der Stadtteilzentren, der Partnerschaften für Demokratie, der Schulen und Kitas, der Arbeitsgruppen des Bündnisses, der Migrant*innen(selbst)organisationen und vieler anderer Akteur*innen.

Die Zivilgesellschaft in Marzahn-Hellersdorf sollte lokal an diese Erfolge anknüpfen und auch überregional bzw. bundesweit weiter an emanzipatorischen Bündnissen arbeiten. Neben bestehender und themenübergreifend arbeitender Bündnisse wie #unteilbar, gab es zuletzt auch weitere erfolgreiche zivilgesellschaftliche Vernetzungsansätze wie #wannwennnichtjetzt (https://wannwennnichtjetzt.org/), „Aufbruch Ost", „Polylux" (www.polylux.network/) oder „Wir sind der Osten" (https://wirsindderosten.de/). Hier gilt es zusammen mit den aktuellen ökologischen Protestbewegungen von „Fridays for future" bis „Ende Gelände" neue Bündnisse für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft auf einer antifaschistischen, solidarischen und demokratischen Basis voranzutreiben. Es werden glaubhafte Zukunftskonzepte und neue Organisierungs- und Beteiligungsmodelle benötigt, um die Menschen wieder stärker für (basis)demokratische Ideen begeistern zu können.

Der hier vorliegende Jahresbericht der Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf für 2019 zeigt die Entwicklungen in Bezug auf extrem rechtes, rechtspopulistisches und diskriminierendes Geschehen im Bezirk auf und ordnet diese ein. Er ist in erster Linie als Handreichung für die zivilgesellschaftlichen und emanzipatorischen Akteur*innen im Bezirk sowie der interessierte Öffentlichkeit gedacht.

Die Redaktion des Demokratieberichtes bedankt sich nachdrücklich bei allen an diesem Bericht beteiligten Menschen. Ohne ihr Engagement wäre dieser Demokratiebericht nicht möglich gewesen.

Viel Spaß beim Lesen

Auswertung des Registers zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf 2019

Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf

Das Register

Das „Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf" dokumentiert rechtsextreme, diskriminierende und menschenverachtende Vorfälle im Bezirk. Es ist seit 2008 Teil der Berliner Register, die inzwischen in allen Berliner Bezirken eingerichtet worden sind. Die dokumentierten Vorfälle werden von Bürgerinnen und Bürgern sowie Netzwerkpartnerinnen und Netzwerkpartnern gemeldet und an die Koordinierungsstelle des bezirklichen Registers weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, redaktionell ausgewertet und veröffentlicht. Die Register und ihre Berliner Koordinierungsstelle werden aus dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus" der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung finanziert. Das Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf ist in Trägerschaft der Stiftung SPI Sozialpädagogisches Institut Berlin und wird von den Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf geführt. Zusätzlich besteht eine Kooperation mit dem hochschulfinanzierten „Antirassistischen Register an der Alice-Salomon-Hochschule".

Aufgaben & Ziele

Die Registerstelle dokumentiert und veröffentlicht rassistische, antisemitische, rechtsextreme und diskriminierende Vorfälle in der Chronik des Registers Marzahn-Hellersdorf (https://www.berliner-register.de/chronik/marzahn-hellersdorf). Zusätzlich leistet die Registerstelle wichtige Vernetzungs-, Recherche- und Analyseaufgaben wie die quantitative und qualitative Auswertung der erfassten Daten.
Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit ist ein weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld und wird beispielsweise durch jährliche Publikationen und die Teilnahme an einer gemeinsamen Pressekonferenz aller Berliner Registerstellen umgesetzt.
Diese Tätigkeiten dienen dem Ziel der Sichtbarmachung von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Daher dokumentieren die Register auch niedrigschwellige, nicht zwangsläufig strafrechtlich relevante Vorfälle wie z.B. Aufkleber, die nicht von Polizeistatistiken erfasst werden. Die lokalen Registerstellen fungieren darüber hinaus als Anlauf- und Vermittlungsstellen für Betroffene.

Möglichkeiten und Grenzen

Die im Folgenden dargestellten Zahlen schließen nur die dem Register gemeldeten Vorfälle ein und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, weil die Zahl der Melderinnen und Melder begrenzt ist und ein umfassendes Monitoring –insbesondere der Sozialen Medien– personell nicht zu leisten ist. Dennoch ist der weitere Ausbau der Netzwerkstrukturen und die Erweiterung der Basis der Melderinnen und Melder für die Berliner Register von höchster Priorität, um die Situation vor Ort so realistisch wie möglich einzuschätzen sowie Tendenzen und Entwicklungen auf lokaler Ebene frühzeitig zu erkennen.
Wir sind also auf Ihre Hilfe angewiesen! Melden Sie uns rechtsextreme, antisemitische, rassistische, LGBTIQ*-feindliche, sozialchauvinistische und behindertenfeindliche Vorfälle! Dabei kann es sich neben Angriffen, z.B. auch um Bedrohungen, Pöbeleien oder rechtsextreme Propaganda handeln.
Beschreiben Sie uns den Vorfall in einer Mail bitte möglichst genau (Uhrzeit, Ort und Beteiligte). Wir freuen uns auch über Dokumentationen der Vorfälle (z.B. Fotos), sofern dies möglich ist.
Kontakt: pfd-mh@stiftung-spi.de

Kategorisierung der Vorfälle

Die Registervorfälle werden kategorisiert, d.h. sie werden neben dem „Ort" auch nach „Art des Vorfalls" und einer „inhaltlichen Zuordnung" sortiert. Jeder Vorfall wird nur einer Kategorie zugeordnet. Auf Grundlage dieser Kategorien erstellt das Register eine fortlaufende Jahreschronik, die ein differenziertes Bild der Situation vor Ort ermöglicht und Rückschlüsse für Handlungsbedarf liefert. Vorfälle können dem Register von Anlaufstellen und Privatpersonen gemeldet werden. Darüber hinaus werden auch Pressemeldungen in die Chronik einbezogen. Personen, die Vorfälle melden, werden grundsätzlich anonymisiert.

Art der Vorfälle

Es werden sieben verschiedene Arten von Vorfällen vom Register unterschieden.

- **Angriffe:** massive Bedrohungen, (versuchte) Körperverletzungen und Brandstiftungen
- **Bedrohung, Beleidigung & Pöbelei:** Bedrohungen und Beschimpfungen, Rufen von Parolen und der Hitlergruß
- **Sachbeschädigung:** zielgerichtete Sachbeschädigungen, wie etwas eingeschlagene Fenster von Parteibüros oder umgestoßene Gedenksteine
- **Propaganda:** Aufkleber, Plakate, Flugblätter, Sprühereien oder Internetseiten mit extrem rechtem und/oder diskriminierendem Inhalt
- **Veranstaltung:** Infostände, Vortragsabende, Demonstrationen & Konzerte. Unterkategorie BVV für Beiträge mit extrem rechtem und/oder diskriminierenden Inhalten in der Bezirksverordnetenversammlung
- **Sonstige:** Alle Vorfälle, die sich keiner der Kategorien zuordnen lassen

Inhaltliche Zuordnung

Auch der Inhalt, also das Ziel oder der/die Adressat/in des Vorfalls, wird in Kategorien erfasst. Drei Kategorien haben dabei einen starken Bezug zum Rechtsextremismus[1] und Rechtspopulismus.[2]

- **Rechte Selbstdarstellung:** Materialien von extrem rechten und rechtspopulistischen Organisationen, Parteien und Gruppierungen, deren Zweck es ist, die Organisationen oder Inhalte zu bewerben. Eine Unterkategorie bilden Vorfälle, die sich auf Wahlen beziehen
- **Verharmlosung/Verherrlichung des NS:** Alle Vorfälle mit positivem Bezug auf den Nationalsozialismus, seine Symbole oder bekannte Repräsentanten
- **Politische Gegner/innen:** rechte Aktionen, die sich gegen bestimmte Politiker/innen, Engagierte oder Nicht-Rechte richten

Fünf weitere Inhaltskategorien haben einen engen Bezug zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (im Folgenden GMF) und sich daraus äußernder Diskriminierung.
Der Begriff Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) geht auf den Bielefelder Soziologen Prof. Wilhelm Heitmeyer zurück. GMF wird dadurch gekennzeichnet, „dass sie sich auf verschiedene Gruppen in der Gesellschaft bezieht, die als schwach, abweichend, nicht normal oder fremd und so weiter markiert werden." Bei der Abwertung von Personengruppen ist die tatsächliche Zugehörigkeit zu einer Gruppe nicht zwingend ausschlaggebend. Häufig ist auch die vermutete Gruppenzugehörigkeit ausreichend für eine Abwertung. Für die Arbeit der bezirklichen Register werden einzelne Abwertungsformen aus diesem Theorieansatz verwendet.

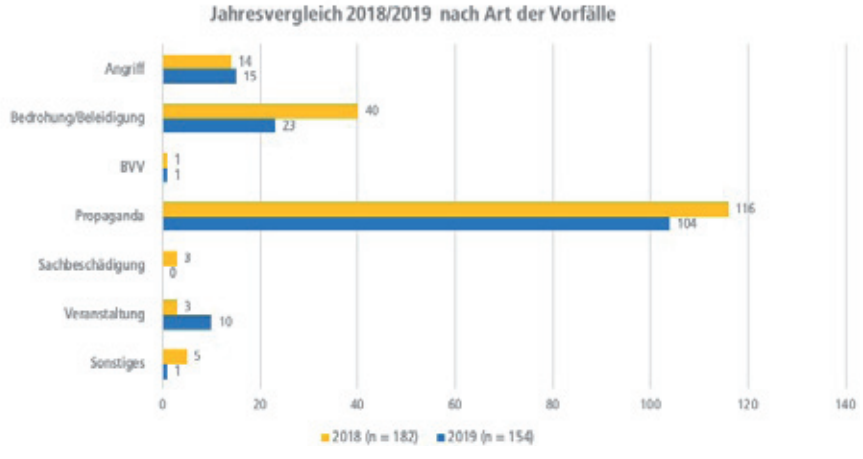
- **Rassismus:** negative, biologische und/oder kulturelle Zuschreibung in Bezug auf „Rassen", Kulturen, Völkern oder Ethnien. Unterkategorien bilden hierbei Islam- und Muslimfeindlichkeit, Antischwarzer Rassismus sowie die Ablehnung und Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma (Antiziganismus)
- **Antisemitismus:** feindliche Aktionen gegen jüdische, oder als jüdisch wahrgenommene Personen, deren Eigentum sowie gegen jüdische Einrichtungen
- **LGBTIQ*-Feindlichkeit:** Ablehnung gegenüber Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. LGBTIQ* ist die Abkürzung für folgende Begriffe: Lesbian, Gay, Bisexual, Trans*gender, Intersexual, Queer. Im deutschen Sprachgebrauch entsprechend: lesbisch, schwul, bisexuell, trans*gender, intersexuell und queer
- **Sozialchauvinismus/Behindertenfeindlichkeit:** Unter Sozialchauvinismus wird die Feindlichkeit gegenüber Personen verstanden, die als „sozial schwach" stigmatisiert werden – auch Obdach- und Wohnungslose. Behindertenfeindlichkeit bezeichnet Ablehnung von Menschen mit physischer Beeinträchtigung oder Lernschwierigkeiten

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird in unterschiedliche Erscheinungsformen (s.o.) von Menschenfeindlichkeit differenziert, die in einem Wechselzusammenhang stehen. Hingegen wird bei Rechtsextremismus von einer geschlossenen Ideologie ausgegangen. Beide sind jedoch nicht isoliert voneinander zu betrachten, da GMF und Rechtsextremismus sich häufig gegen dieselben Personengruppen richten. Kann ein Vorfall keiner der hier genannten Kategorien inhaltlich zugeordnet werden, so fällt er in die Kategorie **Sonstige**.

Orte

Um die rechtsextremen Aktivitäten genauer verorten zu können, wurde die bezirkliche Struktur der Einteilung in Orte und Regionen übernommen.

- **Marzahn-Nord:** liegt östlich der Wuhletalstr. und ist eingerahmt von der Ahrensfelder Chaussee und Grenze zum brandenburgischen Landkreis Barnim
- **Marzahn-Mitte**: wird begrenzt von der Wuhletalstr., der Landsberger Allee und der Bezirksgrenze zu Lichtenberg sowie der Grenze zum brandenburgischen Landkreis Barnim
- **Marzahn-Süd:** liegt westlich der Wuhle bzw. des südlichen Teils der Allee der Kosmonauten und der Märkischen Allee, östlich der Rhinstraße, südlich von Marzahn-Mitte und umfasst den Kienberg
- **Biesdorf:** wird begrenzt von der Wuhle im Osten, der Bezirksgrenze zu Treptow-Köpenick im Süden, zu Lichtenberg im Westen sowie der Elisabethstr. im Norden
- **Hellersdorf-Nord:** wird in westlicher Richtung durch die Wuhle, im Süden durch die U-Bahnlinie 5 und im Norden durch die Landsberger Chaussee begrenzt
- **Hellersdorf-Ost:** grenzt im Süden an den brandenburgischen Landkreis Märkisch Oderland und umfasst die Großsiedlungsgebiete südliche der U-Bahnlinie 5
- **Hellersdorf-Süd:** liegt in der Mitte von Marzahn-Hellersdorf, östlich der Wuhle und umfasst außerdem das Neubaugebiet Hellersdorf-Süd
- **Mahlsdorf:** umfasst das durch Einfamilienhäuser und Stadtvillen geprägte Siedlungsgebiet, das westlich von Kaulsdorf, östlich vom brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland sowie südlich von Treptow-Köpenick eingerahmt wird
- **Kaulsdorf:** das Gebiet im südlichen Hellersdorf, das östlich der Wuhle, südlich der Gülzower bzw. Grottkauer Str. sowie nördlich von Treptow-Köpenick liegt
- **Stadtteilübergreifend:** wird verwendet, wenn ein Vorfall nicht eindeutig einem Ortsteil zugeordnet werden kann, wie beispielsweise Vorfälle im ÖPNV oder im Internet
- **Unbekannt:** in einigen Fällen kann der Vorfall nicht eindeutig bestimmt werden und wird daher als unbekannt aufgenommen
- **Berlinweit:** bezieht sich auf Vorfälle, die sowohl Bezüge zu Marzahn-Hellersdorf als auch zur gesamten Stadt aufweisen (z.B. Vorfälle im Abgeordnetenhaus)
- **Berlinweit Internet:** bezieht sich auf Vorfälle mit klarem Bezug zu Marzahn-Hellersdorf, die im Internet stattfinden



Vorfallszahlen und vergleichende Auswertung

Auswertung 2019: Art der Vorfälle

Sonstiges	1
Veranstaltung	10
Sachbeschädigung	0
Propaganda	104
BVV	1
Bedrohung/Beleidigung	23
Angriff	15
Insgesamt	**154**

Jahresvergleich: Art der Vorfälle

Die Zahl der gemeldeten Vorfälle ist mit 154 im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr um ca. 15% (28 Vorfälle) gesunken. Diese Entwicklung ist in erster Linie Folge des Rückgangs der Zahlen in zwei Kategorien: Zum einen der erfassten Bedrohungen/ Beleidigungen (40 in 2018 gegenüber 23 in 2019) und zum anderen der Propaganda-Vorfälle (116 in 2018 gegenüber 104 in 2019). Zugleich gab es einen starken Anstieg bei der Zahl der Veranstaltungen (von drei in 2018 auf zehn in 2019), der

primär auf die Aktivitäten der extrem rechten Parteien im Rahmen der Europawahl 2019 zurückzuführen ist. Auch die Zahl der Angriffe hat im Jahr 2019 leicht zugenommen (von 14 in 2018 auf 15 in 2019).

Auswertung 2019: Inhalt der Vorfälle

Sonstige	0
Sozialchauv./Behindertenfeindl.	0
LGBTIQ*Feindlichkeit	3
Antisemitismus	1
Islam-/Muslimfeindlichkeit	14
Antiziganismus	3
Antischwarzer Rassismus	4
Rassismus	40
politische/r Gegner/innen	16
Verharmlosung NS	27
Wahlen	12
Rechte Selbstdarstellung	34
Insgesamt	**154**

Jahresvergleich: Inhalt der Vorfälle

Der Jahresvergleich der Inhalte der dokumentierten Vorfälle belegt, dass der Rückgang der Gesamtzahl sich in erster Linie auf die Kategorie Rechte Selbstdarstellung beschränkt (von 73 in 2018 auf 34 in 2019). So ist z.B. die addierte Zahl aller Vorfälle, die zu den Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) zählen (Rassismus, Antisemitismus, Islam-/Muslimfeindlichkeit, Anti-Schwarzer Rassismus und Antiziganismus), im Vergleich zum Vorjahr weitgehend konstant geblieben (65 in 2018, 62 in 2019). In einzelnen Kategorien wie z.B. Verharmlosung NS ist auch ein Anstieg der Fallzahlen im Jahr 2019 festzustellen. Der Anstieg in der Kategorie Wahlen (von null in 2018 auf zwölf in 2019) ist damit zu begründen, dass 2018 keine Wahlen stattfanden, 2019 aber die Europawahl. Rückblickend auf die Europa-Wahlen 2019 lässt sich feststellen, dass der Wahlkampf im Bezirk zum Teil mit aggressiven und volksverhetzenden extrem rechten und rechtspopulistischen Inhalten geführt wurde. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise die extrem menschenverachtenden Plakate der NPD zu nennen („Migration tötet"). Trotz des Rückgangs der Gesamtzahl der erfassten Vorfälle ist also nicht von einer grundsätzlich veränderten politischen Großwetterlage im Bezirk auszugehen.

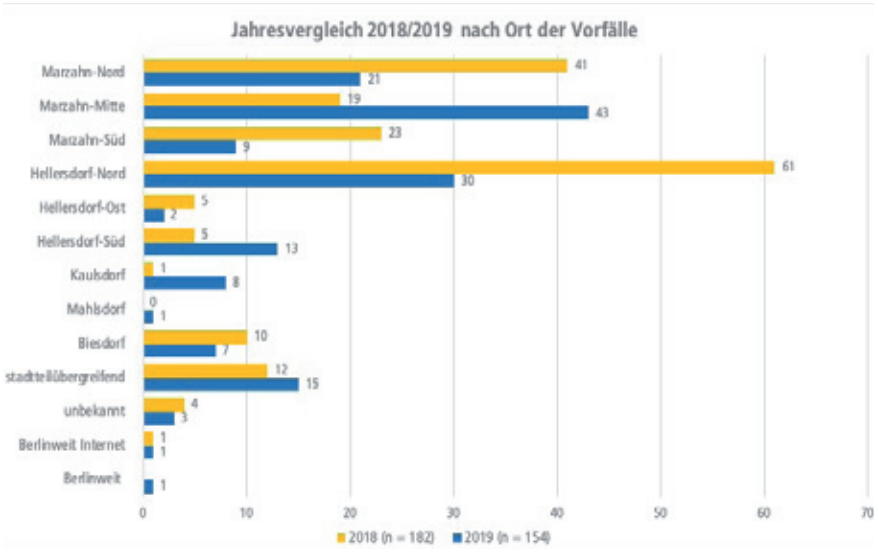
Auswertung 2019: Ort der Vorfälle

Berlinweit	1
Berlinweit Internet	1
unbekannt	3
stadtteilübergreifend	15
Biesdorf	7
Mahlsdorf	1
Kaulsdorf	8
Hellersdorf-Süd	13
Hellersdorf-Ost	2
Hellersdorf-Nord	30
Marzahn-Süd	9
Marzahn-Mitte	43
Marzahn-Nord	21
Insgesamt	**154**

Jahresvergleich: Ort der Vorfälle

Schwerpunktmäßig finden die erfassten Vorfälle im Gesamtbezirk Marzahn-Hellersdorf weiterhin in den Großsiedlungen statt. Dies dürfte aber auch daran liegen, dass dort mehr Menschen wohnen und im öffentlichen Raum mehr Vorfälle beobachtet und gemeldet werden. In Hellersdorf sind nach wie vor in Hellersdorf-Nord die meisten Vorfälle zu verzeichnen. Allerdings ist die Zahl der erfassten Vorfälle hier stark rückläufig, während in Hellersdorf-Süd eine Zunahme der Zahlen festzustellen ist. In Marzahn weisen Marzahn-Nord und insbesondere Marzahn-Mitte die höchsten Fall-

Anmerkung: Die Kategorie „Antischwarzer Rassismus" wurde 2018 nicht gesondert erhoben.



Anmerkung: Die Kategorie „Berlinweit" wurde 2018 nicht gesondert erhoben.

zahlen auf. Der Trend aus 2018, eine Verschiebung der lokalen Schwerpunkte nach Marzahn-Nord, setzt sich damit nicht fort. Vielmehr ist eine zunehmende Konzentration der Aktivitäten der neonazistischen und extrem rechten Gruppierungen und Parteien in Marzahn-Mitte (insbesondere rund um das Einkaufscenter „Eastgate") zu konstatieren. Seit 2017 wechseln sich in Marzahn die Stadtteile Marzahn-Nord und Marzahn-Mitte als Ortsteile mit den meisten gemeldeten Vorfällen ab. Die bezirklichen Siedlungsgebiete (Kaulsdorf, Mahlsdorf, Biesdorf) weisen weiterhin weitgehend konstante und vergleichsweise niedrige Fallzahlen auf. Bemerkenswert ist hier allenfalls die Zunahme der erfassten Vorfälle in Kaulsdorf (ein Vorfall in 2018 gegenüber acht Vorfällen in 2019).

Zusammenfassung & Ausblick

Die Zahl der registrierten rechtsextremen und diskriminierenden Vorfälle ist von 182 im Vorjahr auf 154 im Jahr 2019 gesunken. Die Ursache dieses Rückgangs dürfte aber weniger an einem realen Rückgang der stattgefundenen Vorfälle liegen, sondern an einer Schwächung der Melderinnen- und Melderbasis durch eine hohe Fluktuation des Personals von Einrichtungen, die für die Meldung von Vorfällen relevant sind (z.B. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Flüchtlingsunterkünften). Die Bemühungen einzelner neonazistischer Akteure und Gruppierungen wieder verstärkt Präsenz im Bezirk zu zeigen –hier ist insbesondere die „Schutzzonen"-Kampagne der NPD zu nennen– sind bisher auf vergleichweise wenig Resonanz in der breiten Öffentlichkeit gestoßen.

Dennoch gilt es die Aktivitäten neonazistischer und extrem rechter Gruppierungen auch im Jahr 2020 im Blick zu behalten. So ist das neonazistische Spektrum in Bezirk weiterhin in der Lage punktuell aktiv zu werden und auch Teile der lokalen Bevölkerung zu mobilisieren. Dies zeigte sich zuletzt beim Richtfest für die neue Flüchtlingsunterkunft am Murtzaner Ring, die von massiver rassistischer Hetze im Netz begleitet wurde. Trotz der bisher bescheidenen Resonanz auf die die o.g. „Bürgerwehr"-Aktionen sollten diese weiterhin im Blickfeld der Zivilgesellschaft bleiben, weil durch diese mit vergleichsweise geringem Aufwand Aufmerksamkeit erzielt werden kann. Dabei versuchen sich die neonazistischen Gruppierungen auch angespannte Situationen an bestimmten kriminalitätsbelasteten Orten des Bezirks zunutze zu machen. Diese Aktionen konnten aber den Bedeutungsverlust und die Schwächung der NPD – und des organisierten neonazistischen Spektrums insgesamt – sowie die Wanderungsbewegungen innerhalb der extrem rechten Milieus bisher nicht stoppen. Eine besondere Herausforderung für die lokale Zivilgesellschaft ist das – vor allem seit Ende 2018 – zunehmend aggressive Verhalten der AfD gegenüber demokratischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bezirk. Dies beinhaltet z.B. unsachliche öffentliche Kritik an bestimmten Einträgen des Registers und vor allem eine Vielzahl von Anfragen zur Finanzierung bzw. Arbeitsweise des Registers und anderer demokratischer Akteure. Damit verfolgt die AfD offensichtlich das Ziel, die Arbeit des Registers zu erschweren und zu delegitimieren.

Hinsichtlich der lokalen Schwerpunkte ist 2019 eine Konzentration der Vorfälle in Marzahn-Mitte zu konstatieren. Die im Jahr zuvor festgestellte Verlagerung der dokumentierten Vorfälle an die Ränder des Bezirks (vor allem Marzahn-Nord und Hellersdorf-Nord) scheint somit für 2019 gestoppt. Die hohe Anzahl und der Inhalt der Vorfälle weisen darauf hin, dass es in der Bevölkerung des Bezirks weiterhin eine relativ große Zustimmung zu extrem rechten und rechtspopulistischen Thesen gibt, die sich nicht zuletzt in den Wahlergebnissen 2017 und 2019 widerspiegelt. Trotz des Rückgangs der gemeldeten Vorfällen, befinden sich diese seit einigen Jahren auf hohem Niveau. Diese Tatsache sowie die Wahlergebnisse in 2017 und 2019 weisen darauf hin, dass Rassismus sowie eine relativ große Zustimmung zu extrem rechten und rechtspopulistischen Thesen in Teilen der Bevölkerung nach wie vor ein Problem im Bezirk ist. Die Arbeit der durchaus vorhandenen und engagierten demokratischen Zivilgesellschaft in Marzahn-Hellersdorf wird also auch 2020 wertvoll und unerlässlich sein, um neonazistischen und rechtspopulistischen Entwicklungen im Bezirk entschlossen entgegenzuwirken. Auch die vielen verschiedenen Melderinnen und Melder sowie die diversen bezirklichen Anlaufstellen des Registers leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.

Exemplarische Vorfälle aus der Jahreschronik 2019

25. Mai 2019
Wahlkampfaktion einer neonazistischen Kleinpartei in Marzahn
Die neonazistische Kleinpartei „Der III. Weg" führte am Tag vor der Europawahl in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick Aktionen zum Wahlkampfabschluss durch. Am Einkaufscenter „Eastgate" ließen sich acht Mitglieder der neonazistischen Kleinpartei, die mit Parteisymbolen bedruckte uniformartige Kleidung trugen, mit einem Banner ablichten. Außerdem wurden Aufsteller mit extrem rechten Parolen gezeigt und offenbar auch Flyer verteilt.
Art: Veranstaltung
Inhaltliche Zuordnung: Wahlkampf
Ort: Marzahn-Mitte
Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

3. August 2019
Schwerer transphober Angriff in Marzahn
Unbekannte beleidigten und schlugen gestern Nachmittag in Marzahn. Nach Zeugenaussagen waren gegen 16.30 Uhr eine 21-jährige Transperson in Begleitung eines 18-Jährigen und einer 15-Jährigen auf der Allee der Kosmonauten zu einem Kurz- und Gebrauchswarengeschäft unterwegs. Auf dem Weg dorthin trafen sie auf zwei unbekannte Jugendliche oder heranwachsende Männer, mit denen sie in einen verbalen Streit gerieten. Im Verlauf des Streites beleidigten die beiden den 21-jährigen Transmann wiederholt aufgrund seiner sexuellen Identität. Nachdem der Beleidigte und seine Begleiter das Geschäft wieder verlassen hatten und sich zu einer nahe gelegenen Bushaltestelle begaben, trafen sie dort erneut auf die beiden Unbekannten. Diese waren in Begleitung von zwei weiteren unbekannten Männern, so dass die feindselige Gruppe nun zu viert war. Erneute Provokationen gegen die Transperson ignorierte diese, sodass sich drei der Vierergruppe auf den 18-Jährigen stürzten und diesen zu Boden schlugen. Dort sollen sie auch wiederholt gegen den Kopf des Niedergeschlagenen getreten haben. Als der 21-Jährige die Polizei alarmierte, flüchtete das Quartett unerkannt. Alarmierte Rettungskräfte versorgten den 18-Jährigen zunächst am Ort, brachten ihn jedoch anschließend zur ambulanten Behandlung in eine Klinik. Auch die 15-Jährige wurde durch Sanitäter zur ambulanten Behandlung in eine Klinik gebracht, da sie deutlich unter Schock stand. Die Polizei ermittelt.
Art: Angriff
Inhaltliche Zuordnung: LGBTIQ* Feindlichkeit
Ort: Marzahn-Süd
Quelle: Polizeimeldung / Register Marzahn-Hellersdorf

27. November 2019
Rassistische Beleidigung beim Marktplatz Center in Hellersdorf-Nord
Am Nachmittag wurde eine Familie von einer Person vor dem Marktplatz Center rassistisch beleidigt. Die Person betrat das Center und setzte dort die Äußerungen von rassistischen Sprüchen fort. Daraufhin schritt ein Passant ein.
Art: Bedrohung/Beleidigung/Pöbelei
Inhaltliche Zuordnung: Rassismus
Ort: Hellersdorf-Nord
Quelle: Augenzeug*in / Register Marzahn-Hellersdorf

Die gesamte Chronik des Registers Marzahn-Hellersdof finden Sie online unter:
https://berliner-register.de/chronik/marzahn-hellersdorf

Die Projekte „Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf" und die externen Koordinierungs- und Fachstellen der „Partnerschaft für Demokratie Marzahn" und „Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf" sind bei dem Träger Stiftung SPI Sozialpädagogisches Institut Berlin angesiedelt.

Bei Fragen melden Sie sich gern bei pfd-mh@stftung-spi.de oder unter 030-99 27 50 98.

[1] Unter Rechtsextremismus wird eine Ideologie verstanden, „die Vorstellungen von einer natürlichen Ungleichheit der Menschen, eines ethnisch homogenen Volkes, die Befürwortung von hierarchischen und autoritären Verhältnissen und damit einhergehend die Ausgrenzung von Menschen, die nicht in das Weltbild passen", vertritt. Rechtsextremismus geht „häufig mit der Verharmlosung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus einher." (Vgl. https://www.berliner-register.de/content/rechts-rechte-ideologie; zuletzt aufgerufen am 02.04.2019).
[2] Rechtspopulismus ist im Verständnis der Register keine Ideologie, sondern eine politische Strategie, die sich rechter und konservativer Vorstellungen bedient. In seinem Auftreten ist Rechtspopulismus antielitär und antipluralistisch (vgl. https://www.berliner-register.de/content/rechtspopulismus; zuletzt aufgerufen am 02.04.2019).
[3] In: Melzer, Ralf (Hrsg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn. S.62.

Übersicht über durch die Partnerschaften geförderte Demokratieprojekte im Jahr 2019

Hannes Obens und Corinna Meukow
Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf

Die Partnerschaft für Demokratie Marzahn und ihre Projekte 2019

Die Partnerschaft für Demokratie Marzahn hat 2019 aus ihrem Aktions- und Initiativfonds zehn spannende Projekte gefördert. Eine Übersicht ist unten in der Tabelle dargestellt. Das Jugendforum Marzahn wurde 2019 fachlich und administrativ durch die Jugendfreizeiteinrichtung FAIR begleitet. Seit 2020 liegt die Begleitung beim Roten Baum Berlin e.V. Dort können sich alle jungen Menschen melden, die sich in Marzahn für Toleranz und Solidarität einsetzen möchten. Der Fonds für Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation und Vernetzung wurde u.a. für die Demokratiekonferenz Marzahn genutzt, die 2019 in Kooperation mit dem Fachtag „Grenzenlos gestärkt in den Alltag. Soziale Arbeit und die Bedrohung durch Rechtspopulismus" im Freizeitforum Marzahn stattfand. Schwerpunkte bildeten Strategien gegen rechtspopulistische Angriffe und Diskriminierung sowie ein Erfahrungsaustausch zu solidarischem und demokratischem Handeln. Weitere Informationen zu der Partnerschaft für Demokratie Marzahn und ihren Projekten finden Sie online unter: demokratie-mh.de/partnerschaft-marzahn

Projektname	Inhalt	Fördersumme	Träger
1 Auf den Spuren vietnamesischer Einwanderer aus Marzahn	Bustour zu Orten der Lebens- und Einwanderungsgeschichte vietnamesischer Migrant/innen in Marzahn	1.100,00 €	Reistrommel e.V.
2 BEAPART! Wachsende Schule demokratisch gestalten	Förderung eines demokratischen und partizipativen Schulklimas an der Marcana-Schule vor dem Hintergrund einer Erweiterung der Jahrgänge	5.890,00€	DRK Kreisverband Berlin-Nordost e.V.
3 Frauen unter dem gesellschaftlichen Radar? – Ein Beitrag zur stärkeren Sichtbarmachung von Frauen in Marzahn	Erstellung eines Beobachtungsbogens zur Sichtbarkeit von Frauen im Alltag und Veranstaltung „Frauen heute – Gleichstellungsvorsprung oder Rückstand?"	9.800,00 €	Frauenzentrum Marie e.V.
4 Kiezgruppe gegen Rassismus Marzahn trifft „Café auf Rädern"	Gespräche mit Bürger/innen zu Rassismus und Diskriminierung sowie Organisation von Stammtischkämpfer/innen-Seminaren	4.200,00 €	Berliner VVN-BdA e. V.
5 Mädchen FAIRstehen die Welt	Workshops mit jugendlichen Mädchen zu Achtsamkeit, Umwelt, Rechte, U18-Wahlen	**5.000,00** €	HVD, Landesverband Berlin Brandenburg
6 Radikal respektvoll – Senior Edition	Weiterbildungen zum Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	**2.810,00** €	Artikel 1 - Initiative für Menschenwürde e.V.
7 Radikal respektvoll – auf deine Worte folgen Taten	Regelmäßige mehrwöchige Lerneinheiten für Grundschüler/innen zur Prävention physischer und verbaler Gewalt	**5.000,00** € €	Artikel 1 - Initiative für Menschenwürde e.V.
8 Radikal-Respektvoll auf deine Worte folgen Taten – Teaserworkshop	Kurze Lerneinheiten für Grundschüler/innen zur Prävention physischer und verbaler Gewalt	**1.000,00** € €	Artikel 1 - Initiative für Menschenwürde e.V.
9 Bin ich rechts? – reloaded	Theaterprojekt mit Schüler/innen zu Rechtspopulismus, Verschwörungstheorien, Zivilcourage und politischer Teilhabe	**3.200,00** €	vier.D - Verein für spartenübergreifenden Tanz und Theater e.V.
10 Aktionsfonds	Fonds für Bürger/innen, die sich mit ihren Ideen einbringen wollen	**10.000,00** €	Freiwilligen Agentur c/o SFZ e.V.
Gesamt		**48.000,00** €	

Die Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf und ihre Projekte 2019

Die Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf hat aus ihrem Aktions- und Initiativfonds 2019 zehn Projekte gefördert. Diese sind in der Übersicht unten dargestellt. Dabei ist es ein besonderes Anliegen, den Hellersdorfer Bürger/innen Beteiligungsmöglichkeiten zur Gestaltung ihres eigenen Lebensumfeldes zu eröffnen: Es werden Angebote zur Verfügung gestellt, die erfahrbar machen, wie man auch als Einzelperson in einer demokratischen Gesellschaft wirksam werden kann. Das Jugendforum Hellersdorf steht für alle jungen Menschen offen, die sich in Hellersdorf für Demokratie und Solidarität einsetzen möchten. 2019 wurde es fachlich und administrativ durch den Träger Babel e.V. begleitet. Ab 2020 liegt die Begleitung beim Träger Kids & Co. Der Fonds für Öffentlichkeitsarbeit, Partizipation und Vernetzung wurde 2019 u.a. für die Demokratiekonferenz „Schule ganz neutral? Werte und Politik an der Schule und die Rolle der Eltern" genutzt, welche Eltern als Hauptzielgruppe adressierte und sich dem Spannungsfeld Schule, Politik und Wertevermittlung widmete.

Weitere Informationen zu der Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf und ihren Projektenfinden Sie online unter: demokratie-mh.de/partnerschaft-hellersdorf

Projektname	Inhalt	Fördersumme	Träger
1 Demokra – wie? Deine Rechte und Möglichkeiten	Workshops für Kinder und Jugendliche zu den Themenfeldern EU, U18-Europawahl, Demokratie und Partizipation	7.000,00 €€	Babel e.V.
2 »früh aufgestellt« - Viele Träume! Gleiche Chancen?	Bildungsmodule für Schulklassen zur Akzeptanz von Vielfalt	5.000,00 €	Schlaglicht e.V.
3 Ich bin wie ich bin – Gemeinsam in Frieden leben – unsere Erde lieben	Malwettbewerb zu Frieden und Respekt sowie ein Exkursionstag zur Weltfriedensglocke im Volkspark Friedrichshain für Kinder und Jugendliche	€ 1.585,00 €€	Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.
4 Kaulsdorf aktiv gegen Diskriminierung, Rassismus und Mobbing!	Workshops für Grundschulklassen und Lehrkräfte zu Diskriminierung, Rassismus und Mobbing im Stadtteilzentrum Kaulsdorf	2.660,00 € €	Mittendrin leben e.V.
5 Nichts gemein – außer Sport?	Angebote und Ausflüge zur Durchmischung der etablierten Cliquenstrukturen und dem gegenseitigen Erkennen von Gemeinsamkeiten	1.255,00 € €	Eastend-Berlin e.V.
6 Pen&Paper	Durchführung von regelmäßigen fachlich angeleiteten und aufbereiteten Pen&Paper-Rollenspielen, die u.a. Themen wie Sucht und soziale Abgrenzung thematisieren	4.000,00 €€	Eastend-Berlin e.V.
7 Raus! aus den Schubladen	Entwicklung und Erprobung jugendgerechter Methoden und Konzepte für eine Auseinandersetzung mit historischen und gegenwärtigen Erscheinungsformen des Antisemitismus	5.000,00 € €	Babel e.V.
8 Schöner leben ohne Nazis am 7.9.2019	Das bezirkliche Demokratiefest feiert zum 11. Mal	9.000,00 € €	Roter Baum Berlin UG
9 Von Heute nach Morgen – nicht ohne gestern	Erstellung einer Broschüre zu den Geschichten und Schicksalen ehemaliger jüdischer Bewohner/innen der Hellersdorfer Ortsteile Mahlsdorf und Kaulsdorf sowie Filmvorführungen und Lesungen zum Thema	2.500,00 €€	pad gGmbH
10 Aktionsfonds	Fonds für Bürger/innen, die sich mit ihren Ideen einbringen wollen	10.000,00 €€	Roter Baum Berlin UG
Gesamt		**48.000,00 €**	

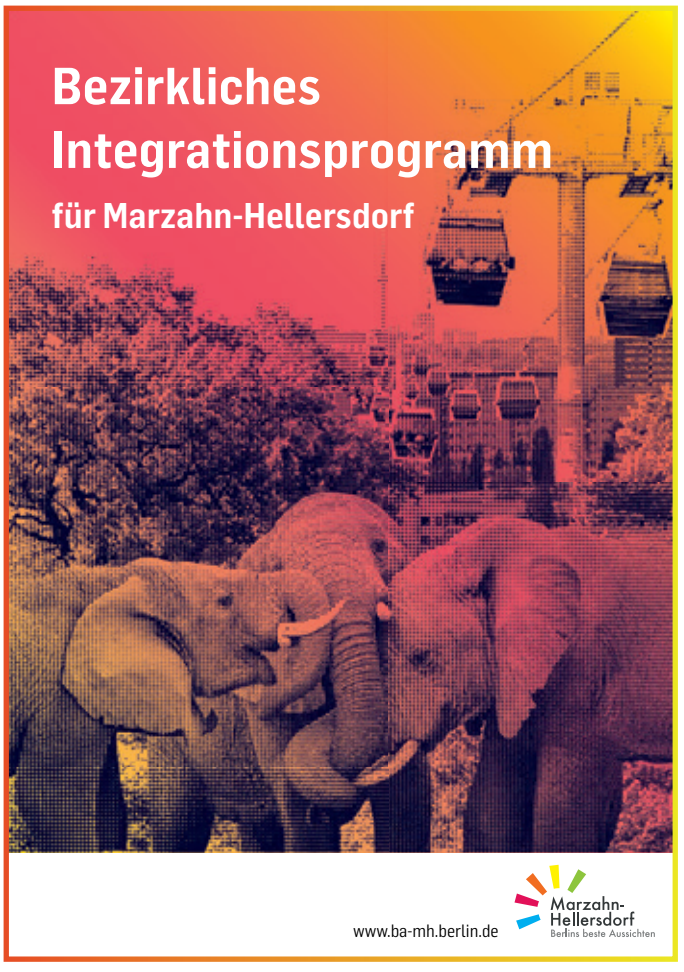
Beiträge des Integrationsbüros Marzahn-Hellersdorf zur Demokratieentwicklung

Dr. Thomas Bryant (Integrationsbeauftragter),
Susan Hermenau (Flüchtlingskoordinatorin),
Francisco José Cárdenas Ruiz (Flüchtlingskoordinator)

Auch der Integrationsbereich des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf hat im Jahr 2019 seinen Beitrag geleistet, um die Demokratieentwicklung im Bezirk wieder ein gutes Stück voranzubringen. Mit diversen Veranstaltungen, die sich auf der Schnittstelle zwischen Integrationspolitik einerseits und Demokratieentwicklung andererseits bewegten, ist es gelungen, beide Querschnittsthemen, die inhaltlich ohnehin untrennbar miteinander verbunden sind, noch besser miteinander zu verzahnen. Die nachfolgenden Beispiele (in chronologischer Reihenfolge) mögen davon einen kleinen Eindruck vermitteln:
Gleich zu Jahresbeginn hat das Bezirksamt das neue **„Bezirkliche Integrationsprogramm für Marzahn-Hellersdorf"** (19.2.2019) verabschiedet (Download hier: https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/_assets/integration/bezirkliches_integrationsprogramm_m-h_2019_kl.pdf). Damit wurde der Grundstein für einen verbindlichen Rahmen für die ressortübergreifende Ausrichtung und Steuerung aller integrationspolitischen Maßnahmen, die in Marzahn-Hellersdorf umgesetzt werden (sollen), gelegt. Das Programm wurde in den beiden vorangegangenen Jahren in einem ausgiebigen und partizipativen Prozess zusammen mit vielen fachkundigen Akteur*innen (z.B. Bezirksamtsverwaltung, Ausschuss für Integration der BVV, Bezirklicher Migrationssozialdienst, Migrantenorganisationen, Vereine, Jobcenter, Flüchtlingsunterkünfte) erarbeitet. Ein wesentlicher Programmpunkt ist u.a. die erstmalige Einführung eines „Integrationsmonitorings", um Integration ein Stück weit messbar zu machen.

Damit Integration gelingt, ist es unerlässlich, dass Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte aktiv ihre eigene Perspektive einbringen. Die Flüchtlingsselbstorganisation „Refugees Emancipation e.V.", die sich 2018 mit Unterstützung des Bezirksamtes gründete, übernahm zu Beginn des Jahres 2019 die Koordination zweier Begegnungsorte, an denen Migrantinnen und Migranten für sich selbst sprechen und die Nachbarschaft zum Dialog einladen: Das Frauen-Internetcafé „Womens€ Space" in der Marzahner Promenade 45 förderte den Austausch alteingesessener und neuzugezogener Frauen, die sich in Computer-, Sprach- und kulturellen Bildungsangeboten austauschten. Der Begegnungsort „LaLoka" am Kastanienboulevard entwickelte sich zum nachbarschaftlichen Anlaufpunkt, in dem Geflüchtete aus umliegenden Sammelunterkünften und Wohnungen zusammentrafen, um sich zu informieren und gegenseitig zu unterstützen.

Die Bauarbeiten für eine modulare Unterkunft für Flüchtlinge, die am Murtzaner Ring 68 entstehen wird, haben fristgerecht im Februar 2019 begonnen. In den zwei



sechsgeschossigen Häusern, die in L-Form angeordnet sind, werden in gemeinschaftlich genutzten Appartements rund 470 Menschen untergebracht. Das Konzept sieht vor, den Standort für den Sozialraum zu öffnen, indem eine offene Kindertagesstätte für 65 Kinder im Erdgeschoss einzieht. Nach dem Erstbezug werden die Gebäude zunächst als Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete und Asylsuchende genutzt, um danach parallel auch als Wohnhäuser für andere Personengruppen zur Verfügung zu stehen. Ein offizielles Richtfest erfolgte im Oktober, zu dem Vertreterinnen und Vertreter des Bezirks eingeladen waren, um den Rohbau zu besichtigen. Vor der beabsichtigten Inbetriebnahme im Spätsommer 2020 ist ein „Tag der offenen Tür" für alle Anwohnerinnen und Anwohner geplant.

Im unmittelbaren Umfeld der zukünftigen Geflüchtetenunterkunft wirkt das vom Integrationsbereich initiierte Projekt „Zusammen fit für die Schule" der Träger „Wuhletal Psychosoziales Zentrum gGmbH" und „Edusation gGmbH". Politische und soziale Teilhabe erfordern rhetorische Fähigkeiten. Um niemanden auszuschließen, ist es wichtig, die Sprachkompetenz von Kindern frühzeitig zu fördern und Eltern in der Wahrnehmung ihrer Rolle zu stärken. Im Mittelpunkt des Projekts stehen engagierte Bürgerinnen und Bürger, die in eigens konzipierten Workshops Informationen rund um alltagsintegrierte Sprachförderung und sprachfördernde Methoden der Theater- und Kunstpädagogik erhalten, um Kinder in der Region Marzahn-Süd zu unterstützen. Ehrenamtliche bringen sich als Lesepatinnen bzw. Lesepaten, in kleinen Mitmach-Theater-Projekten oder in der Unterstützung der Eltern in allen Fragen der Sprachentwicklung ein.

In Marzahn-Hellersdorf befinden sich derzeit (Stand: April 2020) acht Sammelunterkünfte des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), in denen rund 3.500 Plätze für die Unterbringung von Menschen mit Fluchthintergrund zur Verfügung stehen. Im Jahr 2019 hat sich ihre Anzahl verringert, weil zwei temporäre Wohncontainer-Anlagen, sogenannte „Tempohomes" (Dingolfinger Straße 3-5a und der Zossener Straße 138) im Spätsommer leergezogen wurden. Mit Auslaufen der dreijährigen Baugenehmigung sind die Standorte durch das zuständige Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten vereinbarungsgemäß geschlossen worden, weil sie für den Bau von Schulergänzungsbauten und Wohnhäusern gebraucht werden. Die dort untergebrachten Familien sind auf andere Gemeinschaftsunterkünfte verlegt worden, die meisten davon direkt im Bezirk, um die Anbindung an den Sozialraum (Schule, Kita, Sprach- und Integrationskurse) aufrechtzuerhalten.

Selbstverständlich fanden auch in diesem Jahr wieder die traditionsreichen **„Interkulturellen Tage"** (7.-27.9.2019) statt. Viele verschiedene Institutionen und freie Träger stellten über mehrere Wochen hinweg ein buntes Programm auf die Beine, das für jeden Geschmack entweder interessante Informationen oder kurzweilige kulturelle Darbietungen aller Art präsentierte. So beinhaltete das Programm, das aus über vierzig verschiedenen Einzelveranstaltungen bestand, u.a. fremdsprachige Schreibkurse, exotische Lesenachmittage, sehenswerte Kunstausstellungen und interkulturelle Köstlichkeiten aus aller Welt. Von der gelebten Vielfalt und guten Zusammenarbeit der Akteure, für die Marzahn-Hellersdorf bekannt ist, konnten sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger einen guten Eindruck verschaffen.

Im Rahmen der „Interkulturellen Tage" veranstaltete der Integrationsbereich des Bezirksamtes zusammen mit der AG „Mehrsprachigkeit" des Integrationsbeirates eine Podiumsdiskussion zum Thema **„Mehrsprachigkeit als Zukunftsvision der öffentlichen Verwaltung"** (9.9.2019). Es ging dabei u.a. um die Frage, welche Rolle Mehrsprachigkeit in der Verwaltung spielt, wie mit nicht-deutschsprachigen Kundinnen und Kunden umgegangen wird und welche Möglichkeiten in Zukunft stärker genutzt werden könnten. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Frage, wie deutschsprachige Informationen, Dokumente, Formulare etc. so gestaltet werden können, dass sie allgemein verständlich sind. Schließlich kann leicht verständliche Amtssprache als eine nicht unwesentliche Voraussetzung für die Teilhabe möglichst aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben sein.

030/ ‘89 ‘19 ‘49
30 Jahre Stadtteilarbeit in Marzahn-Hellersdorf

Sabine Bösch
SOS-Familienzentrum Berlin für den Verbund der Stadtteilzentren Marzahn-Hellersdorf

30 Jahre Mauerfall - machen die Stadtteilzentren da etwas? Diese Frage der Sozialstadträtin Fr. Witt inspirierte im September 2018 den Verbund der Stadtteilzentren Marzahn-Hellersdorf (im folgenden: Verbund der STZ MH) u.a. zur Idee eines Fachtags. Gemäß dem Thema sollte es ein Blick zurück sein, aber auch auf das heute, und voller Neugier wollten wir dann noch wissen, was eventuell in den nächsten 30 Jahren auf uns zukommt.

An einem Werkstatt-Tag zum 20jährigen Bestehen der Alice-Salomon-Hochschule im Oktober 2018 wurden weitere Anregungen gesammelt, und schließlich war es am 24. Oktober 2019 soweit: Ein Fachtag, gemeinsam veranstaltet vom Verbund der Stadtteilzentren mit dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, im wunderschönen Schloss Biesdorf.

‘89

Zunächst ging der Blick zurück: In der Wendezeit und in den 90ern entstanden die meisten der Einrichtungen und Träger, die heute im Verbund der STZ MH organisiert sind. Der Fachtag bot zwei Perspektiven auf das Thema:

Als erstes bot Herbert Scherer (damals Geschäftsführer beim Verband für sozialkulturelle Arbeit/vska, dem Dachverband der Nachbarschaftseinrichtungen), einen unerschöpflichen Strom von Anekdoten über die Zeit vor und nach der Mauereröffnung. Er skizzierte Strategien des vska zum Aufbau von Einrichtungen im Osten und zur Förderung der Zivilgesellschaft. Viele wollten sich ein Stück vom Kuchen sichern, erfahrende Träger aus dem Westen ebenso wie Initiativen vor Ort.

Gabi Geißler, Geschäftsführerin von Kiek in, zeigte danach die Sicht eines Trägers, der im Osten entstand und seinen Weg suchen musste. Alle Vorgaben zu erfüllen und trotzdem den Zielen treu zu bleiben, das ging nur mit großem Engagement aller Beteiligten, manchmal mit Unterstützung anderer, manchmal gegen etablierte Träger und Strukturen.

Die beiden Sichtweisen ergänzten sich hervorragend und zeichneten ein lebendiges Bild dieser so lebendigen Zeit. [1]

‘19

Nach der Herausbildung der Trägerlandschaft in den 90ern begann eine Phase der Konsolidierung. Nach der Bezirksfusion 2001 begann die Förderung der „sozialen Angebotszentren“ in den neun Stadtteilen über den Stadtteilzentrenvertrag. Aktuell werden 13 Einrichtungen gefördert, die im Verbund der STZ fest mit der Freiwilligenagentur, dem Migrationssozialdienst und der Selbsthilfekontaktstelle zusammenarbeiten. Jedes zweite der monatlichen Treffen ist eine erweiterte Verbundsitzung mit dem Bezirksamt und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Dementsprechend skizzierten ein Stadtteilzentrum, das Bezirksamt und der Paritätische Wohlfahrtsverband die gemeinsame Arbeit für die Menschen im Stadtteil, die Strukturen der Zusammenarbeit und schließlich den neuen, ab 01.01.2020 geltenden Stadtteilzentren-Vertrag, der eine höhere Fördersumme für die Einrichtungen vorsieht. Neben dem fortlaufenden Basispaket erhalten die STZ Zuwendungen mit sogenannten Leistungspaketen, die jährlich neu beantragt werden.

Viele der Anwesenden aus dem Bezirk waren an der Erarbeitung des Vertrags beteiligt. Viele der Teilnehmer*innen aus anderen Bezirken wiederum waren vor al-

lem wegen dieses Blocks zum Fachtag gekommen, da der Bezirk seine Vorreiterrolle in der Förderung der Stadtteilarbeit damit weiter ausbaut.

'49

Doch wohin geht die Reise nun? Während Uwe Machura einen Blick aus Senatssicht auf die nähere Zukunft warf, stellten die Station Urbaner Kulturen und der Verbund der STZ MH Zukunftsszenarien für die weitere Zukunft vor. Es wird spannend!
Natürlich kann niemand 30 Jahre in die Zukunft schauen – und vielleicht ist das auch besser so. Mobilität und Verkehr, Kommunikation, Freizeit, Gesundheit, alles wird sich weiterentwickeln. Das Fazit für diesen Block lautete deshalb: Wie auch immer die Welt aussieht, sie wird vermutlich immer noch von Menschen gemacht und von Menschen belebt. Deshalb wird die weitere Entwicklung auch immer ein Aushandlungsprozess zwischen Menschen bleiben.

Fazit

Stadtteilzentren werden weiterhin gebraucht als Ort, wo Menschen mit ihren Anliegen hinkommen können, wo man Menschen begegnet, wo Gleichgesinnte gefunden werden, wo mit anderen diskutiert wird. Neben Freizeitangeboten und Beratung bieten Stadtteilzentren Menschen die Möglichkeit bieten, sich einzubringen und auszuprobieren und sich für ihre Interessen einzusetzen.
Neben physischen Räumen werden auch virtuelle Räume eine Rolle spielen und manche Kommunikationsmöglichkeiten können wir uns jetzt noch nicht vorstellen (auch wenn wir in den aktuellen Corona-Zeiten schon viel dazugelernt haben). Im schönen Schloss Biesdorf gab es zum Fachtag Kaffeetische im Wandel der Zeit der letzten 30 Jahre. Wer weiß, ob und wie wir in 30 Jahren Kaffee trinken werden – aber die Stadtteilzentren werden irgendetwas anbieten, was die Menschen animiert, sich an einen Tisch zu setzen und ins Gespräch zu kommen, virtuell und in der richtigen Welt.
Denn die eigentliche Aufgabe bleibt dieselbe: Stadtteilarbeit in der Nachbarschaft für die Nachbarschaft.[2]

© Achim Adam

1 Das Thema animierte dazu, weiter einzusteigen in den Rückblick, deshalb planen Herbert Scherer und Gabi Geißler eine Fortsetzung, die voraussichtlich ab Juni 2020 stattfinden wird. Bei Interesse gerne melden bei sabine.boesch@sos-kinderdorf.de.
2 Der Paritätische Wohlfahrtsverband will eine Broschüre zum Fachtag erstellen, Anfragen bitte an pleyer@paritaet-berlin.de

Fünf Jahre Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf

Interview mit der langjährigen Sprecherin des Bündnisses, Beatrice Morgenthaler, und den aktuellen Sprecher*innen Steven Kelz und Henny Engels

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf feiert im Jahr 2020 sein fünfjähriges Bestehen. Wie schätzen Sie die Entwicklung des Bündnisses in den vergangenen fünf Jahren ein – auch vor dem Hintergrund der damals massiven Proteste im Bezirk gegen die Unterbringung von geflüchteten Menschen? Was hat sich positiv entwickelt? Wo besteht weiterhin Handlungsbedarf?

Die NPD hatte schon 2006 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf hohe Wahlerfolge und war sogar in Fraktionsstärke in der Bezirksverordnetenversammlung vertreten. Auch gab es viele rassistische Übergriffe, sogar Morde. Deswegen gab es schon ab 2008 zum Antikriegstag die Veranstaltung „Schöner leben ohne Nazis", die von Jahr zu Jahr wuchs. Die Vorbereitungsarbeitsgruppe sah die Notwendigkeit, die Veranstaltung zu verstetigen. Im Umkreis der evangelischen Kirchengemeinde entstand ein Netzwerk gegen Nazis. Das wurde notwendig, weil im Gemeindebereich eine der ersten Unterkünfte für Geflüchtete entstand. In Vorbereitung dazu sollten die Anwohner*innen informiert werden. Diese Veranstaltung wurde von Nazis und anderen Rassist*innen dominiert. Ihr Hass auf Geflüchtete war offensichtlich, sie wollten keine Unterkunft dulden. Als Reaktion auf die Veranstaltung entstand die Initiative „Hellersdorf hilft", ein Zusammenschluss ehemaliger Schüler*innen des Max-Reinhardt-Gymnasiums und Nachbar*innen aus dem Kiez. Ihr Ziel ist es, das Thema „Geflüchtete" positiv zu besetzen und nicht nur verbal Solidarität zu bekunden, sondern auch Spenden für die Geflüchteten zu sammeln.

Angesichts dessen war sehr klar, dass ein hoher Bedarf bestand sich zu engagieren. Und so wurde am 21.10.2014 das Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf gegründet. Zahlreiche Akteur*innen, Einzelpersonen aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung, die sich schon seit vielen Jahren im Bezirk engagieren, beschlossen, ihre Zusammenarbeit und Vernetzung weiter auszubauen.

Sie brachten sich bei den Treffen mit Ideen, Strategien und praktischem Tun ein. Unsere Arbeit entwickelte sich positiv. Viele der Institutionen, denen die Arbeit gegen Rassismus wichtig war, waren von Anfang an aktiv und blieben es bis heute, neue kamen hinzu. Die Arbeit verstetigte sich, und bei Bedarf unterstützen uns viele Menschen. Angesichts der immer noch hohen Zahl rassistischer Übergriffe und der Angriffe auf die Zivilgesellschaft wünschen wir uns allerdings, dass noch viel mehr Bürger*innen in Marzahn-Hellersdorf klar machen würden, dass sie nicht bereit sind das zu dulden.

Wie schätzen Sie die Entwicklung der extremen Rechten – und insbesondere die Wahlerfolge der AfD im Bezirk bei den vergangenen Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung, zum Abgeordnetenhaus und zur Europawahl – ein? Welche Handlungsbedarfe sehen Sie bei der Zivilgesellschaft, den Parteien und dem Bezirksamt im Umgang mit der AfD?

Die AfD kam von außen in den Bezirk und rekrutierte erfolgreich Vertreter*innen für die demokratischen Institutionen. Es gelang ihr sehr schnell, die extreme Rechte im Bezirk zusammenzuführen und so schlagkräftiger zu werden. Die NPD und auch andere extrem rechte Parteien (III. Weg, Die Rechte, Pro Deutschland) scheinen im öffentlichen Raum bis auf wenige Aktionen durch die AfD in den Hintergrund gerückt worden zu sein. Dabei gibt die AfD vor, eine Alternative zu sein, die sie in Wahrheit nicht ist. Die Mehrzahl ihrer Wähler*innen, aber auch Menschen, die bis dahin gar nicht gewählt hatten, geben nun der AfD ihre Stimme. Viele erfreuen sich möglicherweise an dem „bürgerlichen Mantel" der AfD und der damit einhergehenden Akzeptanz in großen Teilen der Bevölkerung im Bezirk. Viele fühlten sich jetzt ermutigt, im täglichen Leben ihren Rassismus zu zeigen. Angesichts dieser Entwicklung müssen viel mehr Menschen im Bezirk ermutigt werden, ihre Meinung dagegen nach außen kund zu tun und den rechten Rassist*innen nicht das Feld zu überlassen. Die demokratischen Parteien, die alle im Bündnis vertreten sind, sind sich einig, dass es mit der AfD keine Zusammenarbeit geben darf. Die AfD ist zwar demokratisch gewählt, aber nicht demokratisch in ihrer Gesinnung. Ihre Bezirksvertreter*innen repräsentieren die ganze Bandbreite von rechts bis zum „Flügel" der AfD mit Glorifizierung und Verharmlosung des 3. Reiches und Hitlerverehrung. Das sollte von den anderen Parteien in der Öffentlichkeit noch deutlicher gemacht werden. Und: Die Vertreter*innen der demokratischen Parteien in der BVV müssen immer klare Kante gegen Personenwahlen und Anträge der sog. AfD zeigen. Das war zu Zeiten der NPD in der Bezirksverordnetenversammlung klarer Konsens, ist aber jetzt leider sehr aufgeweicht worden. Da-

mit suggeriert man den Mitbürger*innen, die AfD sei eine legitime und wählbare Partei. Das gilt auch für die Bezirksamtsmitarbeiter*innen; sie sehen sich zum Teil der Neutralität verpflichtet, aber das heißt nicht, dass sie keine Meinung haben und diese öffentlich machen dürfen.

Aufgabe aller demokratischen Kräfte muss es sein, immer wieder aufzuzeigen, dass das von Rechtspopulist*innen gerne beschworene „Bürgerliche" nur eine Tarnung ist, um demokratische Prozesse aufzuweichen und den Diskurs weiter nach rechts zu verschieben. Im Alltag zeigt sich nämlich, dass durch die Aktivitäten der Rechtspopulist*innen mehr Menschen offen ihre (alltags)rassistische Haltung zeigen, ohne dafür gesellschaftliche Ächtung oder strafrechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die bestehenden zivilgesellschaftlichen Strukturen in Marzahn-Hellersdorf noch weiter auszubauen und sie auf ein breiteres Fundament zu stellen?

Was die Zivilgesellschaft betrifft, so gilt es weiterhin dicke Bretter zu bohren und die Geduld nicht zu verlieren. Das ganze Jahr über müssen alle demokratischen Kräfte inner- und außerhalb der Politik aufzeigen, dass es einen weltoffenen, solidarischen Grundkonsens gibt. Der muss von allen betreffenden Institutionen im Bezirk vorgelebt werden. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz kann dafür ein guter Multiplikator sein und die Menschen, die bisher schwiegen, ermutigen, sich mit ihrer Stimme gegen die (Neo)Nazis, Rassist*innen etc. zu stellen.

Wo liegen die Hoffnungen, beziehungsweise welche Gefahren sehen Sie für Ihre weitere Arbeit im Bündnis? Im kommenden Jahr sind wieder Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung und zum Abgeordnetenhaus. Wie schaffen wir es zu verhindern, dass eine extrem rechte Partei wie die AfD stärkste Kraft im Bezirk wird?

Auch wenn sich die AfD in Splitter auflösen sollte, ist die Gesinnung ihrer Anhänger*innen immer noch da, und ungebunden könnten die extrem Rechten wieder gewalttätiger werden bis hin zu weiteren Morden im Bezirk. Daher werden wir mit unserer Arbeit im Bezirk nicht so schnell aufhören können. Die größte Herausforderung besteht darin, die vielen schweigenden Menschen, welche der AfD und ihrer rechten Gesinnung nicht zustimmen, zu ermutigen, aufzustehen und Gesicht zu zeigen. Allen Menschen muss klar sein, was sie wählen und sie müssen mehr als einmal drüber nachdenken, ob sie dieses „Weltbild" voll gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und sozialer Ungerechtigkeit wirklich wählen wollen. Diejenigen, die die AfD wählen, sind nicht alle rechtsextrem– aber sie wissen, dass sie eine Partei wählen, in der Rechtsextreme eine große, wenn nicht die entscheidende Rolle spielen. Wir denken, dass in diesem Zusammenhang viele kleinteilige Aktionen neben den beiden großen Festen in Marzahn (Nachbarschaftsfest) und Hellersdorf (Schöner leben ohne Nazis) vom Bündnis ins Leben gerufen werden müssen. Auch die demokratischen Parteien müssen in ihrem Wahlkampf klare Kante zur AfD zeigen - im Unterschied zu dem, was teilweise in den Bezirksverordnetenversammlungen und im Abgeordnetenhaus geschieht.

Welche anderen Themen liegen Ihnen im Rahmen der Arbeit im Bündnis am Herzen?

Handlungsbedarf besteht vor allem darin, die vielen Ideen und guten Ansätze aus dem Bündnis in die breite Bevölkerung zu bringen. Trotz der großen Vielfalt von Einrichtungen, Trägern, Parteien etc., welche im Bündnis vertreten sind, haben wir da immer viel Nachholbedarf.

In Zeiten, in denen eine Pandemie unsere Gesundheit, aber auch unsere solidarischen Grundwerte bedroht, müssen wir wahrscheinlich später viel Aufbauarbeit leisten. Das heißt, die bisher Aktiven zu gewinnen, ihre Aktivitäten fortzuführen und auszubauen, aber auch andere Mitbürger*innen als neue Akteur*innen zu mobilisieren. Denn: wir brauchen eine starke und große Gemeinschaft, um die Demokratie immer besser zu gestalten. Zumal, weil sich neben rassistischen Angriffen auf Geflüchtete und Antisemitismus auch andere Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Bezirk zu häufen scheinen, etwa Antiziganismus und Trans- und Homofeindlichkeit. Diesem gilt es genauso entschieden entgegen zu treten.

Die Interviewfragen wurden von Moritz Marc von der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf gestellt.

Fünf Jahre Arbeitsgruppe Erinnerungskultur und aktuelle Aktivitäten

Karin Dalhus
AG Erinnerungskultur

Im April 2020 begeht die Arbeitsgruppe Erinnerungskultur ihren fünften Jahrestag. Im Jahresverlauf sensibilisiert sie Bürgerinnen und Bürger für lokale erinnerungspolitische und erinnerungskulturelle Ereignisse und die Teilnahme am öffentlichen Erinnern, Gedenken und Mahnen.
Im Mittelpunkt stehen Veranstaltungen der Bezirksverordnetenversammlung, des Bezirksamtes und des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf e. V.
Darüber hinaus wirbt sie für die Teilhabe an Veranstaltungen anderer Akteur*innen der Erinnerungskultur im Bezirk wie des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e. V., des Arbeiterwohlfahrt Spree-Wuhletal e. V., des Freunde des Schlosses Biesdorf e. V., des Verbandes der Vietnamesinnen und Vietnamesen Berlin-Brandenburg e. V., des Spielplatzinitiative Marzahn e. V., des Vision e. V., des Wuhlgarten e. V. und der Krankenhauskirche im Wuhlgarten.
Die Arbeitsgruppe pflegt Kontakte zu Fraktionen und Gruppen in der Bezirksverordnetenversammlung, zum Ausschuss für Kultur und Weiterbildung, zum Bezirksmuseum und zur Kommission Bezirkliche Gedenkorte.
Ihre Vorschläge zur Ehrung von Persönlichkeiten im öffentlichen Raum durch das Benennen von Gassen, Parks, Plätzen, Ringen, Straßen und Wegen finden u. a. durch das Ergänzen oder das Anbringen von Erläuterungsschildern für Hans Marchwitza, Helene Weigel, Luise Zietz und Otto Nagel ihren Niederschlag.
Der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, der Internationale Frauentag und der Frauenmärz, der Internationale Tag gegen Rassismus, der Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften, das Gedenken am Haus Landsberger Allee 563 und an der Nikolai-E.-Bersarin-Brücke, der Tag der Befreiung vom und der Tag des Sieges über den Faschismus in Europa, die Gedenkveranstaltung anlässlich der Verschleppung der Berliner Sinti und Roma in das NS-Zwangslager Marzahn, die Einführung des Frauenwahlrechtes in Deutschland, Jahrestage von Revolutionen, das Gedenken an die Novemberpogrome u. a. finden Würdigungen. Die Arbeitsgruppe begleitet und unterstützt dafür ständige und temporäre weitere Arbeitsgruppen, Ausstellungen, Erzählformate und Projekte.
2016 im Bezirksmuseum gegründet hat die Arbeitsgruppe Erinnerungskultur im Frauentreff HellMa ihren Ort und tagt zweimonatlich öffentlich. Der Frauentreff HellMa und sein Trägerverein Mädchen in Marzahn e. V. – für Mädchen und Frauen aus der Region sowie seine Förderer degewo Marzahner Wohnungsgesellschaft mbH, zgs consult GmbH und das JobCenter entwickelt eine Vielfalt eigener Formate. Z. B. die FrauenGeschichtsWerkstatt, „ICH bin ICH" u. a. mit Christine Rabe und Henny Engels, die Ausstellung zu Lea Grundig, Stadtteilspaziergänge und Stadtführungen über den Bezirk hinaus. Der Frauentreff HellMa war ein Ort der Wanderausstellung „Wider das Vergessen – Stolpersteine in Marzahn-Hellersdorf".

Die Arbeitsgruppe sensibilisiert für den Widerstand in der Arbeiter*innenbewegung, den gewerkschaftlichen Widerstand, die Frauenbewegung und die Stolpersteinbewegung.
Mitglieder des Heimatvereins, Autorinnen und Autoren, Historikerinnen und Historiker, Künstlerinnen und Künstler u. a. treten regelmäßig in öffentlichen Veranstaltungen auf.
Der Heimatverein und der Kulturring Berlin machen auf Akteure, Termine und Erinnerungsorte aufmerksam, z.B. im Kulturkalender, in dem die Arbeitsgruppe mehrmals porträtiert wurde. Von der Arbeitsgruppe werden fast täglich Pressespiegel zur Erinnerungskultur und zu Kultur und Medien herausgebracht.
Denk!mal 2019, DENK MAL AM ORT, Tage des offenen Denkmals, Tage der Regional- und Heimatgeschichte, Tage der offenen Ateliers, Werkstätten und Galerien, Tage der Politik, Lange Nächte u. ä. werden aktiv genutzt und beworben. Ebenso wie Publikationen des Bezirksamtes, des Bezirksmuseums und des Heimatvereins.
Weitere Aufgaben bestehen in der Achtsamkeit gegenüber vorhandenen und neuen Orten des Gedenkens im Bezirk wie der Öffentlichkeit übergebenen Stelen für Dorothee und Harald Poelchau, für die Opfer der Euthanasie und am vormaligen Anstaltsfriedhof, ökumenischen Gottesdiensten und Gedenkspaziergängen, ehrenden Gesten an Geburts- und Sterbedaten.

Die aktiven und kooperierenden Mitglieder pflegen Kontakte zu ihren Vereinen, zu allen Mitgliedern im Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt und beteiligen sich aktiv an Demokratiefesten, Nachbarschaftsfesten u. ä.
Sie setzen sich weiterhin für eine lebendige Erinnerungskultur durch das Mitwirken in verschiedenen Gremien, das Beleben weiterer öffentlicher Parks und Plätze und Kooperationen mit Akteur*innen in anderen Bezirken und Bundesländern ein.

Aufruf zur Kampagne Solidarische Kieze in Marzahn-Hellersdorf

AG Solidarische Kieze im März 2020

Verschiedene Akteur*innen aus dem Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf und aus unserem Bezirk haben eine neue Kampagne ins Leben gerufen! Gerade in so schwierigen Zeiten, wie aktuell mit der Coronakrise, benötigen wir dringender denn je solidarische Nachbarschaften in den Kiezen. Wir würden uns sehr über eine breite Beteiligung der Menschen im Bezirk freuen!

Zum Hintergrund:

Im August 2019 ist in der Sitzung des Kooperationsforums Marzahn-Hellersdorf – Alice Salomon Hochschule die Idee entstanden, zwei Jahre vor den nächsten AGH- und BVV-Wahlen (Herbst 2021), eine gemeinsame **Kampagne der demokratischen Zivilgesellschaft im Bezirk Marzahn-Hellersdorf** zu entwickeln. Ein Hauptziel ist es dabei, gemeinsame **Handlungsoptionen für eine demokratische Alltagskultur und ein solidarisches Miteinander** zu erarbeiten. Dabei geht es uns um eine langfristig angelegte Auseinandersetzung mit Rassismus, extremer Rechte und Rechtspopulismus sowie mit den vielfältigen sozialen Fragen, die die Menschen in ihrem alltäglichen Leben und Erleben beschäftigen. Die demokratische Zivilgesellschaft soll mit ihrer Vielzahl an Initiativen sichtbarer werden und unter dem **Kampagnenmotto „Solidarische Kieze"** vor allem auch jeweils eigene Akzente setzen und unterschiedliche Adressat*innen ansprechen können. Mit der Kampagne möchten wir auf bezirklicher Ebene anknüpfen an ähnliche Ansätze – wie zum Beispiel dem zivilgesellschaftlich breit angelegten, bundesweit agierenden Bündnis #unteilbar – und vor Ort eingreifen in die Entwicklungen zunehmender gesellschaftlicher Polarisierungen.

Und auch aus aktuellem Anlass bezüglich der Coronakrise ist es wichtiger denn je, Solidarität in der Nachbarschaft zu zeigen! Aktuell bilden sich in vielen Stadtvierteln Nachbarschaftsnetzwerke, die solidarisch Einkauf, Büchertausch, Kinderbetreuung u.v.m. organisieren. Solidarität heißt nicht nur zu Hause bleiben, sondern auch – unter Berücksichtigung aller erforderlichen Schutzmaßnahmen – solidarische Netzwerke und Nachbarschaftshilfen aufzubauen. Viele aktuelle Informationen hierzu findet Ihr hier: https://buendnis.demokratie-mh.de/2020/solidarische-und-selbstorganisierte-nachbarschaftsstrukturen-in-zeiten-der-corona-krise/.

Mehr und laufend aktualisierte Infos zu unserer Kampagne findet Ihr auf der Bündniswebsite (https://buendnis.demokratie-mh.de/solidarische-kieze/) oder auf unserer Facebookseite (www.facebook.com/solidarischekiezemh/). Wir freuen uns über weitere Akteur*innen aus dem Bezirk, welche sich noch aktiv beteiligen oder/und als Unterstützer*innen mitmachen möchten. Einige der Aktivitäten und Ideen können erst umgesetzt und mit Leben gefüllt werden, wenn die derzeit notwendigen Einschränkungen des öffentlichen Lebens und der direkten Kontakte und Begegnungen wieder gelockert oder aufgehoben werden können. Solange zählt es, dort und auf die Arten und Weisen solidarisch wirksam zu werden, die uns jeweils möglich sind und eventuell bereits jetzt in mögliche Vorbereitungen zu gehen für die Zeit nach den Kontaktsperren und Einschränkungen. Bei Interesse schreibt bitte die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf an: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de

Kampagnenziele

- Durch eigene positive Akzente ein solidarisches Miteinander in den Nachbarschaften, Kiezen und Quartieren entwickeln sowie gleichzeitig Polarisierungen abbauen bzw. überwinden helfen. Dabei verstärkt das Gespräch mit den hier lebenden Menschen suchen.
- In den Austausch kommen zu Fragen wie „Was bedeutet für mich Solidarität?", „Was stelle ich mir unter solidarischem Kiezen vor?". Dabei auch Diversity-Aspekte in die öffentlichen Debatten verstärkt einbeziehen.
- Demokratische Zivilgesellschaft im Bezirk sichtbarer machen, die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen den Akteur*innen noch weiter verbessern.
- Zur Stärkung der demokratischen zivilgesellschaftlichen Strukturen beitragen.
- Bezirksübergreifende Vernetzung hinsichtlich der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen vorantreiben und vertiefen. Dabei Anknüpfen an den bereits bestehenden Fachaustausch von Fach- und Netzwerkstellen, Partnerschaften für Demokratie, Registerstellen etc.

Solidarische Kieze

Marzahn-Hellersdorf

- Neue Mitstreiter*innen für die aktive zivilgesellschaftliche Arbeit gewinnen. Als Adressat*innen kommen alle im Bezirk lebenden Menschen infrage, insbesondere Kinder, Jugendliche, Ältere, in Vereinen (z.B. Sport) engagierte Menschen sowie Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte.
- Politische Bildungsarbeit sowie Aufklärungsarbeit über die extreme Rechte im Bezirk stärken und intensivieren.
- Langfristiges Ziel: eine gemeinsame Strategie im Umgang mit der extremen Rechten im Bezirk bzw. mit den verschiedenen Ideologien und Praxen der Ungleichwertigkeit entwickeln.

Mögliche Formate zur Umsetzung → Aktionen – Debatten – Mitmachen

Um der Vielfalt an Initiativen, Adressat*innen und Orten gerecht zu werden, möchten wir eine Kombination und ein Ineinandergreifen verschiedener Formate und Aktionsformen vorschlagen. Ein Anliegen ist es, bereits bestehende Formate zu stärken und systematischer aufeinander zu beziehen.

Aktionen

- **Kundgebungen:** Etwa 2-3 Kundgebungen pro Jahr an verschiedenen Orten / in verschiedenen Kiezen des Bezirkes. Hier können neben Rassismus und extremer Rechte auch Akzente z.B. zu demokratischem zivilgesellschaftlichen Engagement, lebendigen Nachbarschaften, sozialen Fragen wie Kinder- und Altersarmut, Geschlechtergerechtigkeit … thematisiert werden. Anlässe für Kundgebungen können auch besondere Jahrestage sein.
- **Aktionstage und Feste:** Beteiligung an bestehenden Formaten, Aktionstagen und Festen wie: Demokratiefest Schöner leben ohne Nazis, Interkulturelle Tage, Berliner Freiwilligentage
- unter dem diesjährigen Motto „Lern. Ort.Engagement" (Bespiele sind alle im September), „Kino Open Air", Nachbarschaftsfeste, Sommerfeste der BENN-Projekte…

Debatten

… weiter denken und diskutieren über eine solidarische, freie und offene Gesellschaft – in den Kiezen, Nachbarschaften und Stadtteilen mit:

- **Veranstaltungsreihe(n)** zu verschiedenen Themen mit Bezug auf die Kampagne an wechselnden Orten im Bezirk
- **Demokratiekonferenzen**
- **Lesungen**
- **Lehr-/Lernprojekten** zum Thema „Solidarität / Solidarische Kieze"

Mitmachen

- **Feste** wie Nachbarschafts- und Stadtteilfeste sowie Jahreszeitliche Feste (z.B. Sommerfeste und „Feuriger Advent") mit konkreten Mitmach-Aktivitäten zum Kampagnenthema unterstützen (z.B. eigene kurze Videoclips / Umfragen erstellen, Filme zeigen)
- **Beteiligungsformate im öffentlichen Raum** anbieten / entwickeln:
  - Idee: Diskussions- und Beteiligungs-Formate auf der Straße z.B. mit „Café / Bauwagen auf Rädern" und „Bollerwagen" der Kiezgruppe gegen Rassismus Marzahn …
  - niedrigschwellige thematische Gesprächsrunden (analog / als Teil der bereits laufenden Gesprächs-Cafés) anbieten um mit dem Menschen z.B. über Fragen der „Sozialen Herkunft" ins Gespräch zu kommen …
- **Bürger*innenräte** können als Erweiterung der bestehenden Beteiligungsformate im Bezirk eingerichtet werden um zum einen mit Losverfahren Menschen zu erreichen, die noch nicht aktiv sind und zum anderen um gemeinschaftliche Beteiligung in Kiez zu ermöglichen

Koordinierung und Umsetzungsidee

Zur konkreten Umsetzung der Kampagne hat das Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf eine temporäre Arbeitsgruppe „Solidarische Kieze" eingerichtet. Diese AG ist offen gestaltet. Hier können sich auch neue Akteur*innen aus dem Bezirk aktiv mit einbringen und beteiligen. Für die Koordinierung der Kampagne ist das Bündnis bzw. die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung verantwortlich.

Öffentlichkeitsarbeit

Um alle Aktionen, Veranstaltungen etc., die unter dem Kampagnenlabel laufen, öffentlichkeitswirksam zu bündeln und zu bewerben, gibt es eine Unterseite auf der Bündniswebsite. Die Koordinierungsstelle füllt und pflegt diese. Ein **Kampagnenlogo** wurde gemeinsam entwickelt und es werden Kampagnenflyer, -plakate, –aufkleber etc. gestaltet.

Über das Kampagnenlogo sollen möglichst viele Akteur*innen im Bezirk (Bezirksamt, demokratische Zivilgesellschaft, Politik, Träger, Vereine, Familien- und Stadtteilzentren, Jugendfreizeiteinrichtungen und Initiativen …) die Möglichkeit haben, sich **niedrigschwellig und sichtbar** zu der gemeinsamen Zielrichtung zu bekennen und darin zu agieren. Gerne kann die Kampagne sowie das Kampagnenlogo auch bezirksübergreifend und bei Bedarf angepasst an weitere Bezirke eingesetzt werden. Wir freuen uns über eine entsprechende Rückmeldung.

Ende der Kampagne

Ein mögliches Ende der Kampagne ist nach den nächsten Wahlen zur BVV bzw. dem Abgeordnetenhaus im Herbst 2021 angedacht. Das „Label" „Solidarische Kieze" kann ggf. über die Kampagne hinaus weitergeführt werden.

Unterstützer*innen:

- Alice Salomon Hochschule Berlin
- AG Solidarische Kieze
- BENN (Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften) Blumberger Damm
- Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf
- Kiezgruppe gegen Rassismus Marzahn
- Kooperationsforum Marzahn-Hellersdorf – Alice Salomon Hochschule
- Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf
- Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf

7. September 2019 Demokratiefest „Schöner Leben ohne Nazis" auf dem Alice-Salomon-Platz in Hellersdorf

Sabine Schwarz

Ja, es ist inzwischen eine Tradition geworden. Da können sich Manche ereifern, es sei nicht der richtige Name für ein Fest für Alle oder erklärte Feinde dagegen wettern und auffordern, es zu stören – nützt alles nichts!

In Schwung gekommen ist der Tag erst einmal ab 11 Uhr auf dem Theaterplatz in Hellersdorf-Nord mit der Bunten Tour. Zuerst konnten kleine Leute, größeren Kinder und Jugendlichen sich Masken und Stäbe mit bunten Bändern bastelten, es wurden Unmengen von Luftballons aufgeblasen und die Fahrzeuge geschmückt, die die Bunte Tour zum Fest begleiteten. Kurz bevor es losging, kamen die Drachentänzer*innen und damit eine nicht zu übersehene Farbe des Bezirks, der Heimat für viele vietnamesische Bewohner*innen ist. Auffällig bunt und mit großen Augen und klimpernden Wimpern tanzten die schönen Drachen, von vietnamesischen Jugendlichen gelenkt, inmitten der Zuschauenden, deren Lächeln und Grinsen nicht mehr verschwand.

Der Bunte Zug zog 2 Stunden lang laut, bunt und fröhlich durch die Straßen und lud tatsächlich den/die eine/n oder andere/n erfolgreich ein, mitzukommen. Das kleine Puppentheaterstück „Ein Wundermärchen" auf dem Boulevard Kastanienallee, ließ uns kurz inne halten, ein bisschen über gegenseitiges sich freundlich Begegnen und das einander Zulächeln nachdenken, bevor wir auf dem Alice-Salomon-Platz ankamen, wo das Fest gerade begann.

Wie während der Bunten Tour, zeigten die Redner*innen und alle Bühnenbeiträge, alle Stände auf dem Platz klare Kante gegen RECHTS. Es war von Beginn an bis die letzten Töne des Programms verklungen waren, ein eindeutiges Bekenntnis für Vielfalt und Menschlichkeit, für Miteinander und Akzeptanz von Verschiedenheit, gegen Ausgrenzung und Gewalt. Es bedurfte keiner Argumente. Die Menschen auf dem Platz mussten sich nicht überzeugen, sie mussten nicht Fakten und Tatsachen aufzählen, sondern wir liebten einfach das Gefühl der Zugehörigkeit. Wir ließen uns mitreißen von der Musik, dem Rhythmus, den Texten für eine bunte Gesellschaft.

Die Veranstalter*innen, allen voran die Partnerschaften für Demokratie, der Rote Baum, das Bündnis für Demokratie und Toleranz M-H und alle beteiligten Vereine und Einrichtungen, die demokratischen Parteien standen dafür hier, dass die Menschen in unserem Bezirk, in jedem Kiez ein friedliches Zuhause finden mit einer freundlichen, auf Respekt und Verständnis füreinander basierenden Atmosphäre und Nachbarschaft.

Wir standen für eine starke Zivilgesellschaft gegen Versuche Bedrohungsszenarien an die Wand zu malen, gegen das Gefühl von Angst, Benachteiligung oder von Abgehängtsein, derer sich Rechtspopulisten auch hier gerne bedienen. Wir bleiben bei: **BUNT und vielfältig statt Einfarbig und einfältig!**

Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf zum Schöner Leben ohne Nazis 2019 inklusive Bildergalerie:
www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.846247.php

Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte des Bezirks Marzahn-Hellersdorf im Interview

Beate Marquardt
Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Maja Loeffler ist Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und die Koordinierungsstelle hat sich mit ihr getroffen um darüber zu sprechen, welche Rolle ihre Arbeit für die Demokratieentwicklung spielt.

Es freut mich sehr, dass wir Zeit gefunden haben um uns anlässlich des Demokratieberichts 2019 über Ihre Arbeit unterhalten zu können. Zuerst interessiert mich wie Ihre alltägliche Arbeit als Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte im Bezirk aussieht?
Natürlich gibt es Alltägliches, wie E-Mails bearbeiten, Vernetzung und Verwaltungsaufgaben, aber die Themeninhalte meiner Arbeit sind sehr komplex, da alles zu meiner Arbeit gehört, was das Thema Geschlechtergerechtigkeit beinhaltet: Gewalt, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die unterschiedlichen Themen von Alleinerziehenden, aber auch Lohngleichheit und Pflege, wo es eine große Ungleichheit zwischen den Geschlechtern gibt. Meine Arbeit ist demnach eine Querschnittsaufgabe. Außerdem vernetze und koordiniere ich Arbeitsgremien und unterstütze auch die wenigen Frauenprojekte, die wir in Marzahn-Hellersdorf haben.

Es gibt ja durchaus Frauenprojekte im Bezirk. Sind es wirklich so wenige?
Im Vergleich zu Innenstadtbezirken wie Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln und Mitte haben wir weniger Frauenprojekte. Dort ist auch die Frauenprojektelandschaft diverser. In Marzahn-Hellersdorf gibt es allerdings auch das FrauenNetz, ein Projekteverbund, der schon lange existiert und sehr aktiv ist, weswegen wir im Vergleich zu anderen Randbezirken schon gut dastehen.

Welche besonderen Ereignisse gab es denn aus ihrer Sicht im Jahr 2019?
Noch im Oktober 2018 führte der Frauenbeirat die Festveranstaltung zu 100 Jahre Frauenwahlrecht „Frauen Macht Wahl" durch, wo auch die aktuelle politische Situation thematisiert wurde. Zur Europawahl 2019 hat der Frauenbeirat einen Aufruf gestartet, insbesondere bei der Wahl auf die Frauen- und Familienpolitik der Parteien zu achten, und sich dem Aufruf vom Bündnis für Demokratie und Toleranz angeschlossen. Die Politiken der Parteien haben Auswirkungen für Frauen, insbesondere für Gleichberechtigung, und darauf liegt unserer Meinung nach zu wenig Aufmerksamkeit, obwohl diese Politiken durchaus konkrete Auswirkungen haben auf die Leben der Frauen.
Am 25. November war auch wieder der Anti-Gewalt-Tag gegen Frauen, wozu es im Bezirk mehrere Aktionen gab. Der Arbeitskreis gegen Häusliche Gewalt Marzahn-Hellersdorf hat, wie jedes Jahr, die eigene Fahne des Arbeitskreises gehisst und diese hing auch fast vier Wochen um zu zeigen, dass der November ein Anti-Gewalt-Monat ist. Zusätzlich zu dieser Fahne wurde auch die neue Berliner Landesfahne gehisst. Wir sind auch sehr froh darüber, dass es die jetzt gibt.

Aus dem Sozialbericht 2018 geht hervor, dass der Bezirk Marzahn-Hellersdorf den höchsten Anteil von Alleinerziehenden in Berlin hat, nämlich sind hier 38,2% der Familien mit Kindern alleinerziehend. Was bedeutet dieser hohe Anteil von Alleinerziehenden für Ihre Arbeit?
Zusammen mit Lichtenberg haben wir wirklich einen sehr hohen Anteil von Alleinerziehenden. Die Themen von Alleinerziehenden sind sehr vielfältig, aber das Hauptproblem, was alle Alleinerziehenden haben, ist das enorm hohe Armutsrisiko. Die Kinderarmut in Ein-Eltern-Familien ist eklatant höher als in anderen Familien, wobei meiner Meinung nach Kinderarmut vor allem Frauenarmut ist. Die Alleinerziehenden in unserem Bezirk sind entweder enorm Armutsrisiko behaftet oder leben in Armut. Außerdem haben sie wenig oder keine Bildungsabschlüsse. Viele werden jung schwanger, was auch ein Risiko ist, da Partnerschaften brüchiger sind und es schwieriger ist eine Ausbildung zu machen.
Gleichzeitig haben Alleinerziehende eine unglaublich hohe Motivation, weswegen das Alleinerziehend-Sein auch eine enorme Ressource sein kann. Wenn es die Alleinerziehenden schaffen ihren Alltag zu regeln, dann ist ihr Lebensentwurf sehr positiv, was sich zum Beispiel oft an einer guten Eltern-Kind-Beziehung zeigt.
Alleinerziehende sind außerdem fast ausschließlich Frauen, zu 90%, und Frauen verdienen oft weniger, sind oft in Teilzeit, was ihre ökonomische Situation prägt und woran viele weiteren Faktoren hängen: Was passiert, wenn man die Wohnung verliert? Was, wenn man umziehen muss? Das ist ein riesen Thema, weil es eigentlich unmöglich ist auf dem Wohnungsmarkt

eine Wohnung zu bekommen. Bestimmte Arbeiten gehen einfach nicht und dazu kommt noch die Dauerbelastung und auch Überbelastung, die alle Eltern haben, aber die bei Alleinerziehenden noch mal stärker ist. Es sollte eigentlich gesellschaftlich und bundesweit thematisiert werden, was diese Dauerbelastung auch für gesundheitliche Folgen hat und dagegen gesteuert werden.

Der Vorteil bei uns ist immerhin, dass hier im Osten das Stigma nicht allzu groß ist - nicht so groß wie ich es mir in vielen westdeutschen Gemeinden vorstelle. Das ist sehr positiv, denn Vorurteile und davon ausgehende Benachteiligung hängen zusammen, aber trotzdem muss beim Thema Alleinerziehende noch viel weiter gearbeitet werden: Wir brauchen Unterstützungsangebote, Entlastungsangebote, Kinderbetreuung - flexibel und außerhalb der regulären Zeiten. Das ist für ganz Berlin ein großes Thema: Der Senat will die Netzwerke in allen Bezirken ausbauen und hat im Haushalt dafür mehr Geld bereitgestellt. Insofern wird sich auch zeigen wie es sich in Berlin entwickelt und da hoffe ich, dass Marzahn-Hellersdorf sich auch mitentwickelt.

Sie hatten es bereits angeschnitten: Alleinerziehende werden hier anders angesehen als im Westen. Was ist besonders an Marzahn-Hellersdorf als Ostbezirk?

Es spielt immer noch eine große Rolle, dass wir ein Ostbezirk sind, was natürlich auch an der Architektur liegt: Wir haben das größte zusammenhängende Plattenbaugebiet. Marzahn hatte auch jahrzehntelang einen ordentlichen Ruf, was sich glaube ich stark verändert, weil jüngere Generationen sich nicht mehr an die 90er Jahre erinnern und die Berichterstattung damals.

Demographisch ist es enorm wichtig, weil die ältere Bevölkerung ab 50/60 stark ostsozialisiert ist. Sie haben höhere Bildungsabschlüsse als die Jüngeren, die nachziehen, und bestimmte Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sind geringer: Die Frauen hier bekommen mehr Rente als im Westen. Trotzdem weniger als die Männer, aber der Unterschied ist längst nicht so groß. Auch die Lohnungleichheit zwischen Männer und Frauen ist hier nicht so groß, aber die Männer verdienen hier auch einfach nicht viel und die Frauen arbeiten viel mehr in Vollzeit. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist generell auch sehr hoch. Das sind alles Nachwirkungen der DDR und nichtsdestotrotz gibt es Ungleichheiten: Bei denen, die nachziehen, ist auch irrelevant, ob deren Familien aus West- oder Ostdeutschland kommen. Die Diversität wird größer, nicht zuletzt dadurch, dass es mittlerweile mehr Menschen mit Migrationshintergrund und jüngere Familien gibt, die nachziehen.

Es gibt auch eine Veränderung im Wahlverhalten und es wird sich zeigen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, wie es sich genau verändert. Wir waren traditionell ein sehr linker Bezirk. Das verändert sich und diese Veränderung wirkt wiederum auf die Politik im Bezirk, was sich auf die Geschlechterpolitik auswirkt.

Zum Schluss: Was sind ihre Ideen und Perspektiven für die Zukunft für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf?

Das Thema Partizipation und Bürgerinnenbeteiligung kann noch mehr ausgebaut werden: Zum Beispiel der Frauenbeirat als partizipatives Gremien der Beteiligung, wo zwar auch Projektefrauen und Fachfrauen mitmachen können, was aber vor allem als Beteiligungsgremium für Bürgerinnen gedacht ist. Weitere wichtige Fragen sind: Wie kann man Ehrenamt stärken? Was sind weitere Formate zur Beteiligung von Bürgerinnen?

Das Thema Gleichberechtigung ist stärker im Fokus in den letzten Jahren und es hat durchaus Potential. Gerade weil wir als Randbezirk anders aufgestellt sind, liegt mir dieses Thema sehr am Herzen.

Die Stärkung der Netzwerke und auch der Frauenprojekte, sowie der Fraueninfrastruktur, wird weiterhin thematisiert, weil es enorm wichtig ist, dass es Anlaufstellen für Problembearbeitung gibt, aber auch generell eine öffentliche Präsenz um sichtbar zu sein und das Thema Gleichberechtigung voran zu bringen.

Eine Herausforderung ist nach wie vor der Generationenwechsel sowohl in den Projekten als auch generell in der Arbeit. Wir werden ein immer älterer Bezirk, weswegen viele in den Projekten oder im Amt in Rente gehen werden in den nächsten Jahren oder schon dabei sind. Das wird spannend. Es gibt auch schon gute Beispiele - gerade im Frauenzentrum Matilde - wie so ein Übergang wirklich gut laufen kann und wie Jung und Alt gemeinsam arbeiten und voneinander lernen.

Die Themen, die uns weiterhin beschäftigen werden, sind aber auch sehr vielfältig. Es geht nicht nur um die Schnittmenge Frauen/Männer, sondern auch um Vereinbarkeit, ökonomische Situationen, Ungleichheiten, Gewalt, Migration und Integration. Weil die Frauen im Bezirk diverser werden, werden auch die Problemlagen diverser, was durchaus auch eine Herausforderung ist: Die Perspektive ist auch, ob es möglich ist die Projektelandschaft so zu erhalten, sowie zu stärken. Das hängt auch davon ab, ob Bereitschaft da ist von Kooperationspartner*innen das Thema Gleichberechtigung mit zu setzen, aufzunehmen und ernst zu nehmen.

Was ist Ihnen noch wichtig und was möchten Sie uns noch mitteilen?

Ich habe mich sehr gefreut über die Interviewanfrage, weil es eine Möglichkeit ist um noch mal deutlich zu machen: Frauenrechte sind Menschenrechte, was oft nicht genügend Beachtung findet und deswegen so betont werden muss. Das ist die Krux: Es sollte selbstverständlich sein und nicht extra betont werden müssen. Gerade im Zusammenhang mit demokratiebedrohenden Tendenzen sieht man, dass bereits Veränderungen stattfinden, die vor allem Frauen betreffen, was viel stärker in der Arbeit für Demokratieentwicklung ins Licht gerückt werden sollte.

Was für Veränderungen in den Lebensrealitäten von Frauen sind schon sichtbar, die mit demokratiebedrohenden Tendenzen im Zusammenhang stehen?

In Berlin haben wir es zwar immer noch relativ gut, aber die Situation zum Schwangerschaftsabbruch verändert sich bereits: Darüber wird gesellschaftlich wenig debattiert, wenn dann nur sehr moralisierend, aber diese Veränderungen haben konkrete Auswirkungen auf die Leben von Frauen. Auch in Berlin müssen Frauen sehr weit fahren um einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. Es kommen Frauen aus Brandenburg nach Berlin dafür. Es gibt auch weitere Themen, wo ich den Eindruck habe, dass das Wissen eher rückläufig wird: Aufklärung in der Schule, Gewalt in Beziehungen und weitere wichtige Themen, die viele betreffen.

Vielen Dank für das Interview!

BENN in Marzahn
Ein Beitrag für den Demokratie-bericht der vier BENN-Standorte

Ein Beitrag aller BENN-Standorte in Marzahn-Hellersdorf

Das Programm BENN (Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften) ist eine seit 2017/18 bestehende Initiative der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in Kooperation mit den Berliner Bezirken. Neue Nachbarschaften beschreibt die Idee einer gelebten lokalen Demokratie, in einem sich wandelnden urbanen Sozialraum. Vier Teams in Marzahn-Hellersdorf, drei davon verzahnt mit dem Quartiersmanagement, arbeiten von lokalen Vor-Ort-Büros aus eng mit Menschen in der Nachbarschaft zusammen. Ihr Ziel ist die Stärkung von Zusammenhalt, insbesondere zwischen sogenannten "neuen" und „alteingesessenen" Nachbar*innen. Neue Nachbar*innen sind auch die Bewohner*innen der Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete, welche die Stadtgesellschaft seit spätestens 2015 mitprägen.

Zwischenstand - Nach zwei Jahren Programmlaufzeit blicken die BENN-Teams auf diverse Erfahrungen ihrer Arbeit zurück und ziehen Zwischenbilanz: Welche Ideen und Projekte haben sich bewährt? Was sind die erfolgversprechendsten Ansätze des Community Buildings und des Empowerments? Vor welchen Herausforderungen stehen Nachbarschaften und damit auch die BENN-Teams? In welche Richtung soll die weitere Arbeit gehen?

Um es gleich vorweg zu nehmen: BENN wirkt! Nicht immer in der geplanten Art und Weise, aber doch im Sinne des Programms - nämlich zur Stärkung des Zusammenhalts im Quartier und der Integration der Nachbarschaft. BENN hat sich dabei als flexibles Programm erwiesen, das von der praktischen und gemeinwohlorientierten Partizipation der Nachbar*innen lebt und in welchem Aktivitäten sowie Maßnahmen erprobt, evaluiert und bei Bedarf angepasst werden.

Kontinuierliche Angebote bieten einen verlässlichen Rahmen für die aktive Nachbarschaft. Alle Marzahner BENN-Teams bieten regelmäßig Sprach- oder Erzählcafés an. Das Format bietet neuen und alten Nachbar*innen eine ebenso einfache wie verbindliche Möglichkeit des informellen Austauschs und der Begegnung. Bei einer Tasse Kaffee lernen sich die Menschen kennen und kommen miteinander ins Gespräch - über den Bezirk, über die Sorgen und Chancen des Alltags und das Leben in der Nachbarschaft. Dafür müssen die Sprachkenntnisse nicht immer gut sein; oftmals reichen nonverbale Kommunikation und ein Lächeln schon aus. Teilweise werden Bücher besprochen oder Hausaufgaben aus dem Deutschkurs bearbeitet - je nach Bedarf. Vorurteile werden hier sichtbar und können häufig schnell wieder abgebaut werden.

Zu den Aktivitäten mit Nachahmungscharakter zählen Gemeinschaftsaktionen von Neu- und Alt-Berlinern, um Wohnumfeld und Stadtteil (noch) größere Attraktivität zu verleihen. Ein Paradebeispiel ist die Gestaltung von Außenanlagen und Gärten in den Gemeinschaftsunterkünften in Zusammenarbeit von Bewohner*innen und Ehrenamtlichen. Neu gepflanzte Blumen und errichtete Gartenoasen sorgen nicht nur für eine wohnliche Atmosphäre, sondern stellen auch ein manifestes Ergebnis der Zusammenarbeit dar, was wiederum die nachbarschaftliche Identifikation stärkt.

Wichtig ist die Vernetzung mit bereits bestehenden Akteur*innen im Stadtteil. Während im ersten Jahr noch einige Vorbehalte gegenüber dem BENN-Programm seitens einiger sozialräumlicher Initiativen bestanden, konnten im zweiten Jahr Kooperationen vertieft und intensiviert werden. Hierfür war es wichtig zu zeigen, dass BENN keine Parallelstrukturen schafft, sondern die bereits bestehenden Angebote vor Ort unterstützt und sinnvoll ergänzt. Gleichzeitig konnten die BENN-Teams auch selbst größere Aktionen initiieren, die nach Möglichkeit auch nach Ende der Projektlaufzeit fortgeführt werden können. Praxisbeispiele sind Straßen- und Parkfeste, die gemeinsam mit der Nachbarschaft und Initiativen vor Ort durchgeführt werden sowie eine partizipative Wanderausstellung „Wege nach Marzahn".

Ohne Angliederung an bestehende Strukturen vor Ort, die personelle und finanzielle Ressourcen bereitstellen, besteht jedoch die Gefahr, dass vielversprechende Aktivitäten auf längere Sicht im Sande verlaufen. Es gilt daher dafür zu sorgen, dass die Arbeit der BENN-Teams bereits während der Projektlaufzeit eine spätere Verstetigung mitdenkt und nach Möglichkeit verankert. Weiterhin müssen sich die BENN-Teams stets in den bestehenden Strukturen - und Zwängen - zurechtfinden. Zu diesen zählt die Situation Geflüchteter, die zwar teilweise langfristig,

© Susanne Yacoub für AG Schnorbusch Architektur/Landschaftsarchitektur+Video

aber nichtsdestotrotz nur übergangsweise in den Gemeinschaftsunterkünften leben. Das Engagement in der Nachbarschaft tritt für diese Menschen oft hinter die Erfüllung von Grundbedürfnissen zurück, wie dem Bezug einer eigenen Wohnung, oder der Aufnahme einer Arbeitstätigkeit.

Nichtsdestotrotz gibt es viele engagierte Geflüchtete, die sich als Multiplikator*innen nachbarschaftlicher Arbeit bewährt haben. Sie bauen Brücken zwischen Bewohner*innen und Anwohner*innen der Gemeinschaftsunterkünfte, indem sie bei Versammlungen und Aktivitäten der Nachbarschaft mitwirken und Kontakt mit den BENN-Teams halten. Auch die Beteiligung Geflüchteter bei der Gestaltung des Lebens in den Gemeinschaftsunterkünften, etwa in Form von Bewohner*innenbeiräten, ist ein Kernanliegen der BENN-Teams, welche bei der Beteiligung Geflüchteter viele Herausforderungen bewältigen. Beispielsweise funktionieren Kommunikation und Netzwerkarbeit dort eher informell (etwa über WhatsApp), es besteht kein einheitliches Demokratieverständnis und die Heterogenität der Bewohner*innen (wie Herkunft, Sprache, Alter und Geschlecht) muss beim Aufbau eines Bewohnerbeirats berücksichtigt werden. Durch die unterschiedlichen Voraussetzungen und Konstellationen der Bewohner*innenschaft, gibt es kein einheitliches Vorgehen der BENN-Teams zur Errichtung und Funktion von Bewohner*innenbeiräten. Vielmehr wird dies kontextbezogen und gemeinsam mit der jeweiligen Unterkunft erarbeitet.

Generell gilt: Ansätze, die auf einen gemeinsamen Identifikationsrahmen zurückgreifen – wie den Bezirk, den Bürgerpark, oder die nähere Nachbarschaft - zeigen Wirkung, weil sie wenig Raum für Zuschreibungen von "wir" und "die" lassen. Die Menschen vor Ort engagieren sich gemeinsam für eine Sache, unabhängig von Herkunft und Status. Positive Erlebnisse schaffen einen Sinnzusammenhang und ein Gefühl von Solidarität und Gemeinschaft.

Gedenkwoche an die Novemberpogrome 1938 vom 4. bis 9.November 2019

Sabine Schwarz
AG Novemberprojekt des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf

In die Vorbereitung zur Gedenkwoche wurden verschiedene Partner, vor allem Bildungseinrichtungen, wie Schulen bzw. die ASH einbezogen. Die Zielgruppe waren Marzahn-Hellersdorfer*innen jeden Alters. Das Projekt richtete sich an Schüler*innen und Schüler und Bewohner*innen unterschiedlicher Kieze.

Mit dem Film „Kleine Germanen" und dem anschließenden Podiumsgespräch wurde am 4.11.2019 die Gedenkwoche an die Novemberpogrome vor 81 Jahren eröffnet.

Vor der Filmaufführung sprachen die Vizepräsidentin des Bundestages Petra Pau und die Vorsitzende des Marzahn-Hellersdorfer Bündnisses für Demokratie und Toleranz Henny Engels. Beide erinnerten an die Ereignisse der Vergangenheit und schlugen einen Bogen in die Gegenwart und zur Verantwortung der heutigen Generationen.

In der an den Film anschließenden sehr lebhaften Diskussion sprach der Regisseur über seine Arbeit an dem Film, seine Überlegungen und Auseinandersetzungen sowie Entscheidungen zu verschiedenen Stilen, die im Film angewandt wurden. Er berichtete über die sehr unterschiedlichen Reaktionen der Protagonist*innen und Zuschauer*innen an den verschiedensten Orten Deutschlands, die er mit dem Film besuchte. Die Fragen aus dem Publikum bezogen sich genau darauf. Sie bemerkten am Ende, dass ein solcher Austausch sinnvoll sei, die Blickrichtung für neue Gedanken und Erkenntnisse öffne und eine gute Gelegenheit darstellte, miteinander ins Gespräch zu kommen. Die Bewahrung und Erinnerung an die Vergangenheit macht so Sinn und die Nutzung künstlerischer Medien sorgt zusätzlich für eine anregende interessante Atmosphäre. Bemerkenswert war die Zusammensetzung des Publikums. Es waren Hellersdorfer*innen unterschiedlichen Alters, junge Leute, Menschen mittleren Alters und Senior*innen sowie Studierende des ASH aus unterschiedlichen Kulturkreisen.

Letztendlich wurden folgende Veranstaltungen organisiert und durchgeführt:

4.11.19 - Filmvorführung „Kleine Germanen" mit Vortrag und anschließendem Gespräch mit dem Regisseur, anwesend waren ca. 100 Personen unterschiedlichen Alters

6.11.19 - Lesung „Adressat unbekannt" mit anschließendem Gespräch im Schülerklub mit ca. 20 Schüler*innen und 2 weiteren teilnehmenden Bürger*innen und Vernissage der Stolpersteinausstellung, mit ca. 15 Bürger*innen

8.11.19 - Filmvorführung „Alles ist erleuchtet" mit anschließendem Gespräch mit Mitgliedern des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz" M-H und Erinnerungsgang zu den Stolpersteinen

Schüler*innen des Sartre Gymnasiums haben mit der Künstlerin Dotschy Reinhard vom Zentralrat der Sinti u. Roma eine Recherche zu Einzelbiographien mit Bezug zu ihren eigenen tagtäglichen Erlebnissen und eine entsprechende Präsentation in der Berliner Evangelischen Akademie durchgeführt.

Im Viktor Klemperer Kolleg wurde die Stolpersteinausstellung vor mehrheitlich Geflüchteten eröffnet und nach einem Vortrag darüber kamen die Veranstalter*innen mit den Teilnehmer*innen ins Gespräch.

Das Büchlein „adressat unbekannt" als Klassensatz wurde der Heckel-OS und dem Sartre Gymnasium in festlichem Rahmen übergeben.

Im Ergebnis aller Aktionen gab es Verabredungen zu Veranstaltungen nach dem Ende des Projekts, wie Vorträge und die Aufstellung der Stolpersteinausstellung. Die Teilnehmenden wünschten sich auch zu dem Zeitraum der Novemberpogrome eine derartige Veranstaltungsreihe nachhaltig als Tradition zu entwickeln. An den Veranstaltungen nahmen 20 bis 100 Marzahn-Hellersdorfer*innen teil. Hauptsächlich richteten sich die Veranstaltungen, Lesungen, Filmvorführungen mit anschließenden Gesprächen, an Schüler*innen der oberen Klassenstufen (10. bis 13.). Das Feedback dieser war ausschließlich positiv. Sie kamen unvoreingenommen mit den Veranstalter*innen ins Gespräch und formulierten, dass die Beschäftigung mit dem Thema der Novemberpogrome in dieser Art für sie beeindruckender sei als der Unterricht und eine gute Ergänzung dazu darstellt.

Die Intention, vor allem jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich mit der Vergangenheit in einem anderem als dem schulischen Rahmen zu beschäftigen, sie emotional nachhaltig zu bewegen, ist aufgegangen. Die Verbindung zum heutigen Alltag zu finden, zu Fragen, wie akzeptiert Menschen anderer Kultur sind, war Teil jeder Veranstaltung. Die gemeinsame Recherche zu den Biographien, die Gespräche mit Frau Reinhard und den Senior*innen aus dem „Bündnis für Demokratie und Toleranz" erweiterte den Horizont der Schüler*innen und brachte ihnen andere Lebenserfahrungen nahe, die für sie neu und interessant waren. In den Gesprächen kam auch die eigene Verantwortung zur Sprache, wie tolerant man/sie selber ist, wenn einem andere Kulturen, Religionen, Erfahrungswerte begegnen.

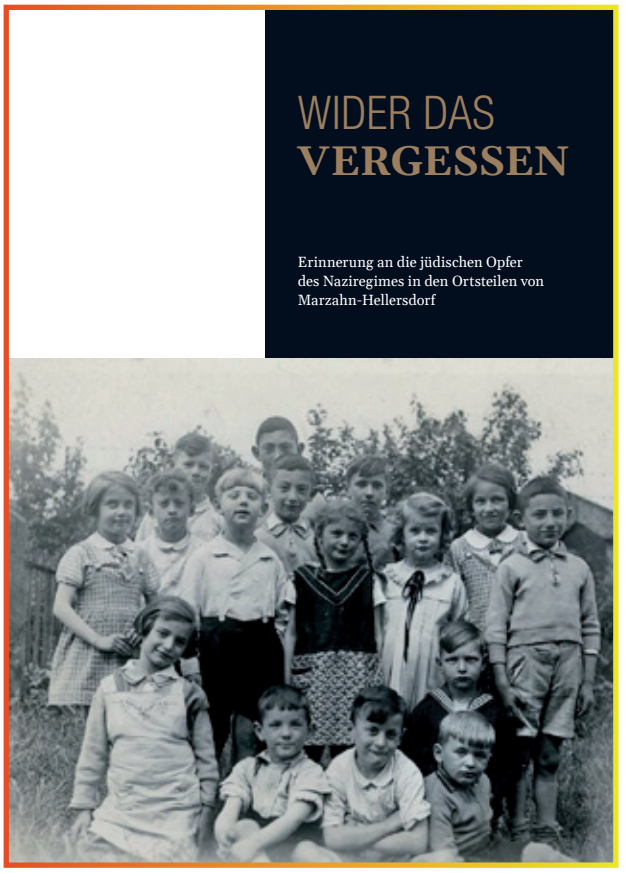
In Erinnerung an die jüdischen Opfer des NS-Regimes in Marzahn-Hellersdorf: Neue Broschüre erschienen

Sabine Schwarz
AG Novemberprojekt des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf

Im Rahmen der Gedenkwoche an die Opfer der Novemberpogrome 1938, die seit 2018 durch das Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf durchgeführt wird, ist eine Begleitbroschüre zur Stolperstein-Ausstellung in Erinnerung an die jüdischen Opfer des Naziregimes in unserem Bezirk entstanden, die jetzt vorliegt.
Marina Richter-Kastschajewa und Sabine Schwarz sind die Initiator*innen und Organisator*innen dieser Woche im November mit einer Vielzahl an Veranstaltungen, wie Filmvorführungen, Gespräche, Lesungen, szenische Darbietungen. Wir richten uns mit den Veranstaltungen an alle Marzahn-Hellersdorfer*innen.

Besonders wichtig ist uns, mit jungen Leuten ins Gespräch zu kommen, sie zu sensibilisieren für das, was vor mehr als 75 Jahren mit den Menschen in Deutschland geschah. In Gesprächen kommen wir immer wieder auf die Frage nach dem WARUM zurück, und was ich und du tun können, damit sich das dunkelste Kapitel der jüngsten deutschen Geschichte nicht wiederholt.

Im Rahmen der Gedenkwoche wurde auch die Ausstellung „Wider das Vergessen" gezeigt, die seit dem November 2018 durch den Bezirk gewandert ist. In den vergangenen Monaten war sie so im Frauentreff Hellma, im Victor-Klemperer-Kolleg und Ende Januar in der Rudolf-Virchow-Oberschule. Es war von Anfang an das Ziel, sie möglichst einem breiten Publikum, Menschen jeder Generation, Kultur und Religion zu zeigen und darüber ins Gespräch zu kommen. Das gelang allein in diesem Zeitraum mit Frauen, jungen Menschen, Schüler*innen mit und ohne Fluchthintergrund.
Die Ausstellung zeigt Fotos der im Bezirk verlegten Stolpersteine und informiert über die Schicksale jüdischer Menschen, um an sie zu erinnern. Millionen von Menschen wurden während der Zeit des NS Regimes diskriminiert, gefoltert, vergewaltigt und systematisch ermordet. Es waren jüdische Menschen, Sinti und Roma, schwarze Menschen, religiöse Minderheiten wie die Zeugen Jehovas, Menschen mit Behinderungen und jene, die als „asozial" stigmatisiert wurden, Schwule, Lesben und trans* Menschen sowie politische Gegner*innen aus unterschiedlichen Richtungen.



In dieser Broschüre, die die Ausstellung ergänzen soll, ist der Fokus – dem Anlass der Gedenkwoche entsprechend – auf die Verfolgung und Ermordung jüdischer Menschen aus Marzahn-Hellersdorf gelegt. Zum Download der Broschüre auf der Seite der Koordinierungsstelle der Demo- kratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf unter: https://koordinierungsstelle-mh.de/wp-content/uploads/2020/03/Broschuere-Stolpersteine_final.pdf

Nachbarschaftsfeste in Marzahn unter Beteiligung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf im Jahr 2019

Frau Polizzi
AG Nachbarschaftsfeste des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf

„Marzahner Nachbarschaftsfest"

Das Nachbarschaftsfest wurde in diesem Jahr bereits zum 5.Mal veranstaltet. Es führte am 25.05.2019 von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr vom Victor-Klemperer-Platz über die Marzahner Promenade bis zum Eastgate.

Die Akteur*innen vom Bündnis für Demokratie und Toleranz und dem Aktiven Zentrum der Marzahner Promenade, luden alle Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirkes ein, gemeinsam im Sinne des European Neighbours' Day, nachbarschaftliches Miteinander in seiner Vielfalt zu erleben.

Viele engagierte Mitwirkende gestalteten einen kostenfreien Nachbarschaftsparcours auf dem gesamten Festgebiet für die ganze Familie zum Mitmachen, Ausprobieren, Sehen, Hören und Staunen.

Mit u.a. Bunter Platte, Seifenkistenrennen, Kletterfelsen, Fahrradparcours, Fitnesstraining, Mitmachzirkus- und trommeln, Familienspiele, Hüpfburg, aber auch ruhigere Aktionen im orientalischen Vorlesezelt oder beim Malen und Basteln konnten wir die Nachbarschaft zusammenbringen.

Auf dem Victor- Klemperer Platz gab es ein buntes Bühnenprogramm mit Musik, Tanz, sportlichen und akrobatischen Künsten.

Darüber hinaus konnte man sich an Ständen über die Arbeit bezirklicher Initiativen und Verbände informieren, einander kennenlernen, austauschen und kulinarische Köstlichkeiten von nah und fern genießen.

1999 in Paris ins Leben gerufen

Das Fest findet im Rahmen des alljährlich stattfindenden Fest der Nachbarn (European Neighbours Day) statt, dessen Ziel es ist, die Bürgerinnen und Bürger Europas enger zusammenzubringen. 1999 in Paris ins Leben gerufen, findet es mittlerweile in ganz Europa statt. In Berlin gibt es die Feste seit 2012 und in Marzahn-Hellersdorf fand es 2015 das erste Mal statt.

„Feuriger Advent mit der Nachbarschaft"

Am 29. 11. 2019 war es wieder so weit: Auf dem Victor-Klemperer-Platz und im Freizeitforum Marzahn fand zum vierten Mal der „Feurige Advent mit der Nachbarschaft" statt. Die AG Nachbarschaftsfeste vom bezirklichen Bündnis für Demokratie und Toleranz hatte wieder ein buntes Programm mit Ständen von Vereinen, Initiativen, Stadtteilzentren, Gewerkschaften, Jugendfreizeiteinrichtungen und Unterkünften für Geflüchtete, ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. Bei Live-Musik, heißen Getränken und vielen Mitmachangeboten konnte man miteinander ins Gespräch kommen. Groß und Klein konnten im Freizeitforum, Geschenke und Weihnachtsschmuck basteln, Märchen genießen, miteinander spielen und Weihnachtswünsche an das Postamt in Himmelpfort schicken oder erfahren, wie Weihnachten in anderen Ländern gefeiert wird. Bei knisterndem Feuer auf dem Victor-Klemperer-Platz werden Leckereien und Gegrilltes angeboten. Eine stimmungsvolle Feuershow auf dem Victor-Klemperer-Platz rundet das Programm ab. Viele Besucher*innen kamen mit ihren Kindern und genossen den Nachmittag.

1989 - Erinnern bewegt! Vier Abende im Herbst 2019 im Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf

Wolfram Hülsemann
AG Erinnern bewegt des Bündnisses für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf

Manchmal war es wirklich bewegend, unter diesem Motto an vier Abenden sehr persönlich erlebte Geschichten aus der Zeit um 1989 zu hören;- dreißig Jahre danach! Das Bezirksmuseum und unser „Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf" hatten dazu im Herbst des vergangenen Jahres eingeladen.
Jeweils zwei Erzählende, gewissermaßen „Zeitzeugen*innen" waren unter einem Thema gebeten worden, sich der Veränderungen aus dem selbst Erlebten öffentlich zu erinnern. Sie erzählten von gesellschaftlichen Umbrüchen, die sie selbst zu bewältigen hatten:

- **Kommunalpolitik im Umbruch, - mit Dagmar Pohle und Norbert Seichter**
- **Schule im Umbruch, - mit Wolfgang Brauer und Bettina Rathenow**
- **Wirtschaft im Umbruch, - mit Dr. Christa Bertag und Nils Busch-Petersen**
- **Soziales im Umbruch, - mit Dr. Thomas Pfeifer und Sr. Margareta Kühn**

Im jeweiligen Nachgang zum Gehörten hatten Besucher*innen der Abende keine Schwierigkeiten, ähnliche oder auch widersprechende Sichtweisen zu beschreiben. Was häufig verallgemeinernd als Paradigmenwechsel bzw. als Transformationsprozess beschrieben wird, füllte sich so mit konkreten Erlebnissen, weckte befreiende aber eben auch verletzte Empfindungen aus dieser Zeit.

Trauer, Unverständnis und auch Ärger wegen der damals erlebten „DDR- Abwicklung" standen neben der Freude über die gewonnenen persönlichen Freiheiten oder auch den beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten. Unterschiedliches Erinnern und unterschiedliches Bewerten der DDR- und Umbruchzeit hatte Raum, - eben Raum am Ort der Vielfalt, wie wir doch unseren Bezirk gern beschreiben. Mehrfach wurde den Veranstaltenden für das „Gesamtprojekt" gedankt. Erwähnenswert durchaus, dass „westlich-sozialisierte" Gäste über die Art des Erzählens staunten und nun, wie sie sagten, manche Dinge „völlig neu" sahen.

Zum Gelingen der Abende trug bei, dass rechtsextreme Gedankenwelten bzw. politische Forderungen der heutigen Neonazis offensichtlich vor der Tür blieben. Der Grundkonsens der Demokrat*innen bestimmte die Gespräche. Das war wichtig; - der mehrfach geäußerte Wunsch nach Fortsetzung dieser Reihe schien das zu bestätigen.

Wer sind eigentlich die „Unerreichbaren“?

Bemerkungen zu Ergebnissen eines ASH-Forschungsprojektes & Diskussionsanstoß

Raiko Hannemann

Es ist ein unmögliches Unterfangen, hier die zahlreichen Forschungsaktivitäten unserer von Heinz Stapf-Finé und Michael Brodowski geleiteten Forschungsgruppe vorzustellen. Daher möchte ich folgend zuerst kurz auf unseren 2019 veröffentlichten Bericht hinweisen und danach zwei ausgewählte Probleme der bezirklichen Demokratieentwicklung zur Diskussion stellen:

2019 wurde unsere von der Lotto-Stiftung Berlin finanzierte Studie mit der Veröffentlichung eines Sammelbandes erfolgreich abgeschlossen. In diesem Projekt versuchten wir, mittels einer Fragebogenumfrage das Demokratieverhältnis der Bevölkerungsgruppen von Marzahn-Hellersdorf sowie u.a. Einstellungen zu politischen Themen und die Bereitschaft zu Engagement quantitativ zu erfassen. Außerdem wurden 30 biographische Interviews mit Bezirksbewohner_innen im Alter von 18 und 83 Jahren geführt und ausgewertet. In den biographischen Erzählungen beschrieben die Teilnehmenden, wie die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte ihr Leben beeinflusste und wie sie allgemein auf Politik und Gesellschaft sowie genauer auf Marzahn-Hellersdorf schauen. In einem weiteren mit dieser Studie verknüpften Projekt, das bis September 2020 läuft, gehen wir vertiefend weiteren Fragen der Demokratieentwicklung nach, insbesondere auf sozialräumlicher Ebene. Dazu tauchen wir seit 2019 noch stärker in die Lebenswirklichkeit der Menschen ein. Es sind Feldforschungen in ausgewählten Sozialräumen durchgeführt worden. In Fokusgruppengesprächen diskutierten wir mit Schülervertreter_innen. In Bürgerforen suchten wir die Diskussion mit den Marzahn-Hellersdorfer_innen. In Konferenzen, Workshops oder etwa in Veranstaltungen des Bündnisses für Demokratie und Toleranz diskutieren wir unsere Forschungen mit Akteuren der Gemeinwesenarbeit. Dabei geht es uns auch um eine engere Verknüpfung von Forschung und Praxis sowie um einen wechselseitigen Wissenstransfer.

Dabei jedoch wird immer wieder ein charakteristisches Problem sichtbar, das bei aller Vernetzung und wechselseitiger Ergänzung nicht lösbar erscheint. Vertreter_innen aus Forschung, Verwaltung, sozialen Trägern, Zivilgesellschaft und Politik wirken ratlos gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen, die man nicht ‚erreichen‘ oder gar ‚aktivieren‘ könne. Man sucht nach ‚Praxisnähe‘, macht ‚niedrigschwellige Angebote‘ mit ‚einfacher Sprache‘, macht ‚Bildungsangebote‘ und startet ‚Kampagnen‘, versucht den öffentlichen Raum durch ‚Bürgerfeste‘ und Kundgebungen zu politisieren, veranstaltet Vortragsabende und Filmvorführungen über Demokratie oder bietet Instrumente wie den Bürgerhaushalt und die Bürgerfragestunde in der Bezirksverordnetenversammlung an, man beauftragt ‚externe Demokratie-Experten‘ und eröffnet ‚Anlaufstellen‘ – doch die vermeintlich inaktiven ‚Unerreichbaren‘ bleiben ‚unerreichbar‘.

Die Interviews sowie die Feldforschungen geben gute Hinweise darauf, was die sprichwörtlichen Gräben zwischen den gar nicht so inaktiven Bevölkerungsgruppen auf der einen und der aktiven und/oder organisierten Öffentlichkeit auf der anderen Seite reißt. Neben dem wechselseitigen Wahrnehmungsproblem, welches die jeweils andere Seite als entweder realitätsentrückt oder gleichgültig bis ‚bildungsfern‘ erscheinen lässt, kann ich hier nicht alle Aspekte der Zerklüftung vorstellen, möchte aber zwei Themenkomplexe andeuten:

1. Im Gespräch mit den Interviewten hat sich ein für Ostdeutschland besonders virulentes Phänomen herausgeschält, das die Gräben verfestigt hat und das ich als Demokratieentfremdung bezeichnen würde. Entfremdung ist ein Beziehungsmodus in welchem dem Individuum das (offizielle) Gemeinwesen als fremd, abweisend, feindlich oder zumindest nichtsagend erscheint. Die Ursachen für ein solches Entfremdungsverhältnis sind vielfältig und liegen häufig in lebensgeschichtlich gesammelten Erfahrungen mit Diskriminierung, Ausschluss, Kränkung, Verlassenwerden, Ohnmacht etc. Dies hat auch Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Marzahn-Hellersdorf, in der sich bei vielen Befragten ein doppelter Bezirk zeigt: einerseits ein offizieller Bezirk mit seinen heutigen Strukturen in Politik und Verwaltung, der Trägerlandschaft, den gegenwärtigen öffentlichen Repräsentant_innen etc. – diesem offiziellen Bezirk stehen viele Befragte entfremdet gegenüber. Anderseits ist Marzahn-Hellersdorf für die gleichen Befragten Lebenswelt, Heimat, ein mit persönlicher Geschichte und Alltagssinn aufgeladener Ort – mit diesem persönlichen Bezirk identifizieren sich vor allem Menschen, die in der Wende-Zeit bereits erwachsen waren. Marzahn-Hellersdorfer_innen dieser Altersgruppen sehen sich in ihrem Verhältnis zum Gemeinwesen besonders zwiespältig positioniert. Einerseits zeigen sie ein hohes Interesse an politischen und gesellschaftlichen Fragen. Andererseits sehen sie sich selbst jedoch nur als ‚Zaungäste‘, als ‚Beobachter_innen von der Seitenlinie‘. Sie nehmen eine Exzentrische Position ein, da ihr Interesse, ihr Bewusst-

sein und ihre Urteilsfähigkeit ins Zentrum des gegenwärtigen Geschehens trifft; man steht den gesellschaftlichen Entwicklungen im Bezirk und darüber hinaus alles andere als gleichgültig gegenüber. Zugleich aber stehen sie hinsichtlich ihrer Aktivitäten, aber auch hinsichtlich der öffentlichen und medialen Repräsentation ihrer Lebenswelten und Interessen nur an der Peripherie. Persönliche Umbrucherfahrungen durch die Wende- und Nachwendezeit verstärken häufig diese widersprüchliche Position, da viele der Interviewten dieser Alterskohorten durch den Systemwechsel ökonomisch, sozial, kulturell und symbolisch vom gesellschaftlichen Zentrum an den Rand katapultiert wurden.

2. Ein zweiter Aspekt ist die Perspektive auf den Graben. Die Bezeichnung ‚Unerreichbare' stammt aus der Wahrnehmungswelt einer Seite des Grabens, auf dem die Akteure der Forschung, Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Medien etc. stehen. Die Feldforschung im alltäglichen Sozialraum, in dem besonders viele Menschen in prekären Lebenslagen leben, hat gezeigt, dass der Vektor der Unerreichbarkeit umgekehrt werden muss. Die Umkehrung der Blickrichtung der Unerreichbarkeit ist dabei nicht beliebig umkehrbar, ist nicht bloß „eine Frage der Perspektive". Die öffentlichen Akteur_innen des Gemeinwesens befinden sich gegenüber den Unerreichbar-Erscheinenden in einem hierarchischen Verhältnis – gewissermaßen schaut die eine Seite des Grabens von einer höheren Böschung auf die gegenüberliegende Seite herab. In der Sphäre der ‚aktiven Demokrat_innen' lässt sich tendenziell eine starke Überrepräsentation von Menschen aus Mittelschichtsmilieus feststellen. Einerseits prägen bestimmte Umgangs- und Kommunikationsgewohnheiten, Lebensstile, Interessenslagen und Wissensbestände der Mittelschicht die Welt der Aktiven. Andererseits sind die bestehenden Strukturen und Organisationsformen mit ihren Regeln und Konventionen genau auf die Bedürfnisse jener Milieus zugeschnitten. Die vorgefundenen Bedingungen zur Teilnahme am öffentlichen Diskurs und Engagement ermöglichen leichten Zugang und lassen ihnen Beteiligung als selbstverständlich erscheinen; Nichtbeteiligung dagegen als unverständlich oder gar unmoralisch. Für Menschen aus anderen Lebenswelten dagegen können sich die Teilnahmebedingungen als unüberwindbare Barrieren erweisen – die Welt der Aktiven wird unerreichbar. Die starke Ausrichtung der Beteiligungsstrukturen an den Bedürfnissen, Verhaltensweisen, Erwartungen und Interessen mittlerer Milieus zeigt sich im konkreten Alltag des Institutionengefüges und der Zivilgesellschaft: So sind Gremiensitzungen in Politik und Verwaltung, öffentliche Diskussionen vor Publikum, sprachliche Konventionen in der öffentlichen Rede etc. nicht für alle Menschen im Bezirk gleichermaßen zugänglich oder vertraut. Allein die Terminierung von Gremiensitzungen zu bestimmten Urzeiten kann Menschen mit anderen Lebenswirklichkeiten dauerhaft ausschließen. Unterschiedliche Wissenszugänge zu einem bestimmten Jargon oder eine Kleiderordnung, können Scham und Ängste vor Ächtung oder Entwertung von Interessensäußerungen auslösen; und lassen für einige Menschen solche Beteiligungsformate als unerreichbar, ja undenkbar erscheinen. Lange Wege zu Versammlungsorten können sich für Menschen, die nach einem langen anstrengenden Arbeitsleben körperlich erschöpft oder eingeschränkt sind, als unüberwindbare Barrieren erweisen – manchmal ist auch schlicht der ÖPNV zu teuer. Aber auch gegenwärtige belastende Lebensumstände, man denke an prekär beschäftigte Alleinerziehende, können das „Mitmachen" in weite Ferne rücken. Und nicht zuletzt hält auch die (häufig berechtigte) Resignationshaltung, Interessenslagen finden in der politischen Entscheidungsfindung unterschiedliche Aufmerksamkeit, viele Marzahn-Hellersdorfer_innen von Beteiligung fern. Die Liste der Zugangsbarrieren für viele Fernbleibende, die nicht selten für Aktive unsichtbar oder unerklärlich sind, ließe sich fortführen. Immer stärker kristallisiert sich in der Bewertung der Daten indes die Einsicht heraus, dass eine sozialräumliche Strategie ein Schlüssel der Demokratieentwicklung ist und das Mitmachen wieder erreichbar werden lässt. Eine Belebung und Demokratisierung des unmittelbaren Nahraumes der Menschen, vor allem der Nachbarschaften, kann mittels verschiedener Instrumente (engmaschige Bereitstellung von voraussetzungslos nutzbaren Clubräumen, stärkere Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen etwa durch konsultative Rätestrukturen etc.) den gesellschaftlichen Tendenzen der Entsolidarisierung und der Desintegration vieler Bevölkerungsgruppen entgegenwirken.

Mit der Thematisierung dieser und weiterer Forschungsergebnisse sowie mit unserem Engagement etwa beim Bündnis für Demokratie und Toleranz wollen wir zu einer Debatte über die Demokratieentwicklung im Bezirk beitragen und alle Sinne für sozialsensible (Selbst-)Reflexion, für eine Öffnung für Lebenslagen und inklusive bzw. kooperative Entscheidungsprozesse schärfen.

1 Heinz Stapf-Finé (Hg.) (2019): Demokratienähe und -distanz. Das Forschungsprojekt Demokratieferne Einstellungen in einer Kommune. Berlin: Logos-Verlag.

2 Zahlen und Interpretationen werden im Sammelbandbeitrag von Andrea Metzner dargestellt.

3 Die Auswertung der biographischen Interviews leistet Raiko Hannemann in seinem Beitrag im Sammelband.

4 Die Kategorie der „Mittelschicht" dient als ein Oberbegriff für ein komplexes Feld aus verschiedenen Milieus, Berufsgruppen, Lebensstilen und -lagen. Was Angehörige dieses Feldes verbindet, ist ihre „Mittellage" hinsichtlich des Einkommens, ihrer kulturellen Ausrichtung und Werte-Orientierungen an oberen Lebenslagen, ihr vorhandener oder erwarteter Zugang zu Eigentum, aber auch zu kulturellen Gütern und Bildung. Angehörige der Mittelschicht beteiligen sich wesentlich stärker an Wahlen und anderen öffentlichen Beteiligungsprozessen als Menschen aus unteren Soziallagen. Zudem werden ihre Interessenslagen wesentlich stärker in politischen Entscheidungen berücksichtigt. Vgl. Elsässer, Lea/ Hense, Svenja/ Schäfer, Armin (2017): „Dem deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestages. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27. S. 161-180; http://www.armin-schaefer.de/wp-content/uploads/2014/05/Els%C3%A4sser-Hense-Sch%C3%A4fer-17-1.pdf.

Links: Sammelband „Demokratienähe und Distanz": https://www.logos-verlag.de/cgi-bin/engbuchmid?isbn=4945&lng=deu&id=
Die Projekte: https://www.ash-berlin.eu/forschung/forschungsprojekte-a-z/defa/
https://www.ash-berlin.eu/forschung/forschungsprojekte-a-z/demokratie/

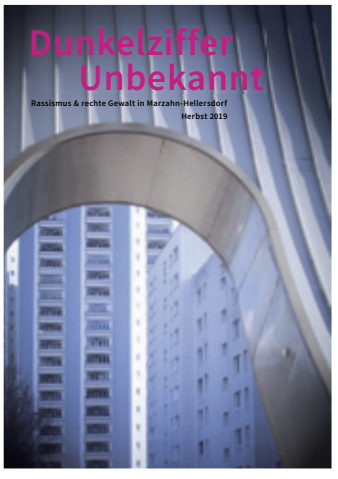
Broschüre „Dunkelziffer Unbekannt“ - Rechte Aktivitäten und Gegenstrategien in Marzahn-Hellersdorf

Antirassistisches Register ASH

Im Mai 2020 erscheint die nächste Ausgabe der „Dunkelziffer Unbekannt“. Das Magazin veröffentlicht aktuelle Berichte über rechte Aktivitäten in Marzahn-Hellersdorf. Demgegenüber werden zivilgesellschaftliche Akteur*innen vorgestellt und Engagement gegen rechts abgebildet.
Herausgeber*innen sind der Arbeitskreis Rechte Gewalt, die Antirassistische Registerstelle sowie der AStA der ASH Berlin.

In der kommenden Ausgabe wird es wie immer einen jährlichen Rückblick auf extrem rechte und diskriminierende Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf geben. Daneben werden aktuelle Themen aus dem Bezirk angesprochen, u.a. zu den Diskussionen rund um das bezirkliche „Stille Gedenken“ an die Befreiung von Auschwitz, den Angriff der AfD auf demokratische Akteur*innen im Bezirk oder die Vorstellung der Kampagne Solidarische Kieze.

Die Berichte verdeutlichen, warum das kontinuierliche Engagement gegen rechts auch in der Zukunft für das demokratische Zusammenleben in Marzahn-Hellersdorf von entscheidender Bedeutung ist. Die „Dunkelziffer Unbekannt“ soll damit auch Studierende ermutigen, sich innerhalb und im Umfeld der Hochschule gegen rechts zu engagieren.



Alle bisherigen Ausgaben können auf der Website des AStA der ASH Berlin heruntergeladen werden: https://asta-ash.eu/download/

Bus-Tour: Vietnamesisches Leben in Marzahn NordWest!

Rolf A. Götte

BULETTE TRIFFT FRÜHLINGSROLLE

Auf Einladung der Reistrommel e.V., des Quartiersmanagements Marzahn NordWest (Oleksandra Bienert) und des Veranstalters, der Deutschen Vietnamesischen Gesellschaft e.V., trafen sich am 21.09.2019 interessierte Bewohnerinnen und Bewohner auf dem Barnimplatz zu einer Busrundfahrt durch Marzahn, die durch die „Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf" finanziert wurde. Dabei wurde an interessanten Punkten Halt gemacht, um Tamara Hentschel Gelegenheit zu geben, die vergangenen dreißig Jahre Revue passieren zu lassen. In der Kita „Rabennest" in der Rabensteiner Straße berichtete sie über allererste Schwierigkeiten mit dem vietnamesischen Nachwuchs; aber auch über erste Erfolge. An der Havemannpassage drückte die Betreiberin eines Ladengeschäfts mit angegliederter Änderungsschneiderei (Nguyen Lananh) ihre Zufriedenheit aus und berichtete stolz von ihren studierenden Kindern. An der Märkischen Allee zeigte sie den „kleinen Ableger" der Reistrommel e.V., bevor der Bus erst wieder am Barnim-Gymnasium an der Ahrensfelder Chaussee einen weiteren Halt einlegte. Tamara Hentschel gab auch dort einen umfassenden Überblick, der von den damaligen Startschwierigkeiten bis zu den heutigen positiven Erscheinungen reichte. Äußerst beeindruckend war der freundliche Empfang und die Bewirtung in der wunderschönen „Pagode" neben einem kleineren vietnamesischen Einkaufszentrum. Der Zauber des fernen Ostens war deutlich spürbar und die Besucherinnen und Besucher wurden auch hier eingehend über das Leben der vietnamesischen Mitbürgerinnen und Mitbürger informiert.

Jörg Oberländer (Vorstandmitglied der Deutsch-Vietnamesischen Gesellschaft e.V. Berlin) und Nico Schröder von der Reistrommel e.V., der in Marzahn NordWest lebt, gaben während der Weiterfahrt zur Zentrale der Reistrommel e.V. (Coswiger Straße) zusätzliche Details bekannt. So erfuhren die Gäste, daß viele Marzahner mit vietnamesischen Wurzeln in der Zwischenzeit zu Wohneigentum gelangt sind; an einer der schönen Siedlungen führte die Route vorbei. In der Zentrale wurden die Besucherinnen und Besucher erneut sehr freundlich empfangen und mit einem kleinen Imbiß und Getränken versorgt. Tamara Hentschel erläuterte die umfangreiche Bild- und Textausstellung, die an den Wänden studiert werden konnte. Diese Fleißarbeit verdeutlicht das nicht immer ganz problemlose Zusammenleben zwischen den damaligen „Vertragsarbeitern der DDR aus Fernost" über Ungereimtheiten während der Wende- und folgenden Nachwendezeit bis hin zum heutigen erfolgreichen Miteinander. Tamara Hentschels Beharrlichkeit in „Sachen Reistrommel e.V." hat auch die große Politik aufhorchen lassen. Vor etwa 15 Jahren wurde sie für ihr Engagement mit dem bundesdeutschen Verdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Übrigens ist die Zahl der vietnamesischen Bewohnerinnen und Bewohner in Deutschland wieder ansteigend. Gerade in den verschiedensten Pflegeberufen werden sie dringend gesucht.

Fotos der Bustour © Birgitt Eltzel

Bildung mit_wirkung weltgewandte Aktivitäten 2019

Sophia Bickhardt
Projektleiterin weltgewandt e.V.

weltgewandt. Institut für interkulturelle politische Bildung e.V. lud auch 2019 mit Veranstaltungen und Veröffentlichungen dazu ein, sich mit „Themen von Welt" zu befassen und auf Begegnung einzulassen.

„Die Realität ist manchmal ganz anders als die Wirklichkeit"

Unter diesem Motto – das Berti Vogts zugeschrieben wird – stand der Neujahrsempfang 2019. Im Mittelpunkt standen das Klimabuffet und die Gedanken-Hüte. Bei ersterem handelt es sich um eine Methode, um für den Zusammenhang von Lebensmittelkonsum und Klimawandel zu sensibilisieren – und dabei gleichwohl fröhlich zu essen. Bei zweiterem wählten die Teilnehmer/innen ein Thema, über das anschließend bunt diskutiert wurde. Favorit war die Aussage: „Bis zum Jahr 2022 sollte das Bargeld abgeschafft werden." Bunt wurde es, weil jede/r eingeladen war, einen Hut aufzusetzen und mit der gewählten Farbe eine bestimmte Perspektive zum Thema einzunehmen. Blau stand für Informationen/Fakten, rot für Gefühle, weiß für Kritik, gelb für Lösungen u.s.w. Die Debatte gestaltete sich erstaunlich reichhaltig wie tiefgründig.

Gespräche sind Brücken, die Menschen verbinden

In Zusammenführung von Gesprächscafé und Theaterprojekten (2017/2018) bot weltgewandt e.V. am ersten Montag im Monat ein **TheaterCafé** für Menschen verschiedener (kultureller) Herkünfte an. Der Auftakt diente jeweils der Auflockerung und Aufheiterung durch Spiele und Übungen aus der freien Theaterarbeit. Meist kristallisierten sich dabei die Themen heraus, über die sich die Beteiligten danach austauschten und daran ihr Deutsch erprobten: Mieten, Arbeit und Löhne, Klimawandel, „1989", Marzahn, Krieg und Frieden u.a.

Ins Gespräch kamen weltgewandte auch mit Besucher/innen des Fests "40 Jahre Marzahn" in den Gärten der Welt. Der Stand war gut bevölkert – schon weil die Wiesen-Bowle aus selbst gesammelten Kräutern ein Renner war. Ebenfalls mit einem Stand und Bildungsmaterial waren einige weltgewandte auf dem Friedensfest am 20.09.19 auf dem Barnimplatz zugegen. Bei dem anschließenden **Talk ohne Show** zu "Mehr Entspannung wagen – mit Russland" diskutierten im Berliner Tschechow-Theater kontrovers, doch kultiviert Dr. Manfred Sapper, Chefredakteur der Zeitschrift Osteuropa, und Ulrich Heyden, Journalist in Moskau. Es war damit gelungen, zwei Vertreter sehr unterschiedlicher Auffassungen zum Thema Russland zusammen zu bringen. Die Aufzeichnung der Debatte sowie die schriftliche Kurzdarstellung sind auf der Website von weltgewandt e.V. verfügbar.

Zu den Umwälzungen des Herbstes 1989 gibt es Gesprächsbedarf. Das zeigten die verschiedenen Veranstaltungen aus Anlass des dreißigjährigen Jubiläums. Im Frühjahr 2019 lud weltgewandt zum Austausch über „Mein persönliches ‚1989'". Wer wollte, konnte ‚Devotionalien' mitbringen. Und so kam so manches Schriftstück zum Vorschein, u.a. damals verfasste Eingaben. Unter der Überschrift "Ins Offene. Inspirationen aus ‚1989'" wurde am historisch bedeutsamen 9. Oktober (Demonstration in Leipzig) gemeinsam mit der Stadtteilbibliothek eine Lesung mit Annett Gröschner und Katja Oskamp ausgerichtet. Beide stellten Texte vor, die sie mit dieser bewegten Zeit in Verbindung brachten. In gelöster und heiterer Atmoshäre brachten sie außerdem Literarisches über Marzahn zu Gehör. Aus dem Publikum wurde die Hoffnung geäußert, diese den Bezirk würdigenden Bilder mögen größere Verbreitung finden. Damit kam zur Sprache, was offenbar nicht wenige in Marzahn beschäftigt: wie umgehen mit dem negativen Vorurteil gegen den Bezirk?

Volksdiplomatie und Horizonterweiterung

„1989" war auch ein Bezugspunkt des europäischen Projekts „Connecting Memories: Die Macht der Geschichte und die Zukunft Europas", das weltgewandt e.V. koordiniert hat. Im Ergebnis sind u.a. die Bildungsmaterialien „Ohne Frauen ist keine Revolution zu machen. HERstory und Dynamiken des Umbruchs 1989 in der DDR" entstanden. Sie wurden am 04.11.19 im Berliner Tschechow-Theater vorgestellt. Dies war nicht die einzige Kooperation; weltgewandt e.V. konnte 2019 seine europäischen Projekte ausbauen und arbeitet inzwischen mit Organisationen in 15 Ländern zusammen. Bei den jeweils zweijährigen Partnerschaften zeigt das Institut „keine Scheu vor großen Themen", wie es eine Marzahnerin einmal formulierte. Im Rahmen der Kooperation zur Digitalen Mündigkeit entsteht ein Wiki, mit dem nicht allein die technologischen Veränderungen erörtert werden und wie man sich bestmöglich anpassen kann. Gefragt wird ebenso nach den Auswirkungen auf das Zusammenleben von Menschen und wie die Digitalisierung politisch gesteuert werden möge. Die Kompetenzen von Frauen auf dem Gebiet der Robotik zu befördern, ist Anliegen von NO GENDER GAP, einem Projekt von Organisationen aus fünf Ländern. Dazu wurde ein umfangreicher MOOC (Massive Open Online Kurs) erarbeitet. Ein solcher Online-Kurs entsteht auch in der Zusammenarbeit zum Thema Klima+Wandel, einem Projekt unter anderem mit der Organisation Corviale Domani, die in Rom-Corviale ansässig ist, und mit der außerdem für 2020 eine Bür-

gerbegegnung anvisiert wurde. „Frischer Wind für die Ökonomie", das haben sich Kolleg/innen von Universitäten, Vereinen und Unternehmen in sieben EU-Ländern auf die Fahne geschrieben. Entwickelt wird eine Lernplattform in sechs Sprachen zu Globalisierung, sozialer Ungleichheit, Krisen, Geld, dem Verhältnis Markt-Staat, Umweltökonomie und weiteren Themen. Angestrebt wird, verschiedene ökonomische Lehrmeinungen zu berücksichtigen und damit die Gleichsetzung von „Wirtschaft" mit nur einer Interpretation zu überwinden. Mit diesen und weiteren europäischen Projekten praktiziert und fördert weltgewandt e.V. auf gesellschaftlicher Ebene, was auf der politischen und wirtschaftlichen allzu oft nicht möglich scheint: Kooperation. Dies geschieht in der Zuversicht, dass damit Kräfte gestärkt werden, die helfen den Betrachtungshorizont über Kleingeisterei und nationale Engführungen hinaus zu weiten – und sich selbst mehr zu öffnen.

Politische Bildung ist nötig, gerade in Krisenzeiten. Es besteht ein Bedürfnis nach Orientierung, nach Verstehen, was vor sich geht. Und es besteht die Herausforderung, zurecht zu kommen mit Vielfalt, Komplexität, Widersprüchen, Sorgen, (gefühlter) sozialer Demütigung. Politische Bildung, wie weltgewandt sie auffasst, bietet keine festen Antworten, die einfach übernommen werden mögen. Vielmehr geht es um die Anstiftung zum Selbstdenken und zu verantwortungsbewusstem Handeln. In Marzahn haben wir weltgewandten vielfach einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit und Demokratie wahrgenommen. Dies bietet dafür einen gute Anknüpfung.

weltgewandt e.V. richtet seine Arbeit an dem humanistischen Bildungsideal nach Wilhelm von Humboldt und dem Satz aus: „Soviel Welt wie möglich in die eigene Person zu verwandeln, ist im höheren Sinn des Wortes Leben." Das Institut ist keine politische Organisation, steht keiner Partei nahe, hat keine Lobby und hält sich offen für Menschen verschiedener Kulturen, Bildungsgrade, Lebensstile, Einkommen, Meinungen und Orientierungen. Die Projektarbeit wird durch ein Anstellungsverhältnis, von fünf Honorarkräften sowie ehrenamtlich Aktiven geleistet (Stand 31.03.2020).

Die Arbeit der Berliner Registerstellen

Kati Becker
Berliner Register (pad gGmbH)

Registerstellen dokumentieren Vorfälle aus Berlin, die rassistisch, antisemitisch, antiziganistisch, extrem rechts, antimuslimisch, LGBTIQ*feindlich, den Nationalsozialismus verharmlosend, sozialchauvinistisch motiviert sind oder die sich gegen Menschen mit Behinderungen richten. Vorfälle sind neben körperlichen Angriffen auch Beleidigungen, Diskriminierungen, Aufkleber und Parolen, Veranstaltungen oder Sachbeschädigungen. Dabei ist irrelevant, ob es sich um eine Straftat handelt oder nicht, denn es soll ein gesellschaftliches Klima beschrieben und die Ausgrenzungen von Menschen(-gruppen) sichtbar gemacht werden. Jeder Bezirk hat eine Registerstelle die bei einem anderen Trägerverein angesiedelt ist. Diese sammelt, veröffentlicht und wertet Vorfälle aus. Die Informationen stammen von Anlaufstellen wie Jugendeinrichtungen, Parteibüros, Nachbarschaftszentren, sowie lokal engagierten Gruppen und Einzelpersonen. Alle dokumentierten Vorfälle aus allen Bezirken sind im Internet unter https://berliner-register.de/chronik einsehbar. Es werden nur Vorfälle von den Registern erfasst, die in eine der oben genannten inhaltlichen Kategorien passen. Sie sind angelehnt an die Forschungsarbeiten zu menschenfeindlichen Einstellungen und der Rechtsextremismusforschung.

Die Berliner Registerstellen blicken auf eine Entstehungsgeschichte zurück, die im Jahr 2005 in Pankow ihren Anfang nahm. Seitdem sind 15 Jahre vergangen, in dem die Register durch die besondere Unterstützung der Opferberatungsstelle ReachOut zu einem breiten zivilgesellschaftlichen Netzwerk herangewachsen sind. Die Rahmenbedingungen, die Akteur*innen und Netzwerke und die Stadt Berlin haben sich in dieser Zeit verändert. Seit 2016 fließen Vorfälle aus allen Bezirken in die gemeinsame Auswertung ein. Die Bekanntheit der Registerstellen wächst und damit auch die Anzahl an dokumentierten Vorfällen. Veränderungen in den Zahlen geben Aufschluss darüber, wie sich Berlin hinsichtlich der Phänomene Rassismus, Antisemitismus und extreme Rechte entwickelt. Lokale Strukturen in den Bezirken, die Vielfalt von Anlaufstellen, die engagierten Personen vor Ort und ihre Reaktionen auf das was täglich geschieht, unterscheiden sich erheblich voneinander. Eine Analyse der dokumentierten Vorfälle findet deshalb unter Berücksichtigung lokaler Eigenheiten in jedem Bezirk einzeln statt. Eine jährlich erscheinende berlinweite Auswertung beschreibt zusätzlich bezirksübergreifende Entwicklungen.

Rassistische, antisemitische und LGBTIQ*-feindliche Angriffe und Beleidigungen werden nur zu einem kleinen Teil von Neonazis verübt. Viel häufiger hat man es bei diesen Phänomenen mit Gelegenheitstaten von unbekannten Täter*innen zu tun. Diese Art von Angriffen ist deshalb stärker in den Innenstadtbezirken zu beobachten, weil dort mehr Menschen auf engem Raum aufeinandertreffen beim Einkaufen, Umsteigen oder auf dem Weg von einer Party nach Hause. Je mehr Menschen sich begegnen, desto eher können potenziell Betroffene auf Gelegenheitstäter*innen treffen, die ihre menschenverachtenden Einstellungen in Gewalt ausleben. Welche entscheidende Rolle Gelegenheiten spielen, wird auch im Themenfeld Antisemitismus deutlich, denn die Zahl der antisemitischen Vorfälle ist dort höher, wo es jüdische Einrichtungen und Geschäfte gibt, z.B. in Charlottenburg-Wilmersdorf oder Mitte. Betrachtet man nur das Aufkommen von Propaganda in der gesamten Stadt und deren Urheber, wird deutlich, dass in den Ostberliner Randbezirken nach wie vor ein neonazistisches Spektrum der organisierten Rechten ansässig ist, im Westen der Stadt sind im Gegensatz dazu Akteur*innen und Einrichtungen der Neuen Rechten aktiv. Um solche Aussagen treffen zu können, braucht es Vorfälle, die in die Auswertungen einbezogen werden können. Am besten unterstützen können Sie die Arbeit der Register deshalb durch das Melden oder Weiterleiten von Vorfällen.

Jenseits der Auswertung schafft das Aufnehmen solcher Vorfälle für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und mit ihren Problemen nicht allein sind. Mit der Veröffentlichung eines Vorfalls in der Chronik wird für Alle sichtbar, welche Formen von Ausgrenzung Menschen in Berlin im Alltag erleben. Durch die aktive Beteiligung der Bürger*innen am Register wächst das Interesse für die Problematik der Ausgrenzung und Diskriminierung, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft. Das Gefühl auch selbst betroffen sein zu können oder die Betroffenen zu kennen, führt zu mehr Solidarität gegenüber jenen Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren. Die Auswertung der Vorfälle vermittelt darüber hinaus den unterschiedlichen demokratischen Akteur*innen, wie den Verordneten der Bezirksparlamente oder des Abgeordnetenhauses und lokalen Initiativen ein detailliertes und aktuelles Bild, auf das sie mit Maßnahmen reagieren können. Das kann beispielsweise ein Spaziergang zur Entfernung rechter Propaganda sein, die Einrichtung einer Beratungsstelle für eine bestimmte Gruppe von Menschen oder die Auslobung eines Preises für Zivilcourage.

Die Fridays for Future Ortsgruppe Marzahn-Hellersdorf stellt sich vor

Seit wann gibt es euch als Ortsgruppe?
Wir haben uns am 20.02.2019 um 15:49 Uhr als eine der ersten Bezirksgruppen Berlins gegründet. Fridays for Future Berlin besteht seit Anfang Dezember 2018.

Was sind eure Forderungen für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf?

- Wir fordern, dass auf den Dächern aller kommunalen Gebäude im Bezirk Solarpanels installiert werden und eine bezirksweite Verpflichtung zur Installation von Solarpanels auf privaten Neubauten.
- Wir fordern eine Zusammenarbeit mit der Firma Solaga aus Adlershof, die Mikroalgengemälde produziert, um ein Pilotprojekt für die Verwendung dieser Gemälde in kommunalen Gebäuden durchzuführen beziehungsweise auf anderen Wegen eine Raumbegrünung vorzunehmen.
- Wir fordern für unseren Bezirk den Klimanotstand.
- Wir fordern, das Radwegenetz in Marzahn-Hellersdorf stark auszubauen beziehungsweise zu verbessern.
- Wir fordern, das grüne Image des Bezirks zu erhalten und weniger Flächen für den Bau von Häusern freizugeben und statt dessen diese Flächen für ökologische Ausgleichs- und Aufforstungsarbeiten zu nutzen und damit das Stadtklima zu verbessern.
- Wir fordern, in Kooperation mit den Berliner Wasserbetrieben mehr Trinkwasserbrunnen aufzustellen und bei der lokalen Gastronomie das Refill-Projekt mehr zu bewerben.
- Wir fordern, beim Bauen im Bezirk auf die Nachhaltigkeit beim Bau zu achten und für jeden gefällten Baum mindestens einen nachzupflanzen und dadurch auch das CO2 zu kompensieren, welches beim Bauen ausgestoßen wird.
- Wir fordern die Einführung einer regelmäßige Projektwoche zum Thema Klimaschutz.

Die Forderungen sind nachzulesen unter: https://fffutu.re/ForderungenMaHe

Was war 2019 besonders?
2019 haben wir als Bezirksgruppe begonnen, uns aufzubauen und haben erste Aktionen durchgeführt. Besonders war unsere Mobi-Aktion mit den Parents for Future zum 29.11. und auch die Ostdemo am 15.11. (im Bild zu sehen).

Was sind eure Pläne/Ziele für 2020?
Wir möchten uns als Bezirksgruppe auch mit regionalen Firmen besser vernetzen und den Klimaschutz im Bezirk präsenter machen und diesen auch verbessern.

Unter https://fridaysforfuture.berlin/bezirksgruppen/mahe sind unsere Plenumstermine zu finden, sowie die Möglichkeit uns zu kontaktieren.

Ostdemonstration von Fridays for Future am 15. November 2019

Bürger*innenhaushalt 2020/2021

Beate Marquardt
Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Den Bürger*innenhaushalt gibt es nun schon sehr lange in Marzahn-Hellersdorf. Auf der Website des Bezirksamtes kann man umgesetzte Vorschläge bis in das Jahr 2006 zurückverfolgen.[1] Viele Menschen aus dem Bezirk kennen ihn deswegen schon sehr gut und trotzdem war der Bürger*innenhaushalt für 2020/2021 besonders und anders.

Bürger*innenbudget

Zunächst wurde das Bürger*innenbudget eingeführt: Pro Haushaltsjahr wurde ein Budget in Höhe von 200.000€ insgesamt also 400.000€ festgesetzt, das für die Umsetzung von kleineren Projekten gedacht ist. Nach der Vorschlagsphase, die bereits im September und Oktober 2018 war, wurden alle Vorschläge in verschiedene Kategorien eingeteilt: In der Kategorie A wurden alle Vorschläge gesammelt für die der Bezirk zuständig ist, das heißt zum Beispiel, dass wenn es um die Erneuerung eines Spielplatzes geht, geprüft wird, ob der Spielplatz dem Bezirk gehört. Ergab die fachliche Kostenschätzung, dass das Projekt bis zu 20.000€ kosten würde, so gehörte es zu den Projekten, die aus dem Bürger*innenbudget finanziert werden können. Welche von diesen Projekten letztendlich gefördert werden, wurde durch die Abstimmung bestimmt, welche im Januar 2019 war.

Und die anderen Vorschläge?

Die Kategorie A enthält allerdings nicht nur die Vorschläge für das Bürger*innenbudget, sondern auch teurere Vorschläge (über 20.000€) für die der Bezirk zuständig ist. In der Kategorie B wurden alle Vorschläge gesammelt, die zur langfristigen Sicherung des Eigentums des Bezirks dienen, z.B. Baumaßnahmen (Umbau, Neubau, Erweiterungsbau) und Beschaffungen. Die Kategorie C enthält alle Vorschläge für die der Bezirk nicht zuständig ist, also Vorschläge an Dritte.

Vorschläge an Dritte

Bis zuletzt war es so, dass auch über die Vorschläge an Dritte aus der Kategorie C abgestimmt wurde. Die Anzahl der Stimmen hatten aber keinen direkten Einfluss auf die Umsetzung der Vorschläge, denn diese wurden nach der Abstimmung an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Mit dem Bürger*innenhaushalt 2020/2021 wurde dieses Vorgehen erstmalig geändert. Anstatt die drei Monate zwischen Vorschlagsphase und Abstimmungsphase die Vorschläge an Dritte liegen zu lassen, wurden diese sofort an die Zuständigen weitergeleitet. Die Erwartung ist, dass diese Vorschläge schneller bearbeitet werden können.

Bürger*innenhaushalt bald berlinweit?

Einige der Berliner Bezirke haben den Bürger*innenhaushalt genauso wie Marzahn-Hellersdorf schon eine Weile, doch nun wurde im September 2019 ganz offiziell darüber gesprochen, ab wann und wie ein berlinweiter Bürger*innenhaushalt eingeführt und umgesetzt werden kann. Auf jeden Fall stellt der Bürger*innenhaushalt eine tolle und wichtige Möglichkeit zur demokratischen Teilhabe und aktiven Mitgestaltung der Bezirke durch die Beteiligung der hier lebenden Menschen dar.

Alle Vorschläge und auch die Abstimmungsergebnisse können unter www.mischen-sie-mit.de eingesehen werden. Auch die Haushalte aus den Vorjahren sind dort archiviert und können nachvollzogen werden.

© Bernd Preußer

© Bernd Preußer

© BA Marzahn-Hellersdorf

© BA Marzahn-Hellersdorf

Verschiedene Vorschläge für den Bürger*innenhaushalt

1 https://www.berlin.de/buergerhaushalt-marzahn-hellersdorf/buergerhaushalt/umgesetzte-vorschlaege/

Hassgewalt gegen queere Menschen

Beate Marquardt
Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf

Bereits im September letzten Jahres wurde durch eine kleine Anfrage der Linken im Bundestag thematisiert, dass die LGBTQIA[1] -feindlichen Angriffe im ersten Halbjahr von 2019 bundesweit um 46% gestiegen sind.[2] Auffallend dabei ist, dass die Zahlen seit 2013 stetig steigen. Die Fragesteller*innen weisen bereits in den Vorbemerkungen der Anfrage darauf hin, dass ein Blick auf Fallzahlen von Übergriffen immer nur der Blick auf ein Hellfeld ist und es zum Alltag von Menschen aus der LGBTQIA-Community gehört Diskriminierungen verschiedener Art zu erfahren, wobei viele Gewalttaten nicht angezeigt werden und das Dunkelfeld somit sehr hoch ist.[3] Einen Einblick in das Dunkelfeld können Studien geben, die ebenfalls von den Fragesteller*innen genannt werden: z.B. der Report 2018 von Maneo - das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin - zeigt auch, dass sich die Fallzahlen im Laufe der Jahre erhöht haben, wobei mehr Betroffene den Weg zur Polizei finden, aber trotzdem noch viele Gewalttaten nicht angezeigt werden.[4]

Um auch in unserem Bezirk Marzahn-Hellersdorf Tendenzen aufzeigen zu können, erfasst das Register Berlin rechtsextreme und diskriminierende Vorfälle nach inhaltlichen Themen. So ist auch in diesem Demokratiebericht nachzulesen, wie viele diskriminierende Vorfälle es 2019 gab, die sich gegen queere Menschen richteten, neben anderen Formen des Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Rassismus, Antisemitismus usw.). Dabei werden auch Vorfälle erfasst, die keinen Straftatbestand haben, womit ein gewisses gesellschaftliches Klima abgebildet werden kann, allerdings nur in Form diejenigen Vorfälle die dem Register gemeldet letztendlich auch werden. Maneo weist im oben genannten Report darauf hin, dass es „in vielen gesellschaftlichen Teilbereichen an sichtbarem Engagement und Solidarität" mit LGBTQIA-Personen fehlt und darüber „ist zu verstehen, dass sich noch viel zu viele Menschen sicher fühlen können, [queere Menschen] in aller Öffentlichkeit zu demütigen oder anzugreifen."[5]

Hierzu ein Beispiel aus dem Register Marzahn-Hellersdorf: Im August wurde ein trans Mann in Begleitung von zwei weiteren Personen in Marzahn von zwei Heranwachsenden auf dem Weg zu einem Geschäft um ca. 16:30 Uhr transfeindlich beleidigt. Als die Dreiergruppe das Geschäft nach dem Einkauf verließ, trafen sie an einer Bushaltestelle erneut auf die zwei Heranwachsenden, wobei noch zwei weitere junge Männer hinzukamen. Nachdem der trans Mann die Beleidigungen der Vierergruppe ignorierte, schlugen diese auf eine der Begleitpersonen des trans Mannes ein. Als dieser bereits auf dem Boden lag, traten sie wiederholt gegen den Kopf des Niedergeschlagenen.[6] An diesem Beispiel ist das im Maneo-Report genannte Sicherheitsgefühl von Täter*innen deutlich zu erkennen. In einer Gesellschaft, die sich entschlossen mit Menschen, die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erfahren, solidarisiert, wäre nicht vorstellbar, dass an einem öffentlichen Ort eine solche Gewalttat geschieht.

Neben der fehlenden Solidarität mit LGBTQIA-Personen benennt der Maneo-Report noch die Bedeutung von Gleichstellungspolitik: Es geht darum Diskriminierung entgegen zu wirken um Bürger*innen gleichwertige und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.[7] In Marzahn-Hellersdorf wurde in der Bezirksverordnetenversammlung im Februar 2020 ein wichtiger gleichstellungspolitischer Schritt gemacht: Die Fraktionen der SPD und der Linken haben einen Antrag zur Schaffung einer Stelle für eine*n Queerbeauftragte*n im Bezirksamt eingereicht.[8] Bis jetzt ist Tempelhof-Schöneberg der einzige Berliner Bezirk mit einer*m Queerbeauftragten*m.

© BA Marzahn-Hellersdorf

Hassgewalt im Internet

Der Forschungsbericht #Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie[9] stellt die Ergebnisse einer bundesweiten repräsentativen Umfrage dar: Dabei

wird deutlich, dass verbale Angriffe im Internet nicht nur queere Menschen besonders oft treffen, sondern auch Menschen mit Migrationsgeschichte, Muslim*innen, geflüchtete Menschen, Frauen, Jüdinnen und Juden, Menschen mit Behinderung und Menschen, die nicht dem Schönheitsideal entsprechen sowie weitere im Bericht genannte Personengruppen. Die Forscher*innen drücken es wie folgt aus: „Es zeigt sich dabei, dass besonders die Gruppen von Hasskommentaren betroffen sind, die historisch in der Gesellschaft unterdrückt waren bzw. es aktuell noch sind und deshalb um ihre Emanzipation und gesellschaftliche Anerkennung kämpfen müssen. Es zeigt auch: Hasssprache wendet sich häufig gegen Vielfalt."[10]

Herauszuheben ist an dieser Stelle, dass in der Umfrage nicht nur nach eigener Betroffenheit von verbalen Angriffen im Internet gefragt wurde, sondern auch wie oft, gegen wen und welche Art von verbaler Gewalt im Internet beobachtet wurde. Hier wird deutlich, dass das Internet als öffentlicher Ort verstanden werden muss, in dem genauso viel Engagement und Solidarität gebraucht wird um Diskriminierung und Hassgewalt entgegenzutreten. Hierzu ist 2019 die Handlungsempfehlung „Menschenwürde Online verteidigen" von der Amadeu Antonio Stiftung erschienen.[11]

Das Dunkelfeld der Hassgewalt

Eine Studie aus Sachsen beschäftigte sich mit Gewalterfahrungen von queeren Menschen und untersuchte das Dunkelfeld mit Hilfe einer Befragung.[12] Es wurde festgestellt, dass tatsächlich viel weniger Angriffe angezeigt wurden als erlebt wurden. Vor allem Beleidigungen und Bedrohungen wurden weniger häufig angezeigt. Außerdem konnte die These bestätigt werden, dass die Anzeigebereitschaft nicht so hoch ist, weil LGBTQIA-Personen „befürchten, durch die Polizei nicht ernst genommen zu werden und diese Befürchtung erweist sich als durchaus begründet."[13] Selbst wenn es aber zu einer Anzeige von Betroffenen kommt, werden nicht alle Straftaten als politisch motivierte Tat bzw. Hassgewalt klassifiziert, weil die Einordnung bereits sehr früh im Ermittlungsverfahren erfolgt und nicht bei jedem Fall ist von Anfang an klar, dass es sich um Hassgewalt handelt.

Weil es ein sehr dringendes Thema ist, darüber zu sprechen wie wirksam gegen Hassgewalt vorgegangen werden kann und inwieweit behördliche Strukturen sowohl bei der Ermittlung als auch bei der gerichtlichen Aufarbeitung Betroffene ernst nehmen können, veranstalteten die Amadeu Antonio Stiftung und CURA den Tageskongress „Hassgewalt begegnen - Betroffene Stärken" am 13. Februar 2020 in Berlin. Die zentralen Forderungen wurden hier zusammengestellt: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/10-forderungen-nach-dem-tageskongress-hassgewalt-begegnen-betroffene-staerken-55055/

Das Landesantidiskriminierungsgesetz in Berlin

Der Entwurf des Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) wurde im Juni 2019 dem Abgeordnetenhaus von Berlin vorlegt und wird aktuell noch in diesem beraten.[14] Die Entwurfsfassung beinhaltet die Grundidee, dass kein Mensch aufgrund tatsächlicher oder zugeschriebener Merkmale (z.B. Herkunft, rassistischer Zuschreibung, sexueller und geschlechtlicher Identität und weitere) im öffentlich-rechtlichen Handeln diskriminiert werden darf. Wird das Gesetz in diesem Wortlaut verabschiedet, kann es als Grundlage dienen um gegen Diskriminierung sowohl in der öffentlichen Verwaltung als auch Behörden wie der Staatsanwaltschaft und der Polizei des Landes Berlin vorzugehen.

1 Die Abkürzung sammelt queere sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten: lesbian, gay, bi, trans, queer, inter, asexual
2 https://www.queer.de/detail.php?article_id=34557
3 http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/133/1913371.pdf
4 http://www.maneo.de/fileadmin/user_upload/dateien/MANEO-Report-2018-online_Teil_1.pdf, S.9
5 ebd., S.9
6 https://www.berliner-register.de/vorfall/marzahn-hellersdorf/schwerer-transphober-angriff-marzahn/14872
7 http://www.maneo.de/fileadmin/user_upload/dateien/MANEO-Report-2018-online_Teil_1.pdf, S.9
8 https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=8845
9 https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/_Hass_im_Netz_-_Der_schleichende_Angriff.pdf
10 ebd., S.21
11 https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/menschenwuerde-online-verteidigen/
12 https://www.queeres-netzwerk-sachsen.de/wp-content/uploads/2019/06/Gewalterfahrungsstudie-LSBTTIQ-Sachsen_LAGQNS_2019.pdf
13 ebd., S.40
14 https://www.berlin.de/sen/lads/recht/ladg/

Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, konkreter Handlungsbedarf sowie Schlussfolgerungen für die weitere Demokratieentwicklung in Marzahn-Hellersdorf

Moritz Marc

Zum Abschluss des Demokratieberichts fasst die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Bezirk nochmal zusammen, analysiert den Handlungsbedarf, zieht Schlussfolgerungen für die weitere Demokratieentwicklung und entwickelt Handlungsideen.
Insgesamt zeigen die Praxisbeispiele im Verlauf des Demokratieberichtes erneut auf eindrückliche Art und Weise auf, dass es im Bezirk eine hohe Anzahl an Akteur*innen gibt, die im Rahmen ihrer alltäglichen Arbeit in der Zivilgesellschaft und Gemeinwesenarbeit, einen wichtigen Teil dazu beitragen, dass sich der Bezirk perspektivisch tatsächlich zu einem weltoffenen und solidarischen Ort der Vielfalt weiterentwickelt (trotz aller weiterhin bestehenden Widrigkeiten und Probleme).

Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen und konkreter Handlungsbedarf

Die diverse soziale Situation in Marzahn-Hellersdorf ist ebenso, wie das Vorhandensein extrem rechter Strukturen und rassistischer Diskurse, weiterhin eine Herausforderung für die Entwicklung einer menschenrechtsorientierten Kultur im Bezirk. Umso wichtiger ist es, mit einem sozialräumlichen Ansatz Problemlagen zu bearbeiten und demokratische, progressive Engagementstrukturen und die lokale Zivilgesellschaft über aktivierende und vernetzende Gemeinwesenarbeit weiter zu stärken.
Auch im Jahr 2019 waren weiterhin Segregationsprozesse und Polarisierungstendenzen zwischen den Großsiedlungsgebieten, insbesondere im Norden bzw. in der Mitte von Marzahn-Hellersdorf, und den Eigenheimsiedlungen im Süden des Bezirks anhand der Sozialstrukturdaten zu verzeichnen. Zudem wandelt sich die Einwohner*innenstruktur des Bezirks aufgrund berlinweiter Gentrifizierungsprozesse, bezüglich der Zuwanderung der vergangenen Jahre, der diversen Neubauprojekte und auch aus demographischen Gründen.
Anhand des Monitoring Soziale Stadtentwicklung (2018) lässt sich für den Bezirk zwar insgesamt ein leichter Aufwärtstrend erkennen. Dennoch befinden sich insbesondere die Indikatoren bezüglich Kinderarmut und Transferbezug weiterhin in einigen Sozialräumen des Bezirks auf hohem Niveau. Dem aktuellen Sozialbericht für Marzahn-Hellersdorf für das Jahr 2018 zufolge wächst weiterhin fast jedes dritte Kind unter 6 Jahren in Familien auf, die Hartz IV beziehen, wenn auch mit fallender Tendenz. Die Kinderarmutsquote liegt damit deutlich über der SGB II-Quote des Bezirks insgesamt. Im Gesamtberliner Vergleich ist dieser Wert überdurchschnittlich hoch, er ist aber in den letzten Jahren deutlich gesunken. Die Kinderarmutsquote lag 2014 noch bei 43 %. In Hellersdorf-Nord wächst fast jedes zweite Kind in einer Familie auf, die auf SGB II-Leistungen angewiesen ist. In Marzahn-Nord und Marzahn-Mitte sind es über 40 %, in Hellersdorf-Ost knapp 40 %.
Es lässt sich somit konstatieren, dass die soziale Frage im Bezirk auch in den kommenden Jahren eins der vorrangig zu lösenden Probleme – für alle hier lebenden mehr als 268.000 Bewohner*innen (Stand: Dezember 2018) – auch hinsichtlich der Demokratieentwicklung darstellen wird.

Der im Jahr 2019 erstmals erschienene Berlin-Monitor („Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie: http://berlin-monitor.de/wp-content/uploads/2019/08/Berlin_Monitor_2019.pdf) beschreibt Berlin als Stadt der Gegensätze, was in vielen Punkten auch auf Marzahn-Hellersdorf zutrifft:
„Berlin ist eine Stadt der Gegensätze. Ein urbaner Raum, in dem Vielfalt gelebt und Teilhabe erstritten wird. Auf diese Weise kommt im Alltag eine Welt zum Vorschein, in der alle Menschen mindestens ohne Angst verschieden sein und möglichst ihre politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Rechte realisieren könnten. Gleichzeitig ist Berlin eine Metropole, in der diverse Ungleichheitsverhältnisse wirksam sind und von unterschiedlichen Gruppen und Personen zusätzlich bestärkt, wenn nicht gar befeuert werden. Derartige

Zuspitzungen, Polarisierungen, Abgrenzungen und Abwertungen sind in der Lage, das Leben in Gleichheit und Differenz zu gefährden und die freie Entfaltung aller Menschen in Berlin zu behindern. Entsprechend wird in der Berliner Stadtgesellschaft fortwährend darum gerungen, die Waagschale der Entwicklung in die eine oder andere Richtung zu bewegen, Liberalität und individuelle Freiheiten auszubauen oder Gruppenvorteile wie Differenzen zu wahren sowie Homogenisierungen zu fördern oder fortzuschreiben. Dies impliziert auch Fragen nach gewünschten gesellschaftlichen Transformationen und sozialen Gestaltungsräumen in einer pluralen Stadt. Vor dem Hintergrund dieser in unterschiedliche Richtungen ziehenden Kräfte ist es durchaus offen, ob es gelingen wird, die Stadt weiter im Sinne von individueller Freiheit und erhöhter Teilhabe zu demokratisieren, oder ob regressive bzw. autoritäre Dynamiken die Spielräume seiner heterogen-gleichen Bewohner*innen einengen oder gar zerstören und zu einer Homogenisierung der Stadtgesellschaft führen."

Verschiedene Studien weisen auf eine Ethnisierung sozialer Problemlagen hin. Ängste vor einem sozialen Abstieg haben Folgen für die Gestaltung eines demokratischen Miteinanders sowie die Offenheit für rechtspopulistische bzw. extrem rechte Ideologien bei bestimmten Bevölkerungsgruppen, die auch im Bezirk spürbar sind. In der Vergangenheit haben die Proteste gegen Geflüchtetenunterkünfte im Bezirk gezeigt, wie wenig es braucht, damit sich gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in konkreten Aktionen ausdrückt und größere Menschenmengen mobilisiert werden. 2019 zeigten die Wahlerfolge der AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen und die weiterhin sehr hohen Zahlen von extrem rechten Straftaten bundesweit, wie akut unsere Demokratie und das friedliche Miteinander gefährdet sind. Die Radikalisierungsprozesse der vergangenen Jahre führen mittlerweile auch verstärkt zu rechtsterroristisch motivierten Gewalttaten und Morden wie zuletzt in Kassel, Halle und Hanau. Die anhaltende Polarisierung in der Gesellschaft kann auch weiterhin jederzeit zu einer erneuten Eskalation der lokalen Gegebenheiten führen. Zuletzt zeigten u.a. im Oktober 2019 zahlreiche rassistische Hass- und Gewaltkommentare unter einer Presseerklärung des LAF zum Richtfest der neuen MUF am Murtzaner Ring in Marzahn auf Facebook auf, welche menschenfeindliche Stimmungen weiterhin im Bezirk vorhanden sind. Dies lässt sich leider auch immer wieder auf der von fast 15.000 Menschen genutzten Facebook-Gruppe „Wir Hellersdorfer und Marzahner" feststellen, wo es in den Kommentaren unterhalb einzelnen Beiträgen immer wieder zu massiven Hasspostings und rassistischer, menschenfeindlicher Hetze kommt. Hier benötigen wir dringend ein verstärktes Engagement in Form einer aktiven digitalen Zivilgesellschaft (Tipps dazu gibt es hier: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/starke-tipps-fuer-die-digitale-zivilgesellschaft-55611/).

Die Koordinierungsstelle sollte neben der langfristigen strategischen Arbeit auch weiterhin in der Lage sein, bei solchen Entwicklungen zeitnah zu agieren und Aktivitäten der demokratischen Zivilgesellschaft zu initiieren und zu unterstützen. Dazu gehört unter anderem frühzeitig Strategien in Bezug auf Kommunikation und Reaktionsweisen gemeinsam mit Politik und Verwaltung zu entwickeln, um ggf. handlungsfähig zu sein, wie dies bereits im Jahr 2019 verschiedenen Fällen geschehen ist (von beratenden und vermittelnden Gesprächen bis hin zu Pressemitteilungen für das Bündnis für Demokratie und Toleranz).

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf besitzt – wie viele Ostberliner Bezirke – eine Vergangenheit, die auch durch die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit extrem rechten Akteur*innen und Strukturen geprägt ist. In den letzten Jahren war vorübergehend – insbesondere im Kontext des Zuzuges von Geflüchteten – ein Erstarken extrem rechter und rechtspopulistischer Aktivitäten zu verzeichnen. Diesen wurde durch zivilgesellschaftliche und politische Intervention – zum Teil erfolgreich – begegnet. An diese Erfolge knüpft die Koordinierungsstelle auch zukünftig an.

Ähnlich wie im bundesweiten Kontext existieren in der Bevölkerung menschenfeindliche Einstellungsmuster. Diese werden u.a. in den Wahlerfolgen der AfD, die immer wieder nationalistische, flüchtlingsfeindliche und abwertende Argumentationen vertritt, offenbar. Die AfD hat bei den Abgeordnetenhauswahlen im Herbst 2016 im Bezirk das berlinweit höchste Ergebnis erreicht. Sie sitzt als zweistärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung und stellt den stellvertretenden Bürgermeister. Auch bei den Europawahlen im Jahr 2019 konnte die AfD ihre Wahlergebnisse auf ähnlich hohem Niveau wie im Jahr 2016 halten.

Mehr Demokratie durch soziale Gerechtigkeit?

Eine zentrale Frage, welche sich allerdings nur auf gesamtgesellschaftlicher Ebene stellen lässt, ist die Frage danach, ob es einen „Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und den Angriffen auf die Demokratie bzw. den Wahlerfolgen der Rechtspopulisten und der Entwicklung der Teilnahme an Wahlen gibt". Aufgrund Platzmangels empfiehlt die Koordinierungsstelle zur Vertiefung dieses Themas den Beitrag von Herbert Bludau Hiffmann in der Wochenzeitung „Freitag" - „Mehr Demokratie durch soziale Gerechtigkeit" (Siehe: www.freitag.de/autoren/herby/mehr-demokratie-durch-soziale-gerechtigkeit) bzw. das im Jahr 2019 erschienene Standardwerk von Christoph Butterwegge mit dem Titel: „Die zerissene Republik – Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland", erschienen bei BeltzJuventa, welches einen sehr guten Überblick über die Debatte zum Thema in den vergangenen Jahren gibt.

Schlussfolgerungen für die Demokratieentwicklung und Handlungsideen

Hinsichtlich der aktuellen Lage im Bezirk und auch mit Blick auf die im Herbst 2021 bevorstehenden Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen hat die Koordinierungsstelle zusammen mit Kooperationspartner*innen (ASH-Kooperationsforum, Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf, Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf u.a.) eine Kampagne für solidarische Kieze entwickelt, welche aktuell umgesetzt wird (siehe Beitrag zur Kampagne im Demokratiebericht). Die vielseitigen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Bezirk sollen wesentlich besser vernetzt und sichtbarer gemacht werden. Zudem soll die Kampagne ein niedrigschwelliges Angebot an alle Menschen im Bezirk sein ein eindeutiges Zeichen für ein solidarisches Miteinander und gegen Hass und Menschenverachtung zu setzen, welches gerade in Zeiten der Coronakrise wichtiger denn je ist.

Im Rahmen unserer langjährigen Expertise in der Auseinandersetzung mit extrem rechten Akteur*innen, wie der NPD, stellen wir eine große Verunsicherung bei vielen zivilgesellschaftlichen sowie politischen Akteur*innen und der bezirklichen Verwaltung im Umgang mit rechtpopulistischen (Kommunikations-)strategien fest. Dies bedeutet für die Arbeit der bezirklichen Koordinierungsstelle, Zivilgesellschaft weiter zu stärken und Akteur*innen Handlungssicherheit in der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Phänomenen zu vermitteln. Hierzu gab es im Februar 2020 ein Fachgespräch mit Mitarbeiter*innen in Jugendfreizeiteinrichtungen, Stadtteilzentren und bei sozialen Trägern. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und hat unsere Annahme bestätigt, dass es mehr Aufklärung, Vernetzung und Solidarität hinsichtlich menschenfeindlicher Politik im Bezirk untereinander braucht. Zugleich müssen auf einer präventiven Ebene, u.a. im Rahmen politischer Bildung, Akteur*innen für Rassismus und alle Formen von Menschenfeindlichkeit weiter sensibilisiert werden. Auch dies geschieht bereits in Form von gemeinsamen Veranstaltungen und Bildungsformaten in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz, eigenen Formaten (z.B. Lesungen, Fachgesprächen) und in Kooperation mit den Berliner Fach- und Netzwerkstellen (Fachgespräche, Fachtag, Diskussionsveranstaltungen).

Anknüpfend an bestehende Strukturen und Aktivitäten ist es bereits ein wesentlicher Ansatzpunkt der bezirklichen Koordinierungsstelle, gemeinsam mit Engagierten aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft Aushandlungsprozesse anzuleiten, um sich Fragen des solidarischen Zusammenlebens, der Beteiligungsmöglichkeiten und der alltäglichen Verankerung demokratischer Werte zu nähern. Um die Beteiligungsstrukturen im Bezirk weiter zu stärken und auszubauen, müssen die Teilhabechancen der neuen und alteingesessenen Nachbar*innen in den einzelnen Sozialräumen gestärkt werden. Integration kann nur gelingen, wenn allen hier lebenden Menschen gleichermaßen eine soziale, politische und kulturelle Teilhabe am Alltagsleben ermöglicht wird. Die Koordinierungsstelle sieht sich hier als eine wichtige vermittelnde und aktivierende Instanz. Die bereits bestehenden Kooperationen sollen im Jahr 2020 weiter ausgebaut werden.

Als eine konkrete Handlungsidee zur Umsetzung von mehr politischer Teilhabe und gelebter Demokratie durch die Bürger*innen in den einzelnen Stadtteilen des Bezirks, schlägt die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung die probeweise Umsetzung von Bürger*innenräten bzw. ähnlich gelagerten Beteiligungsmodellen vor.

„Die Idee kommt von den irischen Citizen Assemblies, in denen hochgradig polarisierende Themen bearbeitet und aufgelöst wurden, an die sich die Politik nicht mehr herangewagte. Per Los ausgewählte Menschen, die einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden, diskutieren über mehrere Wochenenden eine politische Frage, loten einen Kompromiss aus und erarbeiten Empfehlungen für die Politik. Im katholischen Irland konnte so das Abtreibungsrecht reformiert werden." (Quelle: „Mehr Demokratie e.V. - Weitere Informationen zum Bürger*innenrat: www.buergerrat.de)

Konkret könnten wir uns einen Versuch zur Umsetzung eines solchen Beteiligungsmodells im Rahmen der Kampagne solidarische Kieze vorstellen, an welcher auch das Forschungsprojekt der Alice Salomon Hochschule mit dem Titel „Demokratieferne Auffassungen in einer Kommune als Herausforderung für sozialräumliche Demokratieentwicklung" beteiligt ist und hier eine Menge an Fachexpertise auch zur praktischen Umsetzung beitragen könnte.

Im Stadtteil Marzahn-Nord gibt es mit dem „Alternativen Stadtteil Aktiv" (ASA) bereits seit Anfang 2019 ein funktionierendes, selbstorganisiertes Bürger*innengremium. Von diesem Ansatz könnte die Zivilgesellschaft im Bezirk einiges lernen. Andere spannende Modelle der Selbstorganisierung gibt es z.B. in Hellersdorf-Nord rund um den Bürger*innen-Treffpunkt Interfix – als Ort der Begegnung, Toleranz und Vernetzung (https://interfixash.wordpress.com/ueber/), im Umfeld des Bürgerstübchens Kaulsdorf (www.bv-mahlsdorfsued.de/ueberuns/) oder des Blockhaus Sunshine in Marzahn-Nord, welches aber durch einen Brandanschlag zum Jahreswechsel 2019/2020 stark beschädigt wurde und aktuell unsere Solidarität und Unterstützung beim Wiederaufbau benötigt (Siehe: https://www.lichtenbergmarzahnplus.de/optimismus-statt-protest-im-blockhaus/).

Zum weiteren Umgang mit der AfD im Bezirk

Die AfD zerrt kontinuierlich an den Rahmenbedingungen demokratischer Strukturen. Die Akteur*innen der AfD offenbaren ihre Demokratiedistanz immer wieder aufs Neue. Demokratische Akteur*innen im Bezirk wurden und werden zahlreiche Male diffamiert und attackiert. Hier wird das mangelnde Demokratieverständnis dieser Partei offensichtlich.

Solange die Mitglieder der Fraktionen der AfD in unserem Bezirk und im Land Berlin sich nicht öffentlich von demokratiefeindlichen Äußerungen und anderen offen faschistischen Aussagen Björn Höckes und anderer Rechtsaußen-Politiker*innen distanzieren, ist eine Mitarbeit in zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen und deren Gremien mehr als fragwürdig. Hier muss die wehrharfte Demokratie eine ganz klare Kante zeigen.

Abschließend zitieren wir den ehemaligen CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz zum Thema essenzielle Abgrenzung gegenüber der AfD auch aufgrund der deutschen Geschichte: Es „gibt keinen Handlungsspielraum. Dass jemand demokratisch gewählt worden ist, macht ihn noch nicht zum Demokraten. Auch das wissen wir aus der Geschichte. Man kann anhand der Entwicklung der AfD, anhand der Äußerungen ihres Führungspersonals, anhand ihrer politischen Praxis Punkt für Punkt durchgehen, dass diese Partei inzwischen eine faschistische Partei geworden ist. In der Kurzformel reicht zur Begründung vielleicht aus, dass der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland selber gesagt hat, dass Herr Höcke die Mitte und Seele der Partei ist. Wer sich darüber informieren will, wie diese Mitte und Seele aussieht, der muss nur das Buch von Herrn Höcke lesen: Das Programm ist Ausgrenzung, Geschichtsrevisionismus, Verächtlichmachung unserer parlamentarischen, demokratischen Strukturen. Es ist ein knallhartes, systemveränderndes, letztlich auch Gewalt versprechendes Programm. (Quelle: www.republik.ch/2020/02/12/die-faschisten-sind-nur-dort-an-die-macht-gekommen-wo-die-konservativen-ihnen-die-plattform-gegeben-haben)."

Viele Akteur*innen fordern bzw. wünschen sich eine klare Abgrenzungsstrategie gegenüber der AfD und ihrem Umfeld. Die fortschrittliche Zivilgesellschaft in Mar-

zahn-Hellersdorf steht für eine vielfältige und engagierte Demokratie und gegen jegliche Form von Menschenverachtung. Das verbindet uns als Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung auch mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf.

Die Koordinierungsstelle bedankt sich abschließend bei allen, die aktiv einen Beitrag zu diesem Demokratiebericht geleistet haben. Wir wünschen uns ein noch entschlosseneres Zusammenstehen und solidarisches Handeln der Zivilgesellschaft, der Akteur*innen der Gemeinwesenarbeit, der demokratischen Parteien, des Bezirksamtes und der sozialen Träger im Bezirk!

„Der Begriff der Solidarität beschwört eine Welt, die wir mit anderen Lebewesen teilen. Aber es spielt keine Rolle, was sie sagen oder wie sie mich mit ihren Blicken, ihren Gesten und ihren Berührungen bedrängen. Sie sind da, und ich kann mir nicht vorstellen, wie ich ohne diese vielen Anderen sein könnte." (aus: Heinz Bude, Solidarität – Die Zukunft einer großen Idee, Hanser, 2019)

Kontakte

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf
Neue Grottkauer Straße 5
12619 Berlin
Telefon: 0152 - 31771383 (WhatsApp/Signal/Telegram) und 030 - 92257140
E-Mail: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de
Facebook: www.facebook.com/koordinierungsstellemh
Internet: https://koordinierungsstelle-mh.de
Twitter: https://twitter.com/demokratiemahe

Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf
Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle Marzahn-Hellersdorf
Alice-Salomon-Platz 3
12627 Berlin
Telefon: 030 - 99 27 50 98
E-Mail: pfd-mh@stiftung-spi.de

BENN (Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften) Marzahn-Hellersdorf
https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/staedtebaufoerderung/artikel.776856.php

Bündnis für Demokratie und Toleranz am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf
E-Mail: website@demokratie-mh.de
Internet: http://buendnis.demokratie-mh.de

Register Berlin
Kati Becker
Einbecker Straße 85
10315 Berlin
E-Mail: info@berliner-register.de
Tel: +49 (0)152 04 42 57 **46**
Twitter: @RegisterBerlin

Verbund der Stadtteilzentren Marzahn-Hellersdorf:
https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/aemter/amt-fuer-soziales/artikel.340818.php

weltgewandt. institut für interkulturelle politische Bildung e.V.
weltgewandt. institute for intercultural civic education
Flämingstr. 122
12689 Berlin
Telefon: 030 - 22 80 82 35 und 0176 - 29930406 (WhatsApp)
E-Mail: info@weltgewandt-ev.de
Internet: www.weltgewandt-ev.de
Facebook: www.facebook.com/weltgewandt.polis
Instagram: www.instagram.com/weltgewandt.polis

Referat ASTA ASH
E-Mail: antirafa@ash-berlin.eu

ASH Forschungsprojekt
Raiko Hannemann
Alice-Salomon-Hochschule
Alice-Salomon-Platz 5
12627 Berlin
Tel.: +49 (0)176 44 289 603
E-Mail: Hannemann@ash-berlin.eu

Kampagne Solidarische Kieze
E-Mail: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de

QM Marzahn-NordWest
QuartiersBüro
Havemannstraße 17A
12689 Berlin
Telefon: 030 28 42 31 30
E-Mail: qm-nordwest@gmbh-kiekin.de

Fridays for Future Marzahn-Hellersdorf
WhatsApp: https://fffutu.re/WAMaHeInfo
E-Mail: marzahn-hellersdorf@fridaysforfuture.berlin

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin
Integrationsbeauftragter Herr Dr. Bryant
Alice-Salomon-Platz 3
12627 Berlin
Telefon: 030 - 90293-2060
E-Mail: thomas.bryant@ba-mh.berlin.de
Koordinator für Flüchtlingsfragen
Herr Cárdenas Ruiz
Alice-Salomon-Platz 3
12627 Berlin
Telefon: 030 - 90293-2062
E-Mail: FranciscoJose.CardenasRuiz@ba-mh.berlin.de

Koordinatorin für Flüchtlingsfragen
Frau Hermenau
Telefon: 030 - 90293-2019
Fax: 030 - 90293-2055
E-Mail: susan.hermenau@ba-mh.berlin.de

Frauen und Gleichstellungsbeauftragte
Frau Loeffler
Alice-Salomon-Platz 3
12627 Berlin
Tel.: (030) 90293-2050
Fax: (030) 90293-2055
E-Mail: maja.loeffler@ba-mh.berlin.de

Die Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf ist in Trägerschaft der:

pad
präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen Bereich gGmbH

Finanziert durch:

Das Register Marzahn-Hellersdorf und die Partnerschaften für Demokratie sind in Trägerschaft der:

Stiftung SPI
Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung

Finanziert durch:

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung | be Berlin

Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin.
Das Landesprogramm

Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf

Partnerschaft für Demokratie Marzahn

Gefördert vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Impressum

Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Marzahn-Hellersdorf
Neue Grottkauer Straße 5
12619 Berlin

Web: vielfalt-mh.pad-berlin.de
Facebook: www.facebook.com/koordinierungsstellemh
Twitter: @demokratiemahe
E-Mail: koordinierungsstelle-mh@pad-berlin.de
Telefon: 030 - 92257140
0152 - 31 77 13 83 (Signal/WhatsApp)

Verantwortlich für den Inhalt der einzelnen Artikel sind die jeweiligen Autor*innen und deren Strukturen.

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter, pad gGmbH, Kastanienallee 55, 12627 Berlin